

- **Entspannung auf den Energiemärkten verbessert die Unternehmensstimmung**
- **Leichte Verbesserung der Konjunktureinschätzungen zu Jahresbeginn.** Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023
- **Europäisches Bauwesen steht vor Stagnation.** Euroconstruct-Prognose bis 2025
- **Krieg mit anderen Mitteln**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA • **Technische
Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2023

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



96. Jahrgang, Heft 2/2023

79-85 ■ **Entspannung auf den Energiemärkten verbessert die Unternehmensstimmung**

Marcus Scheiblecker

Der WIFO-Konjunkturklimaindex hat sich im Jänner erneut leicht verbessert. In der Sachgütererzeugung ging der Index der aktuellen Lagebeurteilung zwar weiter zurück, die Erwartungen für die kommenden drei Monate hellten sich jedoch auf. Der Preisdruck aus dem Ausland lässt allmählich nach, treibt aber verzögert die Verbraucherpreise und damit die Inflationsrate.

Easing Tensions in Energy Markets Improve Business Sentiment

86 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

87-97 ■ **Leichte Verbesserung der Konjunktureinschätzungen zu Jahresbeginn.** Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner zeigen im Quartalsvergleich eine leichte Verbesserung der Konjunkturbeurteilungen. Die Konjunkturerwartungen blieben jedoch in allen Sektoren verhalten. Die Kapazitätsauslastung notierte auf durchschnittlichem Niveau. In der Gesamtwirtschaft war wie in den Vorquartalen der "Mangel an Arbeitskräften" das wichtigste Hemmnis der Geschäftstätigkeit, allerdings gewann der "Mangel an Nachfrage" abermals leicht an Bedeutung. Die unternehmerische Unsicherheit hat zwar abgenommen, ist aber nach wie vor hoch und Ausdruck erheblicher Konjunkturrisiken. Auch die Verkaufspreiserwartungen blieben trotz Rückgängen überdurchschnittlich.

Slight Improvement in Economic Sentiment at the Beginning of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2023

99-110 ■ **Europäisches Bauwesen steht vor Stagnation.** Euroconstruct-Prognose bis 2025

Michael Klien, Michael Weingärtler

Das Bauwesen in Europa erholte sich rasch von den negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und wuchs 2022 um weitere 3,0% gegenüber dem Vorjahr (2021 +5,8%). Das Bauvolumen stieg 2022 in den 19 Euroconstruct-Ländern auf rund 1.900 Mrd. €. Der Ukraine-Krieg und der damit verbundene Wirtschaftseinbruch in Europa erzeugen ebenso wie die stark gestiegene Inflation Druck auf das europäische Bauwesen. Euroconstruct erwartet daher für die im Netzwerk vertretenen Länder stagnierende Bauvolumina in den Jahren 2023 und 2024. Ein verschärftes Zinsumfeld und das mangelnde Konsumentenvertrauen belasten insbesondere den Wohnbau, der sich am ungünstigsten entwickeln dürfte. Impulse könnten vor allem vom Tiefbau ausgehen. In Österreich dürfte die Wachstumsabschwächung sogar noch stärker ausfallen als im europäischen Durchschnitt – mit +0,2% stagnierte die heimische Bauproduktion bereits im Jahr 2022. Hintergrund des zaghaften Wachstums sind einerseits die drastischen Baukostensteigerungen, die die hohen nominellen Zuwächse zunichtemachen. Hinzu kommt die Schwäche im Wohnungsneubau, der im Jahr 2022 schrumpfte und sich auch in den kommenden Jahren mäßig entwickeln wird. Dies wird nur teilweise durch die Sanierung und einen starken Tiefbau kompensiert.

European Construction Industry Faces Stagnation. Euroconstruct Forecast until 2025

111-122 ■ **Krieg mit anderen Mitteln**

Gabriel Felbermayr

Staaten haben schon immer wirtschaftspolitische Instrumente wie Importzölle, Steuern, Sanktionen oder ordnungspolitische Mittel eingesetzt, um geopolitische Ziele zu erreichen, aber diese Praxis hat mit dem Wiederaufleben internationaler Machtrivalitäten deutlich zugenommen. Länder wie Österreich und politische Allianzen wie die EU müssen sich dieser neuen Realität stellen und ihre eigenen geoökonomischen Instrumente schärfen. Dazu ist es wichtig, die wirtschaftlichen Mechanismen zu verstehen und über bestmögliche Informationen über binnen- und außenwirtschaftliche Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten zu verfügen. Das wichtigste Instrument für die europäischen Länder ist der EU-Binnenmarkt, dessen Tiefe und Dynamik ein defensives und offensives Druckmittel im Umgang mit ausländischen Mächten darstellen. Dieser Beitrag fasst die wichtigsten Ergebnisse einer großen WIFO-Studie zusammen, die den politischen Entscheidungsträgern als Orientierungshilfe dienen soll.

War by Other Means

123-135 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

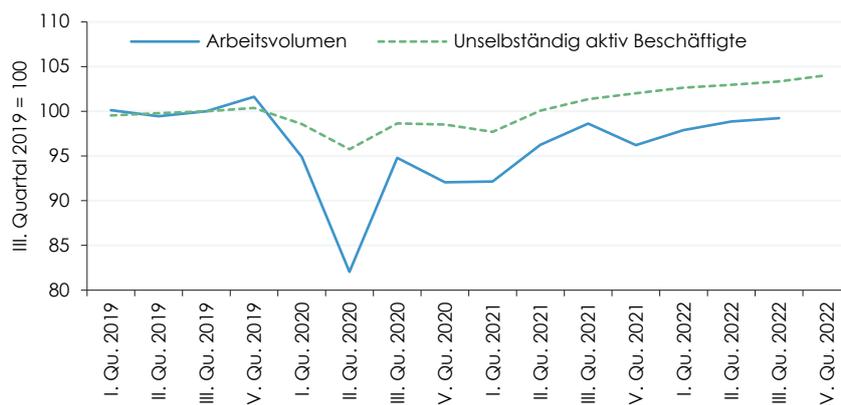
Economic Indicators

Entspannung auf den Energiemärkten verbessert die Unternehmensstimmung

Marcus Scheiblecker

- Trotz der zuvor pessimistischen Erwartungen erwies sich das Wirtschaftswachstum in den USA und im Euro-Raum zu Jahresende 2022 als erstaunlich robust.
- Gemäß vorläufigen Berechnungen wuchs die Wirtschaft in den USA im IV. Quartal 2022 um 0,7% gegenüber der Vorperiode. Auch im Euro-Raum war ein leichter Anstieg um 0,1% zu beobachten. Die deutsche Wirtschaft schrumpfte hingegen um 0,2%.
- Österreichs BIP sank im IV. Quartal um voraussichtlich 0,7% gegenüber der Vorperiode. Der kräftige Anstieg der Inflation belastete vor allem den Konsum der privaten Haushalte, während die anderen wichtigen Nachfragekomponenten die Gesamtwirtschaft stützten.
- Laut WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 2023 verbesserten sich die Lagebeurteilungen im Dienstleistungsbereich, nicht jedoch in der Sachgütererzeugung. Die Erwartungen für die kommenden drei Monate hellten sich hingegen in beiden Wirtschaftsbereichen auf.
- Energierohstoffe haben sich in den letzten Monaten deutlich verbilligt. Der wiedererstarke Euro dämpft die Importpreise dieser in Dollar gehandelten Güter zusätzlich. Dennoch erreichte die Inflationsrate in Österreich im Jänner wieder den Höchstwert vom Oktober 2022.
- Aufgrund der schwachen Konjunktur wurde die Beschäftigung im Jänner kaum mehr ausgeweitet, während die Arbeitslosigkeit leicht zulegen (saisonbereinigt).

Beschäftigung und Arbeitsvolumen



"Trotz schwacher Konjunktur beklagen viele Unternehmen einen Mangel an Arbeitskräften. Zwar stieg die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse nach Überwindung der COVID-19-Krise stark an, jedoch liegt das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden noch immer unter dem Vorkrisenniveau."

Während die Zahl der unselbständig aktiven Beschäftigungsverhältnisse im III. Quartal 2022 bereits um 3,3% höher war als vor der COVID-19-Krise, lag das Arbeitsvolumen noch darunter (Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO; saison- und arbeitstagsbereinigt).

Entspannung auf den Energiemärkten verbessert die Unternehmensstimmung

Marcus Scheiblecker

Entspannung auf den Energiemärkten verbessert die Unternehmensstimmung

Der WIFO-Konjunkturklimaindex hat sich im Jänner erneut leicht verbessert. In der Sachgütererzeugung ging der Index der aktuellen Lagebeurteilung zwar weiter zurück, die Erwartungen für die kommenden drei Monate hellten sich jedoch auf. Der Preisdruck aus dem Ausland lässt allmählich nach, treibt aber verzögert die Verbraucherpreise und damit die Inflationsrate.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 8. 2. 2023

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)

Easing Tensions in Energy Markets Improve Business Sentiment

The WIFO Business Climate Index improved again slightly in January. In manufacturing, the index of the current situation assessment continued to decline, but expectations for the coming three months brightened. Price pressures from abroad are gradually easing, but have a delayed impact on consumer prices and thus on the inflation rate.

Wie Vorlaufindikatoren bereits angedeutet hatten, schrumpfte die heimische Wirtschaft im IV. Quartal 2022. Trotz eines BIP-Rückgangs um 0,7% gegenüber dem Vorquartal ergab sich für das Gesamtjahr 2022 ein Wirtschaftswachstum von 4,7% (real, vorläufig).

Die Industrie (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis E) verzeichnete im IV. Quartal einen leichten Anstieg ihrer Wertschöpfung gegenüber der Vorperiode, die Bauwirtschaft dagegen einen deutlichen Rückgang um 0,9%. Noch stärker fiel er in den Bereichen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie mit insgesamt -2,7% aus. Während die hohe Inflation den realen Konsum der privaten Haushalte dämpfte, stimulierten Investitionen und die Nachfrage aus dem Ausland die heimische Wirtschaft.

Der WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 2023 belegt die derzeitige konjunkturelle Schwäche in Österreich. Sowohl in der Sachgütererzeugung als auch in der Bauwirtschaft schätzten die befragten Unternehmen die aktuelle Lage abermals pessimistischer ein als in den Vormonaten. Eine Verbesserung ergab sich lediglich im Dienstleistungsbereich. Bei den Erwartungen zur künftigen Geschäftslage, die sich zwischen Frühjahr und Herbst 2022 deutlich eingetrübt hatten, ist

seit November wieder ein Aufwärtstrend zu beobachten.

Die Inflationsrate hatte in Österreich im Oktober 2022 mit 11% einen vorläufigen Höchstwert erreicht und war in den beiden Folge Monaten – wie auch im Euro-Raum – wieder gesunken. Anders als im Durchschnitt des Euro-Raums setzte sich dieser Rückgang im Jänner 2023 nicht weiter fort, vielmehr schnellte die Rate in Österreich erneut in die Höhe und übertraf mit 11,1% den Wert von Herbst 2022.

Das Nachlassen der Konjunktur spiegelt sich seit kurzem auch auf dem Arbeitsmarkt. Nach ersten Berechnungen erhöhte sich die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten zu Jahresanfang nicht weiter. Im Vergleich zum Vormonat zeigten die um saisonale Einflüsse bereinigten Daten eine Stagnation (+0,1%). Im Vorjahresvergleich ergab sich dagegen immer noch eine kräftige Ausweitung um 1,7%.

Auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigt mittlerweile Spuren der Konjunkturabschwächung. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen verringerte sich zwar im Vorjahresvergleich noch um 4,8%, gegenüber Dezember legte sie jedoch um 0,8% zu.

Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

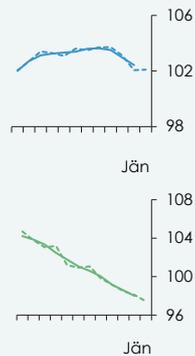
Leading indicators – Amplitude



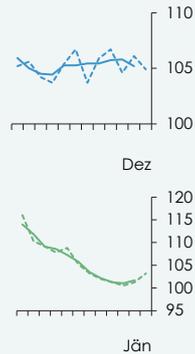
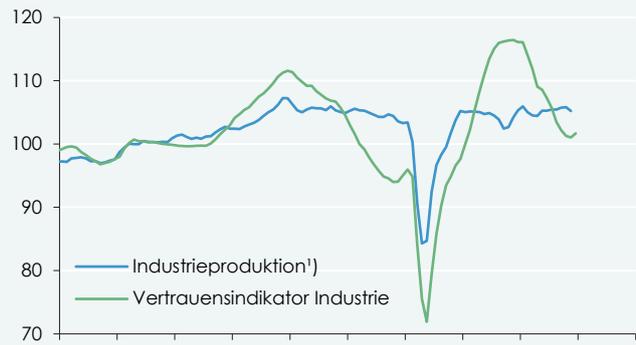
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



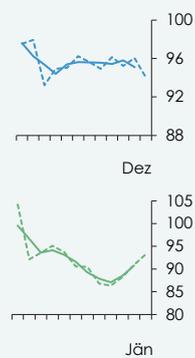
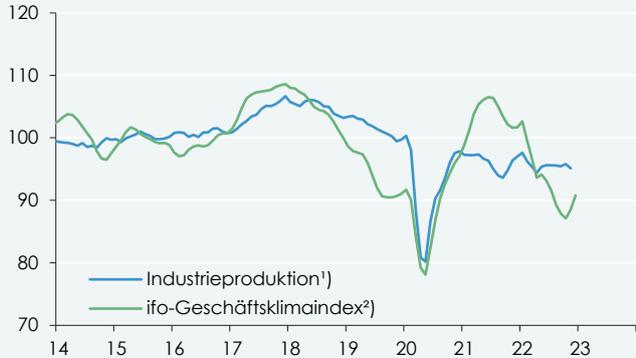
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – 1) Produzierender Bereich. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

1. Wirtschaft im Euro-Raum stagnierte im IV. Quartal 2022

Die Inflationsraten in den Euro-Ländern unterscheiden sich nach wie vor deutlich.

Laut Schnellschätzung von Eurostat wuchs die Wirtschaft im Euro-Raum im IV. Quartal 2022 um 0,1%; für die gesamte EU stagnierte das Wachstum. Damit setzte sich die bereits im III. Quartal beobachtete Konjunkturabkühlung (jeweils +0,3%) weiter fort. In einigen EU-Ländern zeigten sich im IV. Quartal bereits rezessive Entwicklungen, so neben Österreich (-0,7%) auch in Deutschland (-0,2%), Italien (-0,1%) und Tschechien (-0,3%).

Laut Unternehmensumfragen vom Jänner 2023 haben sich im Euro-Raum sowohl die Einschätzungen der aktuellen Wirtschaftslage als auch die Erwartungen für die kommenden drei Monate deutlich verbessert. Dies zeigte sich in sämtlichen Bereichen (Sachgütererzeugung, Dienstleistungen, Einzelhandel). In der Industrie übertrafen sie sogar wieder den langjährigen Durchschnitt.

Nachdem die Inflationsrate im Euro-Raum bereits im Dezember auf 9,2% gesunken war (EU 10,4%), ließ der Preisdruck im Jänner 2023 weiter nach (8,5%). Die Preisentwicklung in

den Euro-Ländern ist nach wie vor sehr unterschiedlich. Während die Inflationsrate in den drei baltischen Ländern im Jänner rund 20% erreichte, lag sie in anderen Euro-Ländern unter 8% (laut Schnellschätzung). In Spanien (5,8%) wirken nach wie vor die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Strom (bis zu einem Haushaltsverbrauch von 10 kWh) und die umfangreiche Preissenkung im öffentlichen Nah- und Fernverkehr preisdämpfend. In Frankreich (7%) verhinderten großzügige Subventionen an die Betreiber von Atomkraftwerken und die Senkung der Steuer auf Strom einen weiteren Anstieg der Inflation.

Die Abkühlung der Konjunktur zu Jahresende 2022 macht sich auf den Arbeitsmärkten des Euro-Raums bemerkbar. Die Arbeitslosenquote war nach Überwindung der COVID-19-Krise ab dem Frühjahr 2021 wieder deutlich rückläufig und trat ein Jahr später in eine Stagnationsphase ein. Im Dezember 2022 lag sie gegenüber November unverändert bei 6,6% (Euro-Raum) bzw. 6,1% (EU).

2. Österreich: Schwache Konjunktur zum Jahreswechsel

In Österreich hatte sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik bereits im III. Quartal deutlich abgeschwächt (BIP real +0,2% gegenüber dem Vorquartal). Im IV. Quartal schrumpfte das BIP um 0,7% gegenüber der Vorperiode. Zwar haben sich der Index der unternehmerischen Erwartungen (laut WIFO-Konjunkturtest) und der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex in den letzten Monaten wieder verbessert, jedoch liegen beide Indizes nach wie vor unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Dies lässt einen weiteren Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktionstätigkeit erwarten.

2.1 Heimische Industrie leidet unter schwacher Auslandsnachfrage

Das Wachstum der heimischen Industrieproduktion (ohne Bauwirtschaft) hat sich in den letzten Monaten deutlich verlangsamt. Laut WIFO-Schnellschätzung legte die reale Wertschöpfung der Industrie (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis E) im IV. Quartal lediglich um 0,3% zu, nachdem sie im III. Quartal um 0,8% gesunken war.

Laut WIFO-Konjunkturtest beurteilten die befragten Sachgüterproduzenten die aktuelle Lage im Jänner erneut schlechter als im Vormonat. Der entsprechende Index sank gegenüber Dezember um 1,3 Punkte, notierte mit 2,6 Punkten aber noch im positiven Bereich. Der Index der unternehmerischen Erwartungen verbesserte sich zwar um 2,8 Punkte, lag jedoch mit -5,3 Punkten weiter unter der Nulllinie, die optimistische von pessimistischen Erwartungen trennt. Eine

weitere Verbesserung dieses Index würde auf eine baldige Überwindung der Schwächephase hindeuten.

Die Entwicklung ihrer Auftragsbestände beurteilten die befragten Sachgüterproduzenten ähnlich pessimistisch wie im Vorquartal, wengleich sich ihre Erwartungen leicht verbesserten. Der Anteil der optimistischen Stimmen, die eine Zunahme der Auslandsaufträge in den kommenden Monaten erwarten, stieg zwar im Vergleich zu Oktober an, die negativen Meldungen überwogen die positiven allerdings noch um gut 8 Prozentpunkte.

2.2 Bauwirtschaft schwächelt

Die schwache Entwicklung der Bauwirtschaft dämpfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Österreich erheblich. Im IV. Quartal 2022 sank die Wertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich real um 0,9% gegenüber der Vorperiode (laut Schnellschätzung), nach -1% im III. Quartal. Entsprechend gedämpft war im WIFO-Konjunkturtest vom Jänner die Stimmung der befragten Bauunternehmen. Hinsichtlich der aktuellen Lage verschlechterten sich die Beurteilungen, womit der entsprechende Index seit dem Vorjahr deutlich zurückging. Hinsichtlich der Bautätigkeit in den kommenden drei Monaten und der Geschäftslage in den nächsten sechs Monaten überwogen die pessimistischen Einschätzungen. Die rasche Erhöhung des Leitzinssatzes durch die EZB und die Ankündigung weiterer Zinsschritte erschweren insbesondere im Bauwesen die Finanzie-

In der Sachgütererzeugung wurde die aktuelle Lage zuletzt pessimistischer beurteilt, die Ausichten hellen sich jedoch tendenziell auf.

rungsbedingungen und trüben damit den Ausblick.

Der weiterhin mehrheitlich erwartete Anstieg der Baupreise ist weniger Ausdruck einer anziehenden Nachfrage als vielmehr eines angebotsseitigen Preisdrucks.

Stärker als unter der Nachfrageschwäche leiden die Bauunternehmen derzeit unter dem Arbeitskräftemangel. Er war im Jänner für 35,2% der befragten Unternehmen das wichtigste Hemmnis ihrer Produktionstätigkeit.

Abbildung 2: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

2.3 Rückgang der Inflation hielt im Jänner nicht an

Ähnlich wie im Euro-Raum und der EU insgesamt wurde in Österreich im Oktober 2022 eine historisch hohe Verbraucherpreis-inflation gemessen. Neben der kräftigen Verteuerung fossiler Energieträger auf den internationalen Märkten erhöhte auch der im Vergleich zum Dollar schwache Euro die Preise für importierte Waren. In der Folge erreichte die Inflationsrate im Euro-Raum im Oktober 2022 10,6% (EU 11,5%). Seither ist wieder ein

schrittweiser Rückgang des Preisauftriebs zu beobachten.

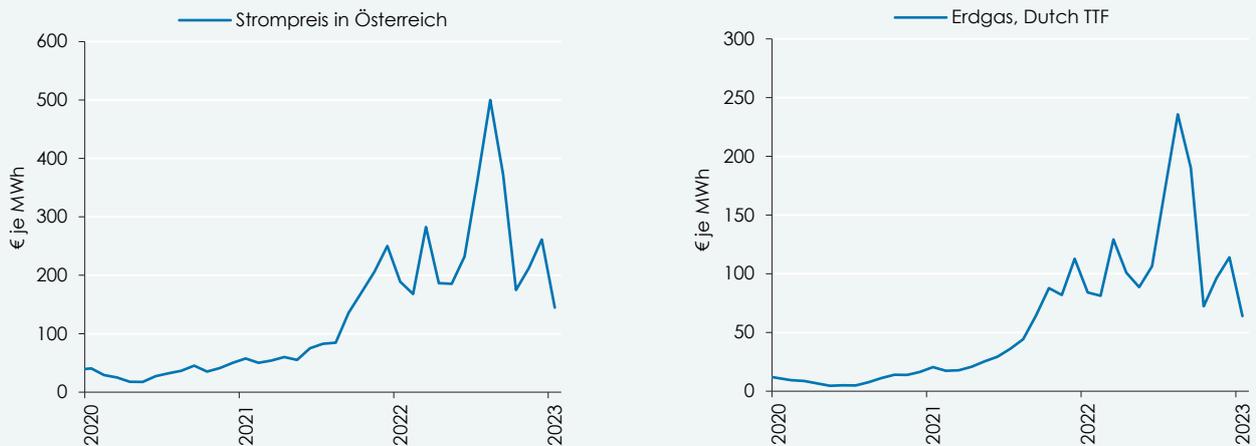
In Österreich lag die Inflationsrate im Oktober 2022 nach heimischer Berechnungsmethode bei 11%, nach internationaler harmonisierter Berechnungsmethode bei 11,6%. Damit rangierte Österreich im Mittelfeld der EU-Länder und im oberen Drittel des Euro-Raums. Ähnlich wie in diesen beiden Wirtschaftsräumen ging die Inflation im November und Dezember auch hierzulande wieder leicht zurück.

Mit einer Inflationsrate von 11,6% im Oktober 2022 lag Österreich im oberen Drittel des Euro-Raums.

Während sich dieser Trend im Euro-Raum und in der EU auch im Jänner fortsetzte (laut Schnellschätzung von Eurostat), schnellte die Inflationsrate in Österreich zuletzt wieder nach oben. Nach harmonisierter Berechnungsmethode ergab sich ein Wert von 11,5%, womit der Höchstwert vom Oktober des Vorjahres beinahe erreicht wurde. Nach heimischer Berechnungsmethode wurde er mit 11,1% sogar übertroffen.

Die Schnellschätzung von Statistik Austria schlüsselt die Inflation nicht nach Komponenten auf. Die zugehörige Presseausendung verweist lediglich auf die Netzverlustentgelte, die die Energiewirtschaft den privaten Haushalten per 1. Jänner preisangepasst in Rechnung gestellt hat. Dieser Effekt sollte ab März wieder entfallen, da die von der Bundesregierung beschlossene Strompreisbremse dann voll greifen wird.

Abbildung 3: Großhandelspreise für Strom und Erdgas



Q: Intercontinental Exchange, European Energy Exchange, Macrobond, WIFO.

Demgegenüber ließ der aus dem Ausland kommende Preisdruck bei fossilen Energieträgern auch im Jänner weiter nach. Der Großhandelspreis für Erdgas hat sich in den vergangenen Monaten beträchtlich verbilligt und liegt mittlerweile unter dem Niveau vor Ausbruch des Ukraine-Krieges. In der Folge haben auch die Großhandelspreise für Strom deutlich nachgegeben (Abbildung 3). Durch den wiedererstarkten Euro haben sich zudem auch Erdöl und daraus hergestellte Produkte verbilligt.

2.4 Unternehmen beklagen vermehrt Arbeitskräfteknappheit

Der Wirtschaftsaufschwung nach Überwindung der COVID-19-Krise wurde in Österreich von einer deutlichen Ausweitung der Beschäftigung und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit begleitet. Allerdings entfiel diese Beschäftigungsausweitung zu einem beträchtlichen Teil auf Teilzeitstellen. Während die unselbständig aktive Beschäftigung zwischen dem III. Quartal 2019 und dem III. Quartal 2022 um 3,3% stieg, schrumpfte das von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsvolumen in diesem Zeitraum leicht (-0,8%; Abbildung "Beschäftigung und Arbeitsvolumen").

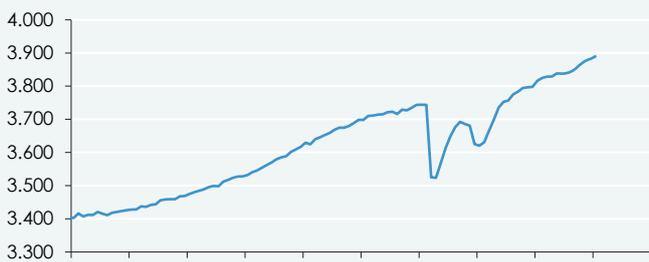
Neben dem zusätzlichen Arbeitskräftebedarf, der sich durch die anstehende Pensionierungswelle der "Baby-Boomer" ergibt, dürfte die Stagnation des Arbeitsvolumens ein weiterer Grund sein, weshalb die heimischen Unternehmen trotz der Konjunkturabschwächung vermehrt über Arbeitskräftemangel klagen. Laut WIFO-Konjunkturtest hielten zuletzt über 30% der befragten Unternehmen den Mangel an Arbeitskräften für das wichtigste Produktionshindernis. Der Mangel an Nachfrage, den zum Höhepunkt der Pandemie noch 35% der Unternehmen als wichtigstes Hindernis eingestuft hatten, war im Jänner 2023 nur mehr für rund 15% der Unternehmen das zentrale Hemmnis.

Wie bei der Beschäftigung ist aufgrund der nachlassenden Konjunktur auch bei der Arbeitslosigkeit eine Abschwächung der Dynamik erkennbar. Laut vorläufigen Berechnungen stieg die saisonbereinigte Zahl der beim AMS vorgemerkten Arbeitslosen im Jänner 2023 um 0,8% gegenüber dem Vormonat. Im Vorjahresvergleich zeigte sich hingegen weiterhin ein deutlicher Rückgang (-4,8%).

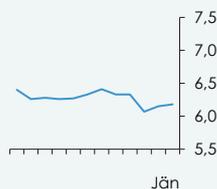
Das geleistete Arbeitsvolumen liegt nach wie vor unter dem Vorkrisenniveau.

Abbildung 4: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

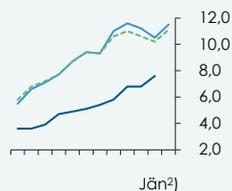
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



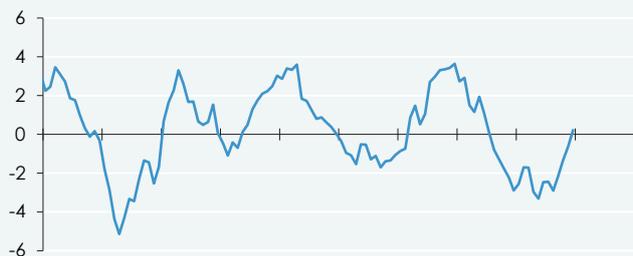
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



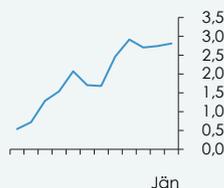
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Schnellschätzung von Statistik Austria. – 3) Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

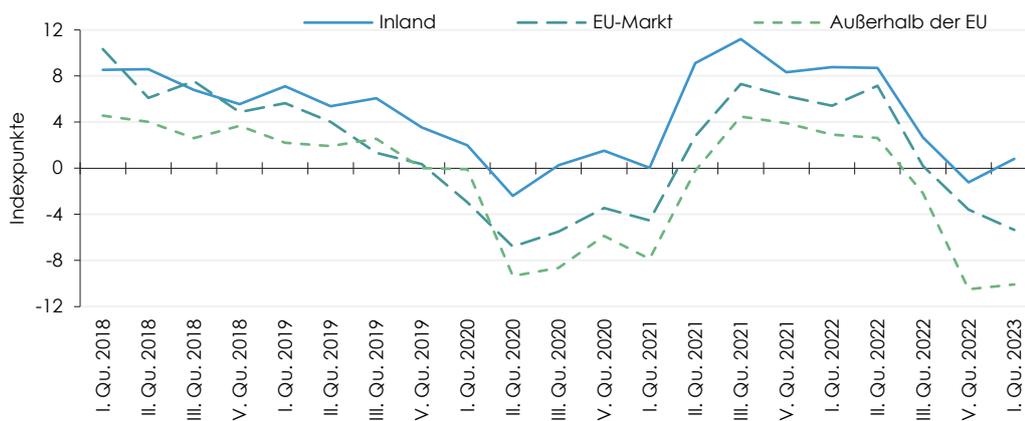
Leichte Verbesserung der Konjunkturschätzungen zu Jahresbeginn

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

- Die heimischen Unternehmen beurteilten die Wirtschaftslage im Jänner etwas zuversichtlicher als noch im Oktober 2022. Die WIFO-Konjunkturampel zeigt dementsprechend Grün.
- Der Index der unternehmerischen Erwartungen notierte in Sachgütererzeugung und Einzelhandel trotz Verbesserungen weiter im negativen Bereich. In der Bauwirtschaft ging er zurück.
- Die unternehmerische Unsicherheit hat zwar abgenommen, ist aber immer noch hoch und Ausdruck erheblicher Konjunkturrisiken.
- Die Kapazitätsauslastung lag im Jänner in der Gesamtwirtschaft bei 88,9% und entsprach in allen Sektoren in etwa dem langjährigen Durchschnitt.
- Wie in den Vorquartalen meldeten die meisten Unternehmen Beeinträchtigungen ihrer Geschäftstätigkeit. In der Gesamtwirtschaft blieb der "Mangel an Arbeitskräften" das wichtigste Hemmnis, deutlich vor dem "Mangel an Nachfrage" und dem "Mangel an Material oder Kapazität".
- Trotz rückläufiger Dynamik erwartet nach wie vor die Mehrheit der Unternehmen, die Verkaufspreise in den nächsten Monaten weiter anheben zu müssen.

Veränderung der Wettbewerbsposition in der Sachgütererzeugung



"Die in den Umfragen erhobene Selbsteinschätzung der Unternehmen hinsichtlich ihrer Wettbewerbsposition hat sich seit Sommer 2022 verschlechtert, insbesondere auf den Märkten außerhalb der EU".

Die Veränderung der Wettbewerbsposition wird mittels Salden dargestellt: Vom Anteil der Unternehmen, die angaben, dass sich ihre Wettbewerbsposition in den letzten drei Monaten verbessert hat, wird der Anteil jener Unternehmen abgezogen, die von einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition berichteten (Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt).

Leichte Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen zu Jahresbeginn

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Leichte Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner zeigen im Quartalsvergleich eine leichte Verbesserung der Konjunkturbeurteilungen. Die Konjunkturerwartungen blieben jedoch in allen Sektoren verhalten. Die Kapazitätsauslastung notierte auf durchschnittlichem Niveau. In der Gesamtwirtschaft war wie in den Vorquartalen der "Mangel an Arbeitskräften" das wichtigste Hemmnis der Geschäftstätigkeit, allerdings gewann der "Mangel an Nachfrage" abermals leicht an Bedeutung. Die unternehmerische Unsicherheit hat zwar abgenommen, ist aber nach wie vor hoch und Ausdruck erheblicher Konjunkturrisiken. Auch die Verkaufspreiserwartungen blieben trotz Rückgängen überdurchschnittlich.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** WIFO-Konjunkturtest, Quartalsdaten, Konjunktur

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at), Tobias Bergsmann (tobias.bergsmann@wifo.ac.at), Alexandros Charos (alexandros.charos@wifo.ac.at), Tim Slickers (tim.slickers@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 2. 2. 2023

Kontakt: Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Michael Klien (michael.klein@wifo.ac.at), Agnes Kügler (agnes.kuegler@wifo.ac.at)

Slight Improvement in Economic Sentiment at the Beginning of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2023

The results of the WIFO-Konjunkturtest (business cycle survey) of January show a slight improvement in economic assessments compared with the previous quarter. However, economic expectations remained subdued in all sectors. Capacity utilisation stayed at an average level. In the aggregate economy, as in previous quarters, the "shortage of labour force" was the most important obstacle to business activity, with "insufficient demand" continuing to gain slightly in importance. Although business uncertainty has decreased, it remains high and reflects considerable economic risks. Despite declines, sales price expectations also remained above average.

Die Konjunktüreinschätzungen verbesserten sich im Quartalsvergleich in allen Branchen außer der Bauwirtschaft. Die Konjunkturerwartungen blieben infolge der weiterhin beträchtlichen Risiken gedämpft.

1. Konjunkturindizes

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests¹⁾ für Jänner 2023 (Anfang I. Quartal) zeigen eine leichte Verbesserung der unternehmerischen Konjunktüreinschätzungen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex stieg im Quartalsvergleich um 3,5 Punkte auf 6,4 Punkte und notierte damit um rund 6,6 Punkte niedriger als im Jänner des Vorjahres (Übersicht 1). Die Lagebeurteilungen verbesserten sich gegenüber Oktober um 3,7 Punkte, der entsprechende Index lag mit 11,5 Punkten weiter über der Nulllinie, die negative von positiven Konjunktüreinschätzungen trennt. Die Konjunkturerwartungen fielen demgegenüber weiterhin skeptisch aus: Der Index der

unternehmerischen Erwartungen verbesserte sich zwar gegenüber Oktober um 3,3 Punkte, lag mit 1,2 Punkten aber nur knapp im positiven Bereich.

Im Quartalsvergleich ist in allen Branchen außer der Bauwirtschaft eine leichte Stimmungsverbesserung sichtbar: In der Sachgütererzeugung gewann der WIFO-Konjunkturklimaindex gegenüber dem Vorquartal 0,9 Punkte hinzu, lag aber mit -1,3 Punkten weiter im negativen Bereich. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen verschlechterte sich gegenüber Oktober um 3,2 Punkte, notierte mit 2,6 Punkten jedoch nach wie

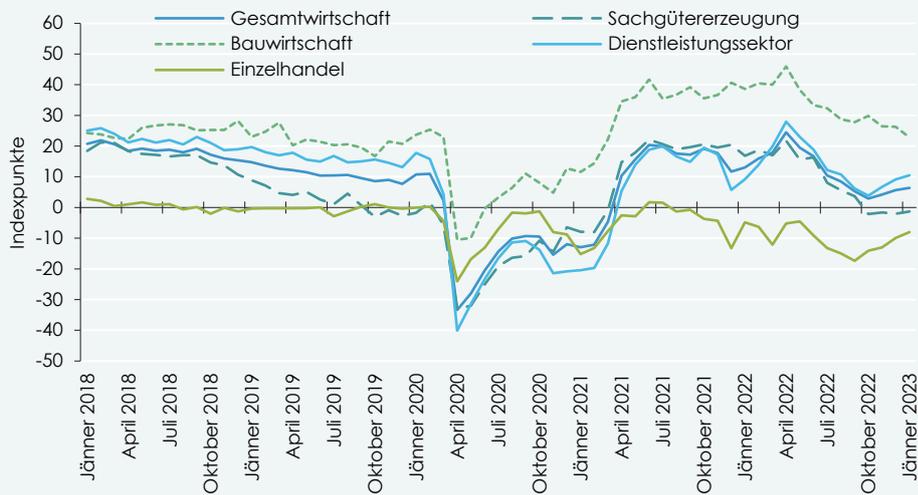
¹⁾ Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung in den nächsten Monaten. Einmal pro Quartal wird der Fragenkatalog des WIFO-Konjunkturtests um zusätzliche Fragen erweitert ("Quartalsfragen"), die relevante Information zur Konjunktur liefern, aber nicht in die monatlichen Indizes des WIFO-Konjunkturtests eingehen. Die aktuellen Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests stehen auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-konjunkturtest>) und auf der

Themenseite Konjunkturanalysen am WIFO (<https://www.wifo.ac.at/themen/konjunktur> oder www.konjunkturtest.at) zur Verfügung. Hölzl und Schwarz (2014) bieten einen Überblick über den WIFO-Konjunkturtest. Detailliertere Ergebnisse zu den Subsektoren der Sachgütererzeugung und des Dienstleistungsgebietes können als grafischer Appendix von der Projekt-Homepage heruntergeladen werden (<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/publikationen>).

vor im positiven Bereich. Dagegen lag der Index der unternehmerischen Erwartungen trotz einer Verbesserung um 4,8 Punkte

weiter unter der Nulllinie, die optimistische von pessimistischen Erwartungen trennt (-5,3 Punkte).

Abbildung 1: WIFO-Konjunkturklimaindizes



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

Übersicht 1: Indizes des WIFO-Konjunkturtests

	2022							Jänner	Veränderung gegenüber Oktober (Vorquartal)
	Jänner	April	Juli	Oktober	November	Dezember	Indexpunkte		
Gesamtwirtschaft									
WIFO-Konjunkturklimaindex	13,0	24,5	10,4	2,9	4,2	5,7	6,4	+ 3,5	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	14,0	27,4	16,7	7,8	7,5	10,4	11,5	+ 3,7	
Index der unternehmerischen Erwartungen	12,0	21,7	4,2	- 2,0	1,0	0,9	1,2	+ 3,3	
Sachgütererzeugung									
WIFO-Konjunkturklimaindex	16,8	21,7	8,1	- 2,2	- 1,6	- 2,0	- 1,3	+ 0,9	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	18,6	26,9	15,8	5,8	4,1	3,9	2,6	- 3,2	
Index der unternehmerischen Erwartungen	15,1	16,7	0,4	- 10,1	- 7,3	- 8,1	- 5,3	+ 4,8	
Bauwirtschaft									
WIFO-Konjunkturklimaindex	38,6	46,0	32,3	29,8	26,5	26,3	22,8	- 7,0	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	41,2	45,8	28,6	23,6	17,5	19,6	17,8	- 5,8	
Index der unternehmerischen Erwartungen	36,2	46,3	36,2	35,9	35,2	33,0	27,4	- 8,5	
Dienstleistungssektor									
WIFO-Konjunkturklimaindex	9,2	28,0	12,2	3,8	6,7	9,2	10,5	+ 6,6	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	9,4	31,0	20,0	8,9	10,1	14,9	17,2	+ 8,3	
Index der unternehmerischen Erwartungen	9,1	25,1	4,5	- 1,2	3,3	3,4	3,6	+ 4,9	
Einzelhandel									
WIFO-Konjunkturklimaindex	- 4,8	- 5,2	- 13,2	- 14,1	- 13,0	- 9,9	- 8,0	+ 6,1	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 3,1	- 7,3	- 8,1	- 8,2	- 6,1	- 2,7	2,2	+ 10,4	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 6,5	- 3,2	- 18,3	- 20,0	- 19,9	- 17,1	- 18,3	+ 1,7	

Q: WIFO-Konjunkturtest.

In der Bauwirtschaft verschlechterte sich der WIFO-Konjunkturklimaindex gegenüber Oktober (-7,0 Punkte auf 22,8 Punkte). Der

Index der aktuellen Lagebeurteilungen gab um 5,8 Punkte auf 17,8 Punkte nach, der Index der unternehmerischen Erwartungen

sank etwas kräftiger um 8,5 Punkte auf 27,4 Punkte. Im Erwartungsindex spiegeln sich auch die weiterhin hohen Baupreiserwartungen, welche derzeit wenig Rückschlüsse auf die Konjunktur zulassen – die Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten wird bereits seit Mai 2022 mehrheitlich als ungünstig eingeschätzt.

Im Dienstleistungssektor stiegen die Indizes an. Der WIFO-Konjunkturindex legte gegenüber Oktober 2022 6,6 Punkte zu und notierte mit 10,5 Punkten wieder deutlicher im positiven Bereich. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen verbesserte sich im Quartalsvergleich um 8,3 Punkte auf 17,2 Punkte. Der Index der unternehmerischen Erwartungen gewann gegenüber Oktober 4,9 Punkte und notierte mit 3,6 Punkten wieder knapp über der Nulllinie.

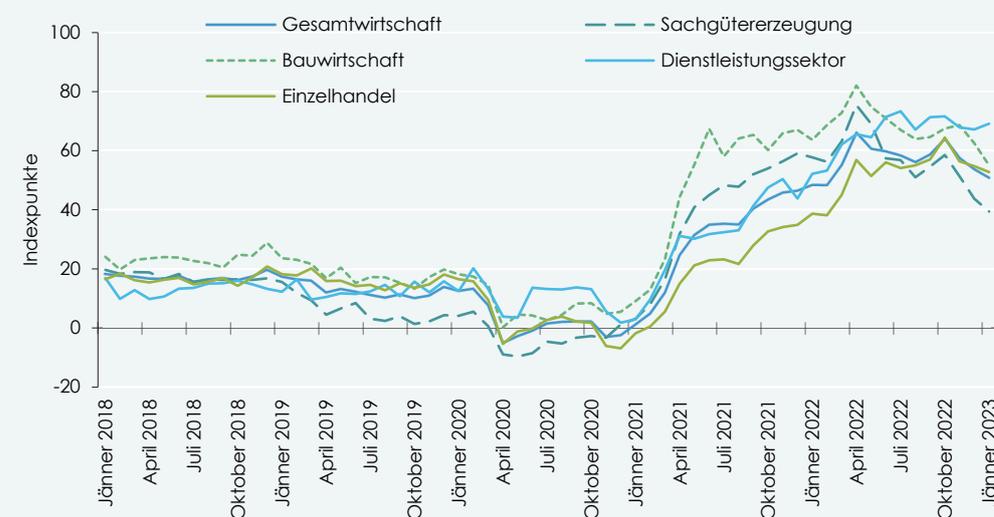
Die Konjunkturindizes für den Einzelhandel, die das WIFO auf Basis von Erhebungen der KMU Forschung Austria berechnet, stiegen merklich gegenüber dem Vorquartal: Der entsprechende WIFO-Konjunkturindex lag im Jänner um 6,1 Punkte über dem Wert von Oktober, blieb damit aber weiterhin

unter der Nulllinie (-8,0 Punkte). Dies liegt vor allem an den nach wie vor pessimistischen Erwartungen: Während der Index der aktuellen Lagebeurteilungen stark anstieg (+10,4 Punkte auf 2,2 Punkte), verbesserte sich der Index der unternehmerischen Erwartungen nur geringfügig um 1,7 Punkte auf -18,3 Punkte. Damit lag er weiter auf einem selbst für den Einzelhandel sehr niedrigen Niveau.

Eine längerfristige Betrachtung der WIFO-Konjunkturindizes zeigt den Rückgang infolge der COVID-19-Krise, den Aufschwung im Laufe des Jahres 2021 und die allmähliche Konjunkturabschwächung seit Ausbruch des Ukraine-Krieges (Abbildung 1).

Der Ukraine-Krieg löste einen kräftigen Energiepreisauftrieb aus, wodurch sich neben den Verbraucherpreisen auch die Verkaufspreiserwartungen der österreichischen Unternehmen erhöht haben²⁾. Letztere waren bereits 2021 im Zuge der Konjunkturerholung und infolge der Lieferengpässe angestiegen. Der Ukraine-Krieg hat die lebhafteste Preisdynamik weiter beschleunigt.

Abbildung 2: Verkaufspriserwartungen



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt. Die Verkaufspriserwartungen werden als Salden dargestellt: Vom Anteil der Unternehmen, die angeben, ihre Verkaufspreise in den nächsten Monaten anheben zu müssen, wird der Anteil jener Unternehmen abgezogen, die eine Senkung der Verkaufspreise planen.

Die Verkaufspriserwartungen werden im WIFO-Konjunkturtest als Salden, d. h. als Differenz zwischen dem Anteil der positiven und dem Anteil der negativen Antworten an allen Meldungen, dargestellt. Sie weisen einen Wertebereich von -100 bis +100 Punkten auf. Wie die Ergebnisse vom Jänner 2023 zeigen, erwartet eine Mehrheit der befragten

Unternehmen, in den kommenden Monaten die Verkaufspreise anheben zu müssen (Abbildung 2). Für die Gesamtwirtschaft betrug der Saldo der Verkaufspriserwartung zuletzt 50,6 Punkte. Dieser Wert liegt zwar um 13,1 Punkte unter dem Niveau von Oktober 2022, aber weiterhin deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 20,2 Punkten.

²⁾ Die Ergebnisse der Sonderbefragungen im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (Hözl et al., 2022a, Hözl et al., 2022b) geben näheren Einblick in die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und des Energiepreisanstieges. Die Mehrheit der österreichischen Unter-

nehmen (82%) gab im November an, derzeit in ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt zu sein, insbesondere durch gestiegene Energie- und Vorleistungspreise

Obwohl in sämtlichen Teilbereichen Rückgänge verzeichnet wurden (Bauwirtschaft –12,5 Punkte auf 55,0 Punkte, Sachgütererzeugung –19,1 Punkte auf 39,4 Punkte, Dienstleistungen –11,7 Punkte auf 52,8 Punk-

te, Einzelhandel –2,5 Punkte auf 69,2 Punkte), blieben die Verkaufspreiserwartungen im Langzeitvergleich in allen Sektoren überdurchschnittlich.

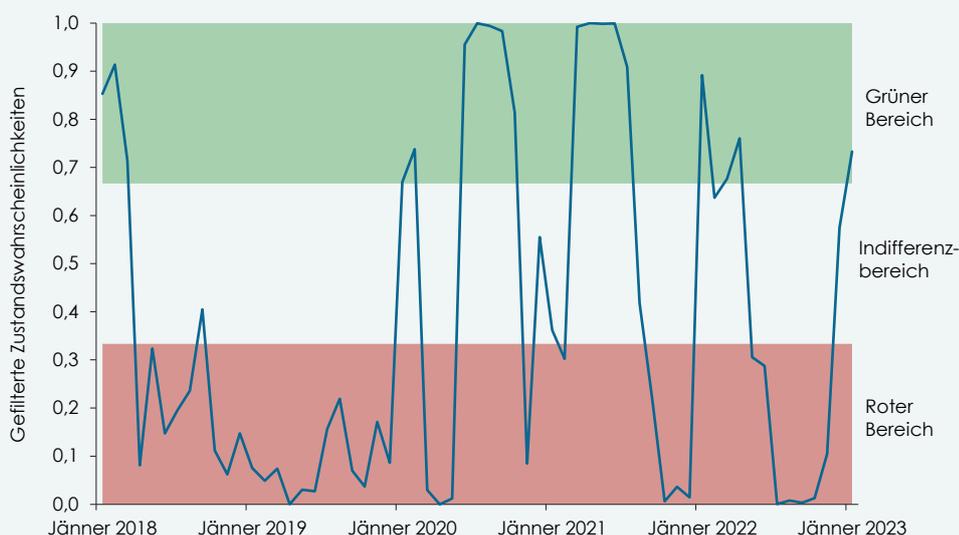
Indizes des WIFO-Konjunkturtests

Die Indizes des WIFO-Konjunkturtests werden monatlich auf Sektorebene für die Sachgütererzeugung, die Bauwirtschaft, die Dienstleistungen und den Einzelhandel ermittelt. Die Befragungen werden monatlich vom WIFO (Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft und Dienstleistungen) und der KMU Forschung Austria (Einzelhandel) durchgeführt. Anhand der Sektorindizes werden durch Gewichtung (Gewichte: Dienstleistungen 0,5, Sachgütererzeugung 0,3, Bauwirtschaft und Einzelhandel jeweils 0,1) die "gesamtwirtschaftlichen Indizes" errechnet. Der zusammenfassende WIFO-Konjunkturklimaindex aggregiert zwei Teilindizes, die getrennt ausgewiesen werden:

- Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen basiert auf den monatlichen Erhebungen zur Einschätzung der aktuellen Lage und zur Entwicklung in den letzten drei Monaten. Er ist als gleichlaufender Index konzipiert, der allein durch die frühe Verfügbarkeit (rund zwei Monate vor den aktuellen Daten der amtlichen Statistik) einen Vorlauf gegenüber der amtlichen Konjunkturstatistik aufweist.
- Der Index der unternehmerischen Erwartungen fasst jene monatlichen Fragen zusammen, die sich auf die Entwicklung in den Folgemonaten der Erhebung beziehen. Er ist als vorlaufender Indikator konzipiert.

Details zu den Indizes bieten Hölzl und Schwarz (2014).

Abbildung 3: WIFO-Konjunkturampel



Q: WIFO-Konjunkturtest. Die WIFO-Konjunkturampel für Österreich zeigt die monatliche Wahrscheinlichkeit für die Phasen "Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen" ("grüner Bereich") und "Verschlechterung der Konjunktüreinschätzungen" ("roter Bereich"). Im Indifferenzbereich kann die Entwicklung der Konjunktüreinschätzungen nicht eindeutig klassifiziert werden.

2. Konjunkturampel springt auf Grün

Mit Hilfe eines Markov-Regime-Switching-Modells wird in der WIFO-Konjunkturampel modellbasiert die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der die aktuellen Werte der Indikatoren des WIFO-Konjunkturtests einer Verbesserung oder Verschlechterung der Konjunktüreinschätzungen gegenüber der Vorperiode entsprechen (Glocker & Hölzl, 2015)³. Die ermittelte Wahrscheinlichkeit kann in eine von drei Kategorien fallen, die zusammen-

fassend als "Konjunkturampel" bezeichnet werden:

- Im "grünen Bereich" (Verbesserung) beträgt die Wahrscheinlichkeit über zwei Drittel, dass die Veränderung der aktuellen Indexwerte gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt eine Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen wiedergibt.

³ Die Verschlechterung ist als Gegenzustand des Zustandes "Verbesserung" definiert: Die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verbesserung" (q) zu befinden, ist

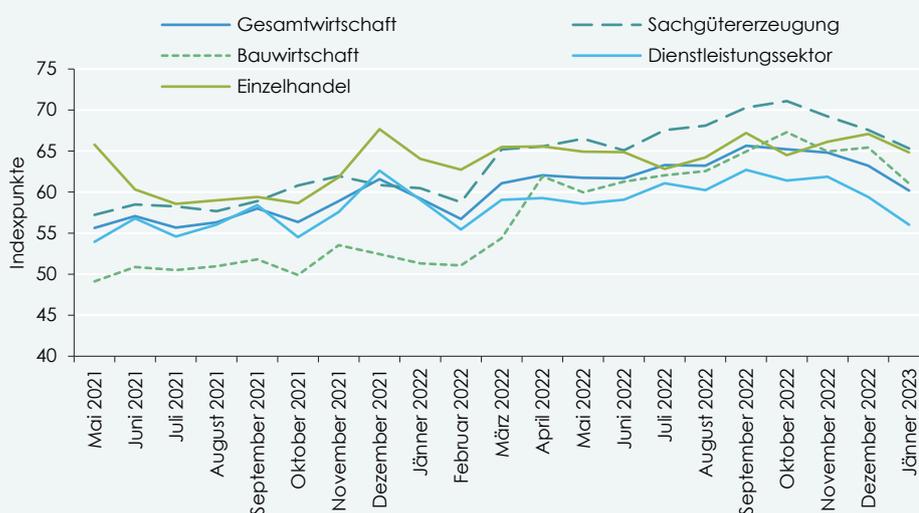
1 minus die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verschlechterung" zu befinden ($p = 1 - q$).

- Im "roten Bereich" (Verschlechterung) liegt die Wahrscheinlichkeit unter einem Drittel, dass der aktuelle Indexwert eine Verbesserung gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt bedeutet.
- Zwischen dem "grünen" und dem "roten" Bereich liegt der Indifferenzbereich. Die Entwicklung der Konjunktüreinschätzungen kann in diesem Fall nicht eindeutig zugeordnet werden.

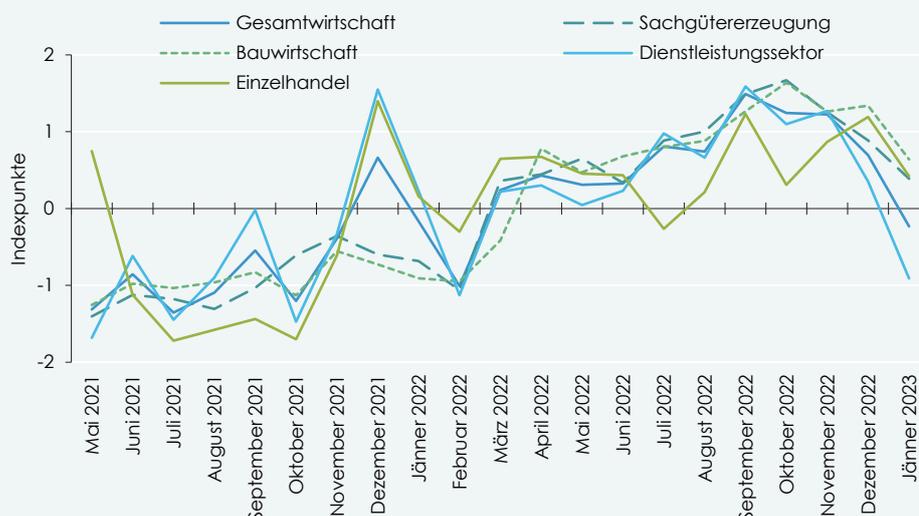
Die Wahrscheinlichkeit, sich in einem Verbesserungsregime zu befinden, wurde im Jänner 2023 vom Modell mit 0,73 als relativ hoch eingeschätzt. Damit zeigte die WIFO-Konjunkturampel im Jänner erstmals seit April 2022 wieder Grün. Die Verbesserung bestätigt die Konjunktur Stabilisierung der letzten Monate. Ob sie bereits eine konjunkturelle Trendwende anzeigt, bleibt in Anbetracht der weiterhin gedämpften Konjunkturerwartungen offen.

Abbildung 4: **Indikator der unternehmerischen Unsicherheit für die Gesamtwirtschaft und die Sektoren**

Indikatorwerte ab Mai 2021



Standardisierte Zeitreihen



Q: WIFO-Konjunkturtest, nicht saisonbereinigt. 0 ... keine Unsicherheit, 100 ... höchste Unsicherheit. Standardisierte Darstellung: Normierung aller Indikatoren auf einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1. Dies erleichtert die Beurteilung des Konjunkturverlaufes des Unsicherheitsindikators.

3. Unsicherheit trotz Verbesserungen nach wie vor sehr hoch

Seit den 1980er-Jahren wird im WIFO-Konjunkturtest die Einschätzung der Unternehmen zur Unsicherheit der künftigen Ge-

schäftslage erhoben, welche Einfluss auf Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen der Unternehmen hat (Glocker & Hölzl,

2022). Im Mai 2021 wurde die Formulierung der entsprechenden Frage im Zuge ihrer Einbeziehung in das gemeinsame harmonisierte Fragenprogramm der EU (Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys) verändert. Zudem wird die Frage zur Unsicherheit seit Mai monatlich statt wie zuvor vierteljährlich gestellt. Aufgrund dieser Änderungen sind Vergleiche über die Zeit bis heute nur eingeschränkt möglich (Abbildung 4).

Der Indikator der Unsicherheit bezüglich der künftigen Geschäftslage weist einen Wertebereich von 0 (keine Unsicherheit) bis 100 (höchste Unsicherheit) auf. Für die Gesamtwirtschaft ergab sich im Jänner (I. Quartal 2023) ein Wert von 60,2 Punkten. Damit notierte der Indikator um 5,0 Punkte niedriger

als im Oktober 2022 (65,2 Punkte). Der Ukraine-Krieg, der damit zusammenhängende Energiepreisauftrieb und die Ungewissheit bezüglich der Energieversorgung hatten die Unsicherheit bereits im März 2022 in allen Sektoren ansteigen lassen, insbesondere in der exportorientierten Sachgütererzeugung. Dort war die unternehmerische Unsicherheit auch im Jänner 2023 trotz eines Rückgangs weiterhin überdurchschnittlich (65,3 Punkte). Auch in der Bauwirtschaft blieb sie trotz Verbesserungen in den letzten Monaten beträchtlich (61,0 Punkte), ebenso im Einzelhandel, wo die Unsicherheit im Jänner 2023 mit 64,8 Punkten ähnlich hoch war wie im Jänner des Vorjahres. Allein in den Dienstleistungsbranchen notierte der Unsicherheitsindikator mit 56,0 Punkten im Bereich des sektorspezifischen Durchschnitts.

Die unternehmerische Unsicherheit nahm gegenüber Herbst 2022 ab. Auch im Vormonatsvergleich zeigt sich für die meisten Branchen ein Rückgang der Unsicherheit.

4. Kapazitätsauslastung und Auftragsbestände stabilisieren sich

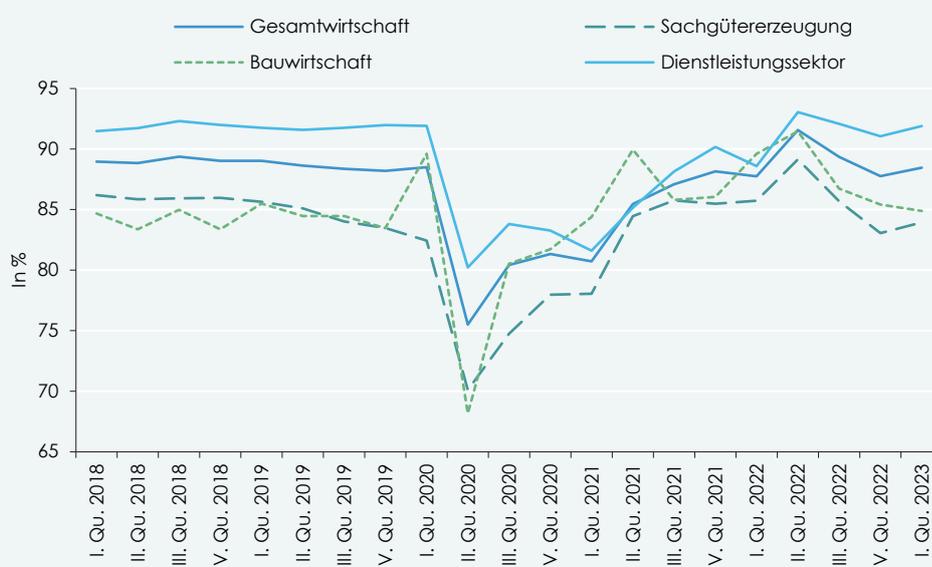
4.1 Leichter Anstieg der Kapazitätsauslastung in den meisten Sektoren

Vor allem in Branchen mit hoher Kapitalintensität und hohen Kapazitätsanpassungskosten ist die Kapazitätsauslastung ein wichtiger Konjunkturindikator (Hözl et al., 2019). Sie wird deshalb im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests in allen Sektoren außer dem Einzelhandel erhoben. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung stieg im Jänner 2023 im Vergleich zu Oktober 2022 um 0,7 Prozentpunkte auf 88,5% (langjähriger Durchschnitt: 86,8%). Die leichte Verbesserung war in allen Sektoren außer der Bauwirtschaft beobachtbar, die Auslastung lag

jedoch weiterhin in sämtlichen Bereichen über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre, wenn auch nur geringfügig. Der deutlichste Anstieg wurde in der Sachgütererzeugung verzeichnet (+0,9 Prozentpunkte auf 83,9%). In der Bauwirtschaft sank die Kapazitätsauslastung um 0,5 Prozentpunkte, im Dienstleistungssektor stieg sie um 0,8 Prozentpunkte. Bisher haben der Ukraine-Krieg, die damit zusammenhängenden Lieferengpässe und der Energiepreisauftrieb noch nicht zu einem deutlichen Rückgang der Kapazitätsauslastung geführt. Die unternehmerischen Erwartungen für die nächsten Quartale deuten auf eine Seitwärtsbewegung der Auslastung hin.

Die Kapazitätsauslastung war im Jänner in allen Sektoren außer der Bauwirtschaft leicht höher als im Herbst 2022.

Abbildung 5: Kapazitätsauslastung nach Sektoren



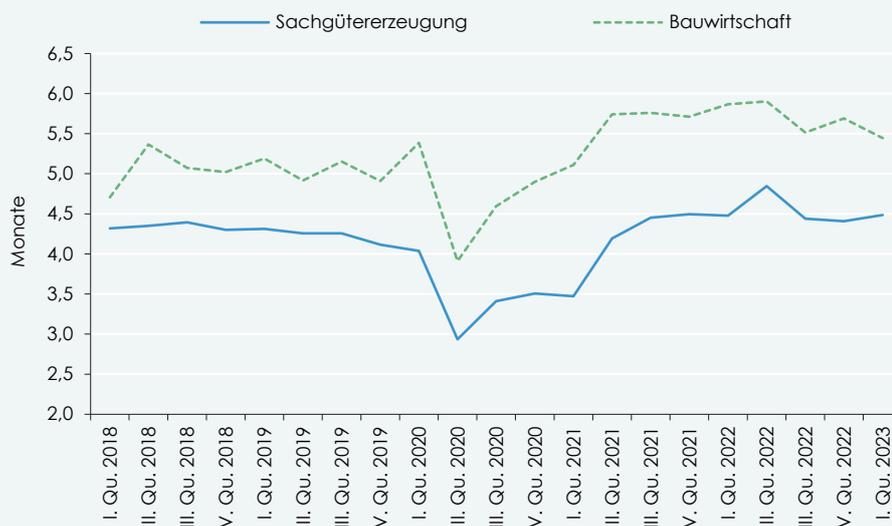
Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

4.2 Gesicherte Produktionsdauer entwickelt sich stabil

Die gesicherte Produktionsdauer – gemessen in Monaten – wird im Rahmen der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests in der Sachgütererzeugung und in der Bauwirtschaft erhoben (Abbildung 6). Die Entwicklungen in den beiden Sektoren unterscheiden sich zuletzt leicht. In der Bauwirtschaft

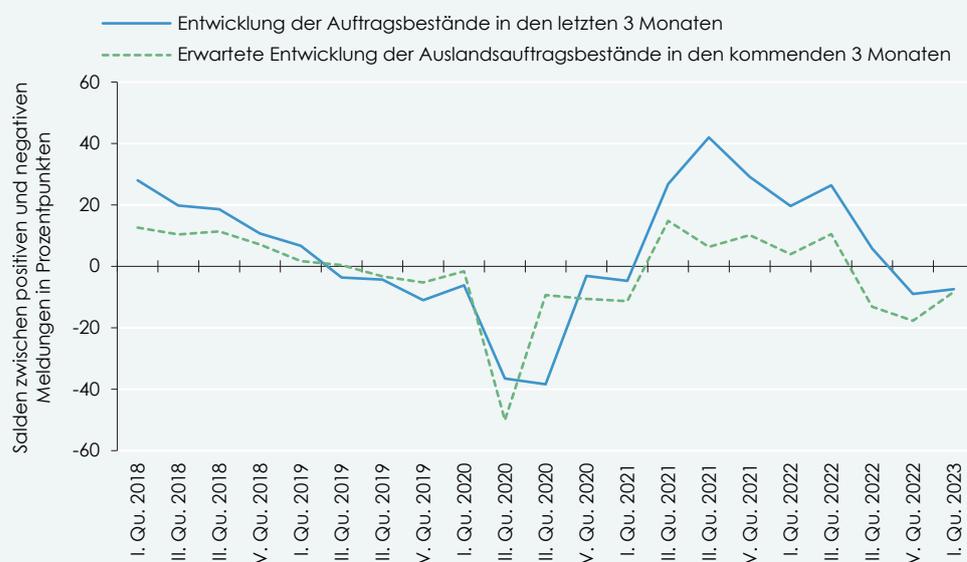
meldeten die Unternehmen, dass ihre Produktionstätigkeit für die nächsten 5,4 Monate gesichert ist (-0,2 Monate gegenüber Oktober 2022). In der Sachgütererzeugung lag die durchschnittliche gesicherte Produktionsdauer bei 4,5 Monaten (+0,1 Monate gegenüber Oktober 2022). Beide Werte liegen noch über dem langjährigen Durchschnitt.

Abbildung 6: **Gesicherte durchschnittliche Produktionsdauer in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft**



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abbildung 7: **Entwicklung der Auftragsbestände und erwartete Entwicklung der Auslandsauftragsbestände in der Sachgütererzeugung**



Q: WIFO-Konjunkturtest.

4.3 Auftragslage in der Sachgütererzeugung bleibt angespannt

In der Sachgütererzeugung werden die Auftragsbestände und die Erwartungen zu den Auslandsauftragseingängen als relevante Indikatoren einmal im Quartal erfragt. Die Antworten auf diese Fragen werden zu Salden zwischen dem Anteil der positiven und dem Anteil der negativen Antworten aggregiert. Wie Abbildung 7 zeigt, war die Auftragslage im Jänner nach wie vor angespannt; der Indikator zu den Auftragsbeständen blieb trotz

eines Anstiegs klar im negativen Bereich (-7,4 Punkte) und signalisierte damit per Saldo weiterhin einen Rückgang der Auftragsseingänge in den vergangenen Monaten. Die Erwartungen zu den Auslandsauftragseingängen verbesserten sich deutlich, blieben aber ebenfalls unter der Nulllinie: Der Anteil der optimistischen Stimmen, die eine Zunahme der Auslandsaufträge in den kommenden Monaten erwarten, nahm im Vergleich zu Oktober zu, jedoch überwogen die negativen Meldungen die positiven um gut 8 Prozentpunkte.

Die Indikatorwerte zu den Auftragsbeständen und den erwarteten Auslandsauftragseingängen drücken trotz Verbesserungen weiter eine rückläufige Dynamik aus.

5. Arbeitskräftemangel bleibt das wichtigste Hemmnis der Unternehmenstätigkeit

Im WIFO-Konjunkturtest werden quartalsweise die wichtigsten Hemmnisse für die Geschäftstätigkeit der befragten Unternehmen erhoben. Die Unternehmen haben die Möglichkeit, keine Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu melden, oder das wichtigste Hindernis aus einer vorgegebenen Liste zu wählen:

- Mangel an Nachfrage (Dienstleistungen und Sachgütererzeugung) bzw. Mangel an Aufträgen (Bauwirtschaft),
- Mangel an Arbeitskräften,
- Platzmangel oder Kapazitätsengpässe (Dienstleistungen) bzw. Mangel an Material oder Kapazität (Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft),
- Finanzierungsprobleme und
- sonstige Gründe – diese Kategorie spiegelt neben dem Wittereinfluss auch die Beeinträchtigung durch die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung wider.

In der Bauwirtschaft wird zusätzlich das Hindernis "ungünstiges Wetter" erhoben⁴⁾.

Durch die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen, die Lieferkettenprobleme, den Ukraine-Krieg und den kräftigen Energiepreisauftrieb ist der Anteil der Unternehmen, die Hemmnisse ihrer Geschäftstätigkeit melden, seit 2020 spürbar angestiegen. Im Jänner 2023 meldeten nur rund 39% der Sachgütererzeuger (+5 Prozentpunkte gegenüber Oktober 2022), rund 30% der Bauunternehmen (+8 Prozentpunkte), etwa 37% der Dienstleister (+2 Prozentpunkte) und rund 32% der Einzelhandelsunternehmen (+1 Prozentpunkte) keine Beeinträchtigung ihrer Geschäftstätigkeit. Vor der COVID-19-Pandemie lagen diese Werte im Durchschnitt bei über 50%.

In der Sachgütererzeugung blieb im Jänner 2023 der "Mangel an Arbeitskräften" (23,0%

aller Unternehmen) vor dem "Mangel an Material oder Kapazität" (19,5%) das meistgenannte Hemmnis. Beides wurde jedoch seltener gemeldet als noch im Herbst 2022. Rund 14,1% der Sachgüterproduzenten – und damit mehr als noch im Oktober – nannten einen "Mangel an Nachfrage" als wichtigstes Hemmnis, 3,4% "sonstige Gründe" und rund 1,5% "Finanzierungsprobleme" (Abbildung 8).

In der Bauwirtschaft stufen im Jänner 35,2% der befragten Unternehmen den "Mangel an Arbeitskräften" als wichtigstes Produktionshemmnis ein. Nicht einmal halb so viele (16,4%) nannten den "Mangel an Material oder Kapazität", der im Vergleich zum Vorquartal weiter an Bedeutung verlor. Für 12,1% der Bauunternehmen war der "Mangel an Nachfrage" das wichtigste Hemmnis. Deutlich zurückgegangen sind die Meldungen zu "ungünstigem Wetter" (0,5%). 2,1% der Unternehmen nannten "Finanzierungsprobleme" und 3,9% "sonstige Gründe".

Auch in den Dienstleistungsbranchen war im Jänner der "Mangel an Arbeitskräften" (37,1%) das dominierende Hemmnis der Unternehmenstätigkeit, deutlich vor dem "Mangel an Nachfrage" (14,1%) und "sonstigen Hindernissen" (5,0%). Der "Mangel an Material oder Kapazität" (3,5%) und "Finanzierungsprobleme" (3,1%) waren im Dienstleistungssektor zuletzt von geringerer Bedeutung.

Im Einzelhandel werden die Hemmnisse der Geschäftstätigkeit seit Juli 2021 erhoben. 28,2% der befragten Einzelhändler meldeten im Jänner 2023 den "Mangel an Nachfrage" als wichtigstes Hemmnis, 15,1% "Lieferengpässe", 13,9% den "Mangel an Arbeitskräften" und 2,8% "Finanzierungsprobleme".

In der Gesamtwirtschaft (ohne Einzelhandel) war im Jänner – wie bereits in den Vorquartalen – der "Mangel an Arbeitskräften" das

Die Meldungen zu den Hemmnissen der Geschäftstätigkeit zeigen einen Bedeutungsgewinn des " Mangels an Arbeitskräften". Dagegen hat der "Mangel an Material oder Kapazität" weiter an Bedeutung eingebüßt.

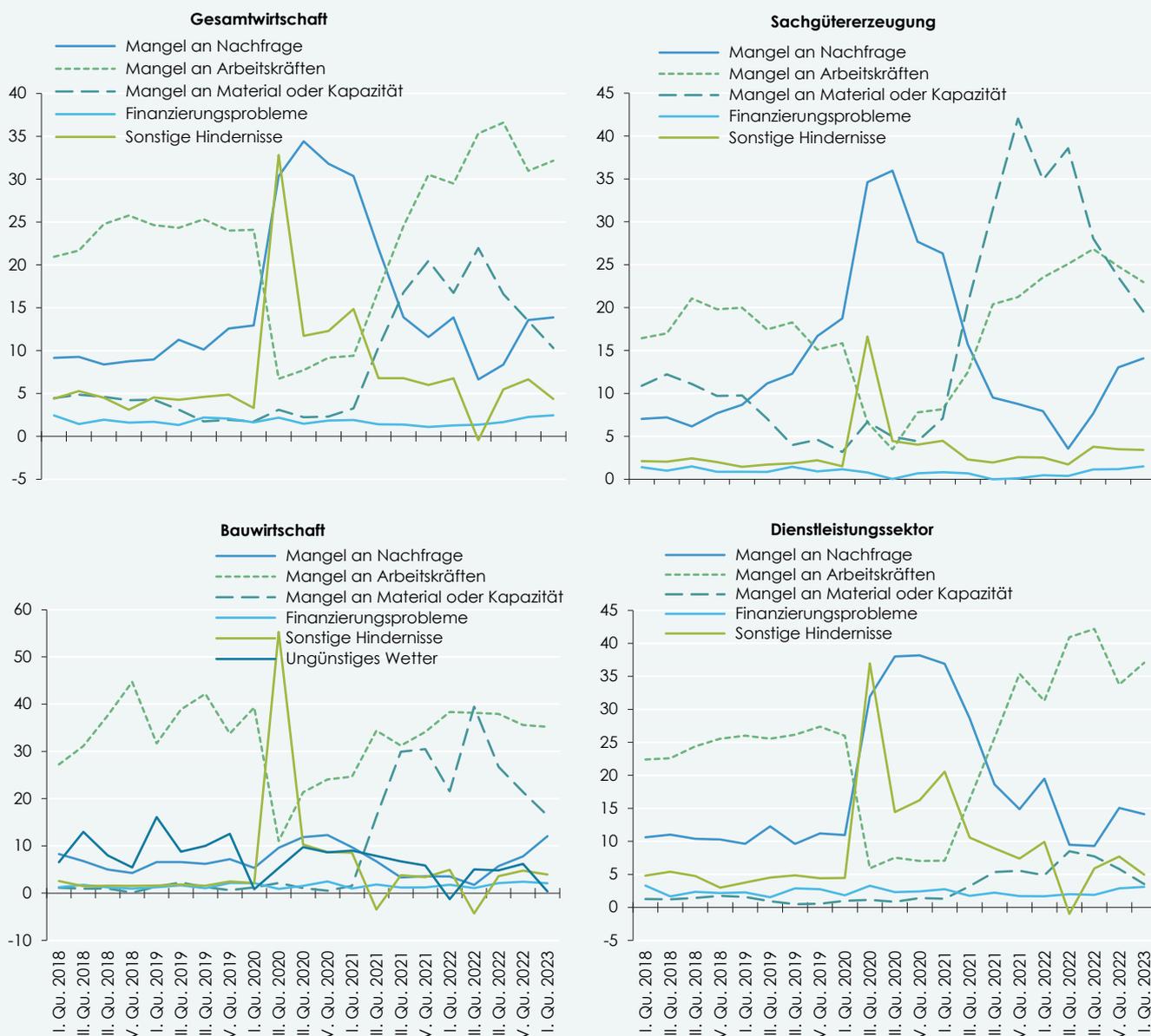
⁴⁾ Bei der Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Hemmnisse wird "ungünstiges Wetter" unter "sonstige Hindernisse" klassifiziert.

meistgenannte wichtigste Hemmnis der Wirtschaftstätigkeit (32,2% der Unternehmen). Für 13,9% der Unternehmen beeinträchtigte vor allem der "Mangel an Nachfrage" die Geschäftstätigkeit. Im Quartalsvergleich

büßte insbesondere der "Mangel an Material oder Kapazität" (10,3%) an Bedeutung ein. 4,4% nannten "sonstige Hindernisse" und 2,5% "Finanzierungsprobleme" als wichtigste Hemmnisse.

Abbildung 8: Hemmnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit

Anteile an allen Meldungen in %



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt. Um die unterjährige Vergleichbarkeit der Zeitreihen zu gewährleisten, werden saisonbereinigte Werte ausgewiesen. Negative Werte können aufgrund des Saisonbereinigungsverfahrens "Dainties" nicht ausgeschlossen werden. Es handelt sich um statistische Artefakte.

6. Zusammenfassung

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023 zeigen im Quartalsvergleich eine leichte Verbesserung der unternehmerischen Konjunktüreinschätzungen. Die aktuelle Wirtschaftslage wird in den meisten Sektoren positiv beurteilt, für die nächsten Monate rechnen die Unternehmen jedoch

weiter mit einer Seitwärtsbewegung der Konjunktur. Dennoch zeigt die Konjunkturampel erstmals seit April 2022 wieder Grün. Die Kapazitätsauslastung stabilisierte sich auf durchschnittlichem Niveau. Wie in den Vorquartalen war im Jänner der "Mangel an Arbeitskräften" das meistgenannte Hemmnis

der Unternehmenstätigkeit, deutlich vor dem "Mangel an Nachfrage" und dem "Mangel an Material oder Kapazität".

Die unternehmerische Unsicherheit war in den letzten Monaten rückläufig, ist aber in den meisten Sektoren nach wie vor höher als im langjährigen Durchschnitt. Dies signalisiert den Fortbestand von Konjunkturrisiken

infolge der Verwerfungen auf den Energiemärkten und der Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft. Die Mehrheit der befragten Unternehmen erwartet nach wie vor, die Verkaufspreise in den nächsten Monaten anheben zu müssen. In der Sachgütererzeugung zeigen sowohl die Konjunkturindizes als auch die Indikatoren zur Auftragslage weiterhin eine ungünstige Entwicklung an.

7. Literaturhinweise

Europäische Kommission (2021). *The Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys: User Guide*. Europäische Kommission. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/bcs_user_guide_en_0.pdf.

Glocker, C., & Hölzl, W. (2015). Bestimmung einer Konjunkturampel für Österreich auf Basis des WIFO-Konjunkturtests. *WIFO-Monatsberichte*, 88(3), 175-183. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/57854>.

Glocker, C., & Hölzl, W. (2022). A direct measure of subjective business uncertainty. *German Economic Review*, 23(1), 121-155. <https://doi.org/10.1515/ger-2021-0025>.

Hölzl, W., & Schwarz, G. (2014). Der WIFO-Konjunkturtest: Methodik und Prognoseeigenschaften. *WIFO-Monatsberichte*, 87(12), 835-850. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/50863>.

Hölzl, W., Klien, M., & Kügler, A. (2022a). Beeinträchtigungen durch den Ukraine-Krieg und mögliche Auswirkungen von Gasstopps auf die Produktion in der Sachgütererzeugung. Ergebnisse der Sonderbefragung zum Ukraine-Krieg im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2022. *WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe*, (2). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69679>.

Hölzl, W., Klien, M., & Kügler, A. (2022b). Auswirkungen von Energiepreisschocks auf Produktion und Preise. Ergebnisse der Sonderbefragung zur Energiepreisentwicklung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom November 2022. *WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe*, (3). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70472>.

Hölzl, W., Klien, M., & Kügler, A. (2019). Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019. *WIFO-Monatsberichte*, 92(11), 807-819. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62094>.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

3/2023 **Der Beitrag des österreichischen Abgabensystems zur sozio-ökologischen Transformation**

Margit Schratzenstaller, Angela Köppl, Stefan Schleicher

Auch die Steuern und Abgaben sehen sich großen Herausforderungen der Transformation gegenüber. Sie spielen im Rahmen der Klima- und Umweltpolitik sowohl als Instrument zur Finanzierung öffentlicher Leistungen im Allgemeinen und klima- und umweltpolitischer Aufgaben im Besonderen als auch als Lenkungsinstrument eine wichtige Rolle. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ist in Österreich das Aufkommen an Umweltsteuern im engeren Sinne langfristig konstant und liegt anhaltend unter dem EU-Durchschnitt. Dagegen haben die umweltrelevanten Zahlungen an Gemeinden (z. B. Abwasser- oder Müllgebühren) und sonstige Gebietskörperschaften deutlich an Gewicht gewonnen. Mit der Einführung einer CO₂-Bepreisung im Jahr 2022 schließt Österreich an die wachsende Gruppe jener Länder auf, die eine CO₂-Bepreisung als Instrument der Klimapolitik nutzen. Künftige Reformen sollten auf einen umfassenderen Beitrag des Abgabensystems zur erforderlichen sozio-ökologischen Transformation abzielen, der über die derzeitige Fokussierung auf klimapolitische Zielsetzungen hinausgeht. Insbesondere soll das Abgabensystem im Rahmen eines breiteren Maßnahmen-Mix helfen, den Ressourcenverbrauch (einschließlich der Ressource Boden) einzudämmen, die Biodiversität zu schützen und die Kreislaufwirtschaft zu unterstützen. Dies erfordert auch den stärkeren Einsatz von transformativen Abgaben auf den subnationalen Ebenen.

Februar 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70654>

Frühere Ausgaben

2/2023 **Options to Align the EU Fiscal Framework to Green Public Investment Needs**

Atanas Pekanov, Margit Schratzenstaller

Februar 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70624>

1/2023 **On (Current) Monetary Tightening and Inflation**

Stefan Schiman-Vukan

Februar 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70619>

27/2022 **Modellbasierte Berechnung der Gasverbrauchseinsparungen in Österreich**

Peter Reschenhofer (WIFO), Johannes Schmidt (INWE-BOKU)

Dezember 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70491>

26/2022 **Tourismusanalyse: Sommernachfrage 2022 beinahe auf Vorkrisenniveau, gute Buchungslage zu Winterbeginn**

Oliver Fritz, Anna Burton

Dezember 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70470>

25/2022 **WIFO-Inflationsprognose 2022/2024 vom Dezember 2022**

Josef Baumgartner

Dezember 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70456>

24/2022 **Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zur Abfederung hoher Energiekosten**

Michael Böheim, Ulrike Huemer, Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Margit Schratzenstaller

Oktober 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69820>

23/2022 **Wie viel wird in Wissenskapital von österreichischen Unternehmen investiert? Evidenz von Mikrodaten**

Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler (WIFO), Julia Schieber-Knöbl (STAT)

Oktober 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69814>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Europäisches Bauwesen steht vor Stagnation

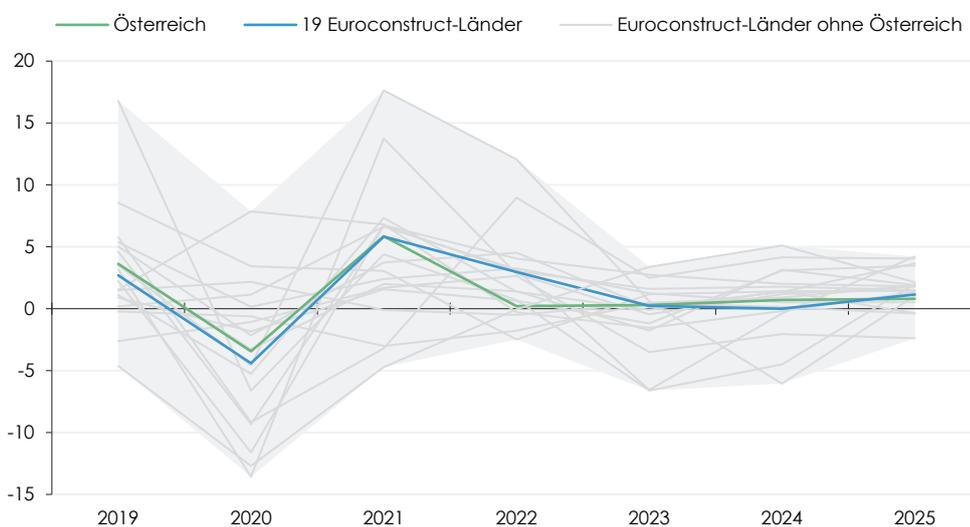
Euroconstruct-Prognose bis 2025

Michael Klien, Michael Weingärtler

- Die Jahre 2021 und 2022 standen in den 19 Euroconstruct-Ländern im Zeichen der wirtschaftlichen Erholung. Das Bauwesen wuchs um 5,8% bzw. 3,0%.
- Kräftige Baukostensteigerungen von teilweise über 10% im Jahr 2022 sowie die Leitzinserhöhung durch die EZB belasten die Baukonjunktur 2023 und 2024, insbesondere im Wohnbau.
- Im Prognosezeitraum bis 2025 wird das europäische Bauwesen vor allem vom öffentlichen und privaten Tiefbau sowie in deutlich geringerem Ausmaß vom sonstigen Hochbau getragen.
- Trotz hoher nomineller Wachstumsraten stagnierte die reale Bauproduktion in Österreich bereits im Jahr 2022. Auch die kommenden Jahre sind von einer sehr verhaltenen Entwicklung gekennzeichnet.
- Der österreichische Wohnungsneubau dürfte im Prognosezeitraum deutlich schrumpfen. Aus heutiger Sicht kompensieren einzig die Sanierung und der Tiefbau die Schwäche des Wohnbaus.

Entwicklung des realen Bauvolumens in Österreich im europäischen Vergleich

Veränderung gegen das Vorjahr in %



"Die jüngste Euroconstruct-Prognose zeigt bereits für das Jahr 2022 ein verlangsames Wachstum in den 19 Ländern des Netzwerks. In den Jahren 2023 und 2024 muss mit einer Stagnation im europäischen Bauwesen gerechnet werden."

In Österreich flachte das Wachstum des realen Bauvolumens im Jahr 2022 deutlich stärker ab als im Durchschnitt der europäischen Euroconstruct-Länder. Dies ist vor allem auf den Wohnungsbau zurückzuführen. In den Jahren 2023 bis 2025 dürfte das österreichische Bauwesen ähnlich wie das europäische kaum wachsen (Q: Euroconstruct, 2022a. Ab 2022: Prognose).

Europäisches Bauwesen steht vor Stagnation

Euroconstruct-Prognose bis 2025

Michael Klien, Michael Weingärtler

Europäisches Bauwesen steht vor Stagnation.

Euroconstruct-Prognose bis 2025

Das Bauwesen in Europa erholte sich rasch von den negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und wuchs 2022 um weitere 3,0% gegenüber dem Vorjahr (2021 +5,8%). Das Bauvolumen stieg 2022 in den 19 Euroconstruct-Ländern auf rund 1.900 Mrd. €. Der Ukraine-Krieg und der damit verbundene Wirtschaftseinbruch in Europa erzeugen ebenso wie die stark gestiegene Inflation Druck auf das europäische Bauwesen. Euroconstruct erwartet daher für die im Netzwerk vertretenen Länder stagnierende Bauvolumina in den Jahren 2023 und 2024. Ein verschärftes Zinsumfeld und das mangelnde Konsumentenvertrauen belasten insbesondere den Wohnbau, der sich am ungünstigsten entwickeln dürfte. Impulse könnten vor allem vom Tiefbau ausgehen. In Österreich dürfte die Wachstumsabschwächung sogar noch stärker ausfallen als im europäischen Durchschnitt – mit +0,2% stagnierte die heimische Bauproduktion bereits im Jahr 2022. Hintergrund des zaghaften Wachstums sind einerseits die drastischen Baukostensteigerungen, die die hohen nominellen Zuwächse zunichtemachen. Hinzu kommt die Schwäche im Wohnungsneubau, der im Jahr 2022 schrumpfte und sich auch in den kommenden Jahren mäßig entwickeln wird. Dies wird nur teilweise durch die Sanierung und einen starken Tiefbau kompensiert.

European Construction Industry Faces Stagnation.

Euroconstruct Forecast until 2025

Construction in Europe recovered quickly from the negative impact of the COVID-19 pandemic and continued to grow by a further 3.0 percent year-on-year in 2022 (2021 +5.8 percent). Construction volume expanded to around 1,900 billion € in the 19 Euroconstruct countries. The war in Ukraine and the associated economic slump in Europe put pressure on the European construction industry, as does the sharply increased inflation. Euroconstruct therefore expects stagnating construction volumes in 2023 and 2024 for the countries represented in the network. A tighter interest rate environment and a lack of consumer confidence are weighing particularly on residential construction, which is likely to develop most unfavourably. Stimuli could come primarily from civil engineering. In Austria, the slowdown in growth is likely to be even stronger than in the European average – at +0.2 percent, domestic construction output has already stagnated in 2022. The timid growth is on the one hand driven by the drastic increases in building costs, which are cancelling out the high nominal growth. This is compounded by the weakness of new residential construction, which contracted in 2022 and will also develop moderately in the coming years. This will only be partly offset by renovation and strong civil engineering.

JEL-Codes: E23, L74, R21, R31 • **Keywords:** Bauwesen, Wohnbau, Infrastruktur, Prognose

Dem Euroconstruct-Netzwerk gehören Bau- und Konjunkturforschungsinstitute aus 19 europäischen Ländern an, darunter auch das WIFO. Zweimal jährlich werden im Rahmen einer Konferenz Analysen und Prognosen zur Baukonjunktur und zur Entwicklung in den einzelnen Sparten (Wohnbau, sonstiger Hochbau, Tiefbau) präsentiert. Die 19 Euroconstruct-Länder umfassen Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ungarn und das Vereinigte Königreich.

Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse der 94. Euroconstruct-Konferenz vom November 2022 über die Entwicklung der europäischen Baukonjunktur zusammen. Folgende Publikationen stehen dazu auf der WIFO-Website zur Verfügung: 94th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2025 – Nearly all Factors Negative as European Construction Looks Set to Stagnate. Summary Report (November 2022, 190 Seiten, 1.150 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70451>), Country Reports (November 2022, 484 Seiten, 1.200 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70449>); Michael Klien, Michael Weingärtler, 94th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2025 – Austrian Construction Market Development. Country Report Austria (November 2022, 40 Seiten, 240 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70445>).

Begutachtung: Gerhard Streicher • Abgeschlossen am 6. 2. 2023

Kontakt: Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Michael Weingärtler (michael.weingaertler@wifo.ac.at)

In den 19 Euroconstruct-Ländern flachte das Wirtschaftswachstum im Verlauf des Jahres 2022 ab.

1. Rückblick: Kräftige Erholung im europäischen Bauwesen trotz schwieriger Rahmenbedingungen

In den Jahren 2021 und 2022 konnten die in der COVID-19-Krise erlittenen wirtschaftlichen Einbußen mehr als kompensiert werden. Die aktuellen Herbstprognosen (Euroconstruct, 2021a, 2021b), die im Rahmen der

94. Euroconstruct-Konferenz am 17. und 18. November 2022 erstmals der Fachöffentlichkeit vorgestellt wurden, weisen für die 19 Euroconstruct-Länder reale BIP-Wachstums-

raten von 5,5% (2021) bzw. 3,3% (2022) aus (2020 –6,3% gegenüber dem Vorjahr).

Ab dem Sommer 2022 flachte das Wirtschaftswachstum in Europa¹⁾ allerdings deutlich ab. Während im 1. Halbjahr 2022 einige Wirtschaftsbereiche von der Lockerung der COVID-19-Maßnahmen profitiert hatten,

insbesondere der Dienstleistungssektor, litten die europäischen Volkswirtschaften im weiteren Jahresverlauf unter den hohen Preissteigerungen. Umfragen zufolge verschlechterte sich das Geschäftsklima auf breiter Front; das Verbrauchervertrauen erreichte sogar ein Mehrjahrestief (Ederer & Glocker, 2022).

Abbildung 1: **Reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des Bauvolumens**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (2022a). Ab 2022: Prognose. BIG 5: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich. Skandinavische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Übrige Euroconstruct-Länder: Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den 19 europäischen Ländern des Netzwerks war im Jahr 2022 abermals heterogen. Am geringsten war das reale BIP-Wachstum mit

voraussichtlich 2,6% gegenüber dem Vorjahr in den vier skandinavischen Ländern (Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden). In dieser Region war jedoch auch der

¹⁾ Europa wird in diesem Beitrag synonym für die 19 Euroconstruct-Länder verwendet.

wirtschaftliche Einbruch durch die Pandemie am schwächsten gewesen, womit der Aufholbedarf am geringsten ist. Etwas günstiger war die Entwicklung mit +2,9% in den fünf großen europäischen Volkswirtschaften, den sogenannten BIG 5, zu denen Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich gehören. Die ostmitteleuropäischen Länder (Tschechien, Ungarn, Polen und Slowakei) übertrafen mit einem Zuwachs von 3,6% bereits deutlich die 3%-Marke. Am günstigsten entwickelte sich 2022 die Gruppe der "übrigen Euroconstruct-Länder" (Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal und Schweiz) mit einem BIP-Wachstum von 4,6% im Vergleich zum Vorjahr.

Ländern um 5,8% gegenüber dem Vorjahr. Wachstumstreiber war im Jahr 2021 der Wohnbau. Der sonstige Hochbau, der 2020 durch die COVID-19-Maßnahmen am stärksten unter Druck geraten war, wuchs 2021 deutlich schwächer. Am geringsten fiel der Produktionszuwachs im Tiefbau aus. 2022 hielt somit die Erholung im Bauwesen an, wurde aber durch den kräftigen Anstieg der Inflation deutlich gebremst. Die ungünstigere Zinslandschaft infolge der Anhebung der Leitzinsen durch die EZB erzeugte zusätzlich Druck auf die Baukonjunktur. So wurden die Leitzinsen im Jahr 2022 zunächst auf 0,5% und bis Jahresende schrittweise auf 2,5% angehoben. Anfang 2023 folgte der nächste Zinsschritt auf 3,0%²⁾.

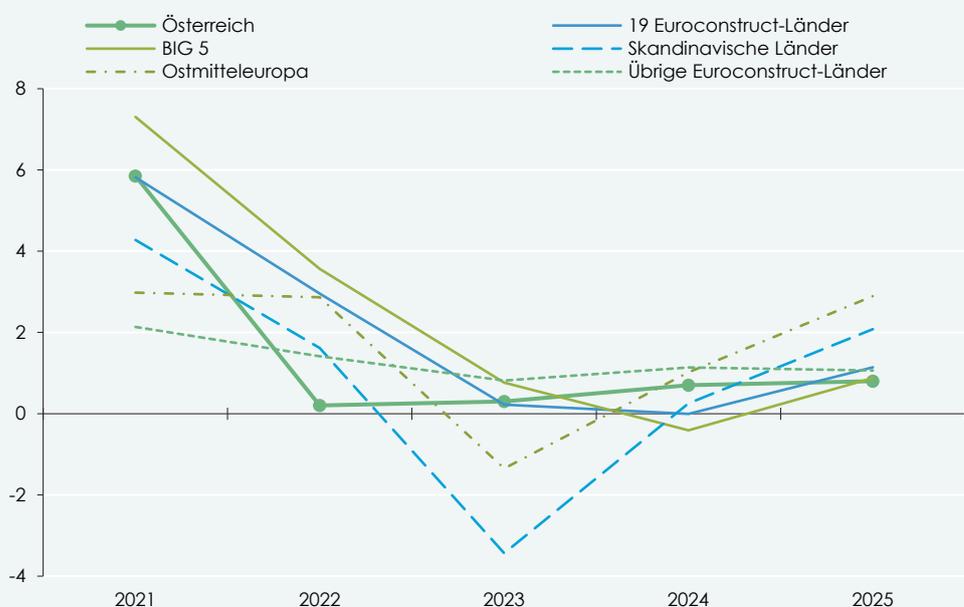
Das europäische Bauwesen wuchs 2022 spürbar schwächer als im Vorjahr.

Das Bauwesen in Europa schnitt insbesondere im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie besser ab als die Gesamtwirtschaft und konnte auch 2021 mit dem BIP-Wachstum Schritt halten (Abbildung 1). Die reale Bauproduktion stieg in den 19 Euroconstruct-

Gemäß vorläufiger Abschätzung wuchs das europäische Bauwesen 2022 um 3% (real) und somit geringfügig schwächer als die Gesamtwirtschaft. In den 19 Euroconstruct-Ländern erreichte das Bauvolumen 2022 voraussichtlich 1.897 Mrd. €.

Abbildung 2: Regionale Entwicklung des realen Bauvolumens

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (2022a). Ab 2022: Prognose. BIG 5: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich. Skandinavische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Übrige Euroconstruct-Länder: Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz.

In den einzelnen Euroconstruct-Ländern entwickelte sich das Bauwesen sehr unterschiedlich.

Die COVID-19-Pandemie führte zu deutlichen Wachstumsunterschieden, die im Jahr 2021 noch stärker ausgeprägt waren als im Vorjahr. Sie resultierten einerseits aus der unterschiedlichen Strenge der behördlichen Maßnahmen in den europäischen Ländern.

Zum anderen wurden auch die staatlichen Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft in unterschiedlichem Umfang umgesetzt. Infolge der Konjunkturerholung im Jahr 2022 schloss sich diese Wachstumsschere merklich. Der Abstand zwischen dem Land, das

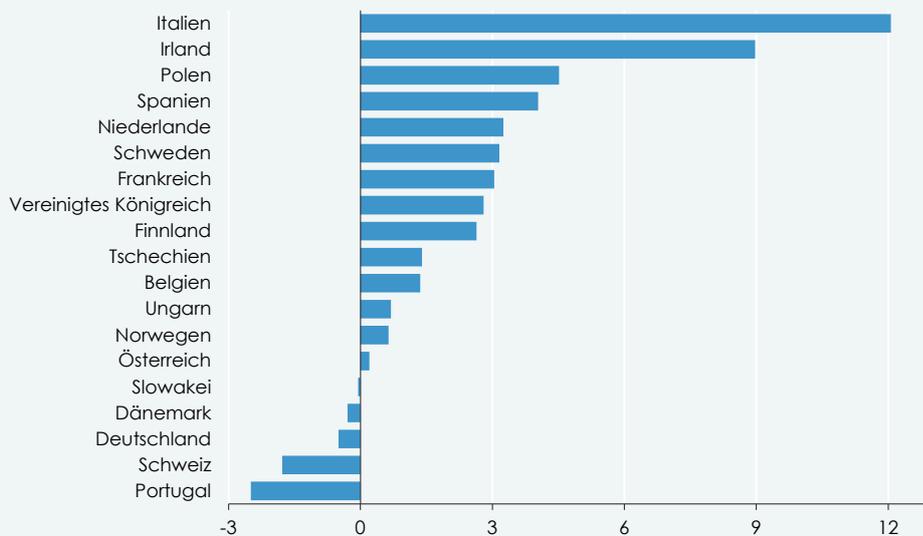
²⁾ Die letzten beiden Zinsschritte (Dezember 2022 und Februar 2023) konnten in den Euroconstruct-Prognosen nicht mehr berücksichtigt werden.

die Bauproduktion am stärksten ausbauen konnte, und jenem mit der schwächsten Entwicklung reduzierte sich gegenüber 2021 um knapp 8 Prozentpunkte. Die beiden Märkte mit den höchsten Zuwächsen im Bauvolumen waren 2022 Italien und Irland. In beiden Ländern ist der starke Anstieg vor allem auf den dynamischen Wohnbau zurückzuführen, der um über 20% zulegte. Die kräftigen Zuwächse in manchen Ländern können allerdings nicht mehr ausschließlich dem Aufholprozess nach dem Einbruch zu Beginn der COVID-19-Pandemie zugerechnet werden. Sie spiegeln vielmehr verstärkt die individuellen Nachfragemuster in den einzelnen

Bausektoren wider. Innerhalb der fünf größten europäischen Länder wiesen 2022 Italien (+12,1%) und Spanien (+4,0%) das stärkste Wachstum im Bauwesen aus. Unter den skandinavischen Ländern verzeichneten Schweden (+3,2%) und Finnland (+2,6%), in Ostmitteleuropa Polen (+4,5%) und Tschechien (+1,4%) die höchsten Zuwachsraten. In den "übrigen Euroconstruct-Ländern" wurde die Bauproduktion in Irland (+9,0%) und den Niederlanden (+3,3%) am deutlichsten ausgeweitet. Am unteren Ende des Spektrums liegen Portugal (-2,5%), die Schweiz (-1,8%), Deutschland (-0,5%), Dänemark (-0,3%) und die Slowakei (-0,1%).

Abbildung 3: **Prognose des realen Bauvolumens in Europa für 2022**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (2022a).

Das Wachstum des Bauvolumens blieb in Europa bereits 2022 leicht hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurück. Eine Erklärung dafür ist die dynamische Preisentwicklung, die auch das Bauwesen betraf. Euroconstruct erfasst die Baupreise³⁾ sowie die Verbraucherpreise ausschließlich auf nationaler Ebene. Um die Entwicklung im gesamten Euroconstruct-Raum darstellen zu können, wurden daher die einzelnen Verbraucherpreisindizes mit den Anteilen der jeweiligen Länder am privaten Konsum und die Baupreise mit den entsprechenden Anteilen am Bauvolumen gewichtet. Über alle Länder betrachtet zeigt sich zweierlei: Erstens waren die Baupreise bereits im Jahr 2021 um 6,5% und somit deutlich gestiegen. Im Jahr 2022 trat dann ein zweiter, noch stärkerer Preisschock ein (+10,8% im Vergleich zum Vorjahr). Zweitens lagen die Baupreissteigerungen in beiden Jahren deutlich über

den Zuwachsraten der Verbraucherpreise (2021 +2,5%, 2022 +8,3%).

Daraus lässt sich ableiten, dass das Bauwesen von den Preissteigerungen überdurchschnittlich betroffen war⁴⁾ und somit auch aus diesem Grund die realen Wachstumsraten leicht hinter der Entwicklung des BIP zurück blieben. Ein Hauptgrund für die hohen Kostensteigerungen war vor allem der kräftige Anstieg der Energiepreise, durch den sich Bau- und Verbrauchsmaterialien (z. B. Stahl, Motordiesel usw.) stark verteuerten.

Zudem betraf der erste Preisschock 2021, der auf Störungen in den Lieferketten zurückging, nur Teilbereiche des Bauwesens. Unter dem Energiepreisschock im Jahr 2022 litten dagegen fast das gesamte Bauwesen und die Zulieferindustrie.

Das europäische Bauwesen geriet bereits im Jahr 2022 deutlich unter Druck. Dies hängt mit der dynamischen Preisentwicklung zusammen.

³⁾ Für Spanien stehen keine Baupreisinformationen zur Verfügung.

⁴⁾ Unter der Annahme, dass die Preiserhöhungen primär auf der Weitergabe von Kostensteigerungen beruhen.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen fiel das Ergebnis im europäischen Bauwesen vor allem aufgrund der anhaltend dynamischen Entwicklung im Wohnungsbau positiv aus. Wie eine nähere Unterscheidung zwischen Wohnungsneubau und Sanierung zeigt, entstammt das Wachstum wesentlich dem größeren Bereich der Wohnhaussanierung. Hier stieg das Bauvolumen im Jahr 2022 um 6,1% gegenüber dem Vorjahr. Verantwortlich dafür ist die Neuausrichtung der Förderungen in zahlreichen Ländern (z. B. Deutschland und Italien), um die Energieeffizienz von Gebäuden zu steigern. So übte Italien einen großen Einfluss auf die Gesamtentwicklung aus. Das Förderprogramm "Superbonus⁵⁾" führte dort nach 2021 auch im Jahr 2022 zu einem Sanierungsboom mit Wachstumsraten von über 20% p. a. Berechnet man die Entwicklung nur für die 18 Euroconstruct-Länder ohne Italien, so ergibt sich für 2022 in der Wohnhaussanierung ein deutlich geringeres Wachstum von 3,8% gegenüber dem Vorjahr. Neben Italien verzeichneten 2022 auch Tschechien (+7,6%), Spanien (+4,5%) und Belgien (+4,1%) hohe Zuwächse im Bereich der Wohnhaussanierung. Im Wohnungsneubau nahm das Bauvolumen in den 19 Euroconstruct-Ländern hingegen lediglich um 2,6% zu.

Der sonstige Hochbau entwickelte sich 2022 ebenfalls positiv, obschon das Wachstum mit +1,9% gegenüber dem Vorjahr

verhaltener ausfiel – insbesondere, wenn man bedenkt, dass dieser Sektor im ersten Jahr der Pandemie den stärksten Rückgang des Bauvolumens verzeichnet hatte (2020 –8,2%). 2021 konnte mit einer Steigerung von 3,4% nur ein Teil dieses Einbruchs wettgemacht werden. Im Jahr 2022 lagen in knapp zwei von drei Euroconstruct-Ländern die Bauvolumina im sonstigen Hochbau unter dem Niveau von 2019. Hauptverantwortlich für die mäßige Entwicklung zeichnen die Bereiche Büro- und Geschäftsbau, die die Krise nur sehr langsam überwinden. Bemerkenswert ist auch, dass sich die öffentlichen Fördermaßnahmen für thermische Sanierung und Energieeffizienz im sonstigen Hochbau, im Gegensatz zum Wohnbau, kaum auswirken. So stieg das Sanierungsvolumen im sonstigen Hochbau im Jahr 2022 lediglich um 1,1% gegenüber dem Vorjahr.

Überraschend schwach fiel auch die Entwicklung im europäischen Tiefbau aus, der mit einem realen Zuwachs von 0,6% im Jahr 2022 beinahe stagnierte. Während im Jahr zuvor verstärkt in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur investiert worden war, gingen 2022 die realen Bauvolumina sowohl im Straßenverkehr als auch im Schienenverkehr zurück. Für den Bereich der Verkehrsinfrastruktur insgesamt ergab sich 2022 ein Rückgang von knapp 1,0% gegenüber dem Vorjahr. Das einzige Tiefbausegment mit hohen Zuwächsen war der Energiesektor (+5,4%).

2. Ausblick: Stagnation des europäischen Bauwesens bis 2024

Für die Jahre 2023 und 2024 erwartet Euroconstruct eine Stagnation des Bauvolumens.

Zahlreiche Faktoren wirken sich zu Jahresbeginn 2023 dämpfend auf das Bauwesen in Europa aus. Dazu zählen insbesondere die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die eher trüben wirtschaftlichen Aussichten. Der starke Anstieg der Baukosten, der sich Ende 2022 leicht verlangsamt, sowie die anhaltend hohe Inflation im Allgemeinen beeinflussen den Ausblick im Bauwesen ebenfalls negativ. Zudem belasten die Spannungen auf den Finanzmärkten und steigende Zinsen die Wachstumsaussichten. Die Verfügbarkeit von Baustoffen verbesserte sich zwar im Laufe des Jahres 2022 deutlich, Engpässe könnten dennoch punktuell zu Verzögerungen von Bauvorhaben führen.

Euroconstruct rechnet aufgrund der ungünstigen Rahmenbedingungen für 2023 und 2024 mit einer Stagnation der realen Bauproduktion in Europa. Die Prognosen hängen nicht nur von der Konjunktur, sondern auch stark von der Baukostenentwicklung ab, die nur schwer einzuschätzen ist, da sie von externen Faktoren beeinflusst wird.

In der regionalen Sicht zeigen sich beträchtliche Wachstumsunterschiede. Besonders schwach dürfte sich das Bauwesen in den skandinavischen Ländern entwickeln. Für diese Region wird im Jahr 2023 ein Rückgang des Bauvolumens um 3,4% gegenüber dem Vorjahr erwartet. Auch für Ostmitteleuropa wird ein negatives Ergebnis prognostiziert (2023 –1,3%). Ein geringfügiges Wachstum von jeweils +0,8% dürfte sich in den BIG 5 und in den "übrigen Euroconstruct-Ländern" ergeben (Übersicht 1). Die Wachstumsdifferenzen resultieren aus den unterschiedlichen konjunkturellen Stadien, in denen sich die Baumärkte und deren Teilsparthen befinden, und aus den damit verbundenen individuellen Einflussfaktoren. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind demgegenüber europaweit relativ ähnlich. So schwanken die BIP-Prognosen für die vier Euroconstruct-Regionen kaum, für 2023 liegen sie zwischen rund 0% in den BIG 5 und gut 1% in den "übrigen Euroconstruct-Ländern".

⁵⁾ Der "Superbonus" ist eine Steuergutschrift in Höhe von 110% der Ausgaben, die zur Verbesserung der

Energieeffizienz oder zur Erhöhung der Erdbbensicherheit in privaten Immobilien getätigt werden.

Die Aussichten für die skandinavischen Länder werden vor allem von der Entwicklung in Schweden getrübt. Für 2023 wird ein Schrumpfen des schwedischen Bausektors um 6,6% gegenüber dem Vorjahr erwartet. Auch für die anderen drei skandinavischen Euroconstruct-Länder sind die Prognosen negativ (Finnland -3,5%, Dänemark -1,5%, Norwegen -1,2% gegenüber dem Vorjahr).

Für Ostmitteleuropa zeichnet sich mit Ausnahme der Slowakei eine etwas ungünstigere Baukonjunktur ab. In Ungarn wird für 2023 ein Rückgang der Bautätigkeit um 6,6% erwartet, in Tschechien um 1,8%. In Polen dürfte die Baukonjunktur stagnieren. Lediglich in der Slowakei sollte das Bauwesen erstmals seit 2019 wieder expandieren.

Für 2024 wird für die skandinavischen Euroconstruct-Länder ein reales Wachstum des Bauvolumens von 0,3% und damit eine Stabilisierung der Baumärkte vorausgesagt. In Ostmitteleuropa und in den "übrigen Euroconstruct-Ländern" sollte 2024 das reale

Bauvolumen des Vorjahres gehalten werden können. Für die BIG 5 wird mit einem leichten Rückgang gerechnet (2024 -0,4%), insbesondere aufgrund der negativen Aussichten in Italien (-6,0%).

Die Prognose für 2025 geht von einem gegenüber 2024 unveränderten gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 1,9% in den 19 Euroconstruct-Ländern aus. Auf der Nachfrageseite des Bruttoinlandsproduktes wird vor allem mit einer Ausweitung des staatlichen Konsums gerechnet, wovon unter anderem der Tiefbau profitieren sollte. Überdies wird von einem weiteren Abflachen der Baupreisentwicklung ausgegangen (2025 +2,5% gegenüber dem Vorjahr).

Für das gesamte europäische Bauwesen prognostiziert Euroconstruct für 2025 ein Wachstum von 1,1% im Vergleich zum Vorjahr. In der regionalen Sicht weisen Ostmitteleuropa mit +2,9% und Skandinavien mit +2,1% die günstigsten Entwicklungspfade auf.

Am ungünstigsten dürfte sich das Bauwesen 2023 in Skandinavien und Ostmitteleuropa entwickeln.

Die Perspektiven im europäischen Bauwesen bleiben auch 2025 noch trüb, wenngleich sie sich tendenziell verbessern.

Übersicht 1: **Entwicklung der realen Bauproduktion**

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Österreich	- 3,4	+ 5,9	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,8
19 Euroconstruct-Länder	- 4,4	+ 5,8	+ 3,0	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1
BIG 5	- 5,9	+ 7,3	+ 3,6	+ 0,8	- 0,4	+ 0,9
Skandinavische Länder	+ 1,2	+ 4,3	+ 1,6	- 3,4	+ 0,3	+ 2,1
Ostmitteleuropa	- 3,8	+ 3,0	+ 2,9	- 1,3	+ 1,0	+ 2,9
Übrige Euroconstruct-Länder	- 2,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1

Q: Euroconstruct (2022a). Ab 2022: Prognose. BIG 5: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich. Skandinavische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Übrige Euroconstruct-Länder: Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz.

2.1 Rezession im europäischen Wohnbau

Die COVID-19-Pandemie hatte zumindest kurzfristig eine Veränderung des Bedarfs an Wohnraum zur Folge und regte den Wohnungsneubau an. Dank öffentlicher Fördermittel, insbesondere im Bereich der thermischen und energieeffizienzsteigernden Sanierung, nahm die Wohnbauproduktion in den Jahren 2021 und 2022 zu. Der Ausblick für den Prognosezeitraum 2023 bis 2025 ist allerdings deutlich trüber. Der Ukraine-Krieg und der damit verbundene Wirtschaftsschwung, hohe Energiepreise und die insgesamt hohe Inflation sowie steigende Zinsen führten EU-weit zu Tiefständen im Konsumentenvertrauen. Dies wird sich in den kommenden Jahren auch negativ auf den Wohnbau auswirken.

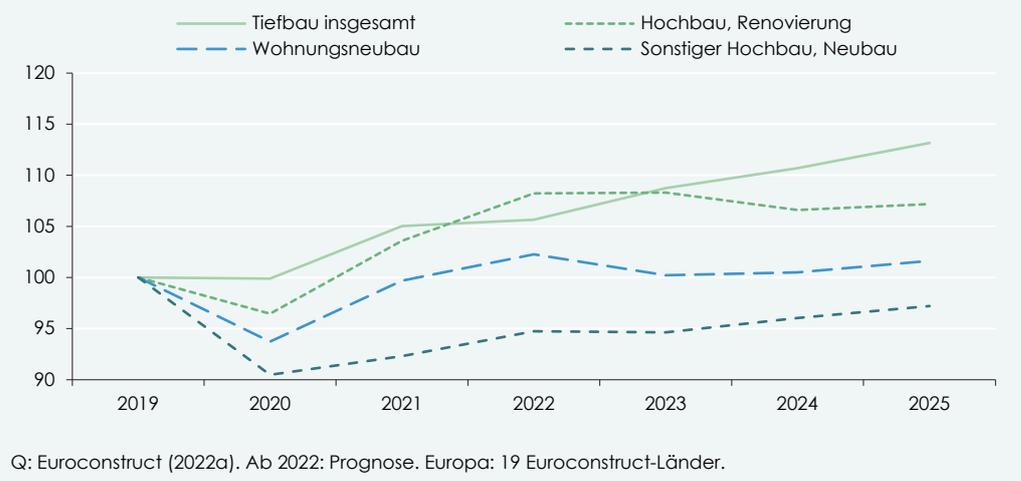
Für 2023 geht Euroconstruct von einem Rückgang des europäischen Wohnbaus um 1,2% gegenüber dem Vorjahr aus (2024 -1,6%). Diese Prognose unterstellt gegenläufige Trends in den Bereichen Neubau

und Sanierung. Die zuvor skizzierten Rahmenbedingungen belasten vor allem die Neubaufähigkeit im Jahr 2023 (-2,0%). 2024 dürfte der Wohnungsneubau wegen der abgeschwächten Inflation und der stabileren Wirtschaftsentwicklung dann zumindest das Vorjahresniveau halten. Dagegen wirken im Bereich der Sanierung die gegenwärtigen Fördermittel und Anreize bis ins Jahr 2023, wodurch größere Verluste vermieden werden. Während sich der Neubau 2024 bereits erholen dürfte, wären in der Sanierung zusätzliche Maßnahmen notwendig, um den erwarteten Rückgang von 3% gegenüber dem Vorjahr abzufedern (Abbildung 4).

Auf Länderebene hat der Wohnbau im Prognosezeitraum 2023 bis 2025 in Irland, der Slowakei und Spanien mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 2,5% bis 5,8% p. a. die besten Wachstumsaussichten, allerdings ausgehend von teilweise sehr niedrigen Niveaus (z. B. in Irland). In Italien, Ungarn und Schweden dürfte der Wohnbau hingegen kräftig schrumpfen (um 4,3% bis 7,8% p. a.).

Die hohe Inflation und die kräftige Zinsdynamik hemmen den Wohnungsneubau. Zusätzlich fehlen Impulse in der Sanierung.

Abbildung 4: **Entwicklung des realen Bauvolumens in Europa nach Sparten des Bauwesens**
2019 = 100



Der Rückgang im Wohnbau spiegelt sich in den Baubewilligungen. Die Wohnbaurate – die Zahl der bewilligten Wohneinheiten je 1.000 Einwohner:innen – dürfte in Europa in den Jahren 2022 bis 2024 auf 4,2 sinken. Dennoch werden sich die Baubewilligungen deutlich robuster entwickeln als das Bauvolumen. Die nationalen Unterschiede sind

hingegen teils gravierend. So wurden im Jahr 2022 in Italien weniger als zwei Wohnbaubewilligungen je 1.000 Einwohner:innen erteilt. Dies impliziert für die Folgejahre eine sehr schwache Neubautätigkeit in Relation zur Bevölkerung. Am höchsten waren die Wohnbauraten 2022 in Finnland, Frankreich, Polen und Irland (Übersicht 2).

Übersicht 2: **Prognose der Baubewilligungen 2022 in den 19 Euroconstruct-Ländern in Relation zur Bevölkerung**

	Bewilligungen je 1.000 Personen
Italien	Unter 2
Spanien, Vereinigtes Königreich, Portugal	2 bis unter 3
Slowakei, Ungarn	3 bis unter 4
Belgien, Tschechien, Deutschland, Norwegen, Niederlande, Schweden	4 bis unter 5
Dänemark, Österreich	5 bis unter 6
Schweiz	6 bis unter 7
Finnland, Frankreich, Polen, Irland	7 oder darüber

Q: Euroconstruct (2022a). Spanien und Vereinigtes Königreich: Baubeginne.

2.2 Stabile Entwicklung im sonstigen Hochbau

Im Neubau besteht unverändert hoher Nachholbedarf, insbesondere im Büro- und Geschäftsbau.

Im sonstigen Hochbau erwartet Euroconstruct für den Prognosezeitraum 2023 bis 2025 ein stabiles aber mäßiges Wachstum von rund 1% p. a. Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist dieser Ausblick nur auf den ersten Blick positiv. Im sonstigen Hochbau fielen die pandemiebedingten Rückgänge nämlich stärker und die anschließende Erholung schwächer aus als im Wohnbau und im Tiefbau. Die Prognose bedeutet somit, dass Ende 2025 in mehr als der Hälfte der Euroconstruct-Länder die Bauvolumina im sonstigen Hochbau noch immer unter dem Niveau von 2019 liegen werden.

Der sonstige Hochbau ist unter den drei Hauptsparten des Bauwesens, die von

Euroconstruct analysiert werden, am stärksten konjunktur reagibel. Die angespannte Wirtschaftslage belastet insbesondere den Industrieneubau, der die ungünstigste Prognose aufweist. Der Bau von Lagern und Logistikzentren dürfte nach einem Boom in den ersten beiden Jahren nach Ausbruch der Pandemie den Zenit überschritten haben und europaweit geringfügig abnehmen. Der Büro- und der Geschäftsbau dürften sich auf niedrigem Niveau stabil entwickeln. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen zeigt sich im Bereich der Bildungsbauten europaweit eine leichte Expansion. Deutlich stärkere Impulse gehen vom Gesundheitswesen aus, vor allem von zahlreichen großen Krankenhausneubauprojekten.

Auf regionaler Ebene weisen im Prognosezeitraum innerhalb der BIG 5 Italien (+3,3% p. a.) und unter den skandinavischen

Ländern Norwegen (+1,5% p. a.) das höchste Wachstum auf. In Ostmitteleuropa sind die Aussichten in Polen am besten (+2,8% p. a.), in den übrigen Euroconstruct-Ländern in Irland (+2,2% p. a.). Irland ist jedoch unter den genannten Wachstumsmärkten das einzige Land, in dem das Bauvolumen im sonstigen Hochbau 2025 unter dem Niveau von 2019 verharret.

Der Bereich der Sanierung bleibt im sonstigen Hochbau trotz hohem Sanierungsbedarf und öffentlichen Fördermitteln unter den Erwartungen. Im Bereich der Bürobauten wurden in den letzten Jahren vor allem neue Gebäude von hoher Qualität und Ausstattung in zentralen Lagen nachgefragt, während insbesondere im Altbestand Leerstände zu beobachten sind. Der durch die Pandemie veränderte Bedarf wegen der zunehmenden Verbreitung des Home-Office dürfte diesen Trend verstärken. Dies erklärt zum Teil den schwachen Ausblick: Trotz beträchtlicher öffentlicher Fördermittel dürfte das Sanierungsvolumen im sonstigen Hochbau 2023 sinken und auch in den Jahren 2024 und 2025 kaum wesentlich über 1% p. a. wachsen.

2.3 Tiefbau als Impulsgeber für das europäische Bauwesen

Nach einem mäßigen Jahr 2022 (+0,6%) prognostiziert Euroconstruct für den europäischen Tiefbau einen deutlichen Anstieg der Bauproduktion im Jahr 2023 (+2,9% gegenüber dem Vorjahr). Hauptverantwortlich dafür sind Investitionen in die Bahninfrastruktur, sowohl im städtischen Nahverkehr als auch im Fernverkehr. Die EU-Pläne für einen rascheren Ausbau der Transeuropäischen

Verkehrsnetze (TEN-V), der im Dezember 2022 vom Rat⁴⁾ der EU als entscheidend für die Gewährleistung einer nachhaltigen Konnektivität eingestuft wurde, dürften zusätzliches Wachstum auslösen. Neben den Investitionen in das Schienennetz werden in den nächsten Jahren auch die Investitionen in die Straßeninfrastruktur ausgeweitet. Im Bereich der gesamten Verkehrsinfrastruktur dürften im Prognosezeitraum Italien, die Slowakei, Ungarn und Portugal die höchsten Wachstumsraten aufweisen.

Die derzeitige Energiekrise löst auch deutliche Impulse im Bereich der Energieversorgung aus. Einerseits werden Investitionen in nachhaltige Energieträger verstärkt, andererseits werden größere Kraftwerksbauten neu geplant bzw. hohe Investitionen zur Sanierung von Kernkraftwerken getätigt (z. B. in Frankreich, Ungarn). Regional betrachtet weisen im Bereich der Energieversorgung die Märkte in Ungarn, Polen, Italien und Dänemark die besten Wachstumsaussichten auf.

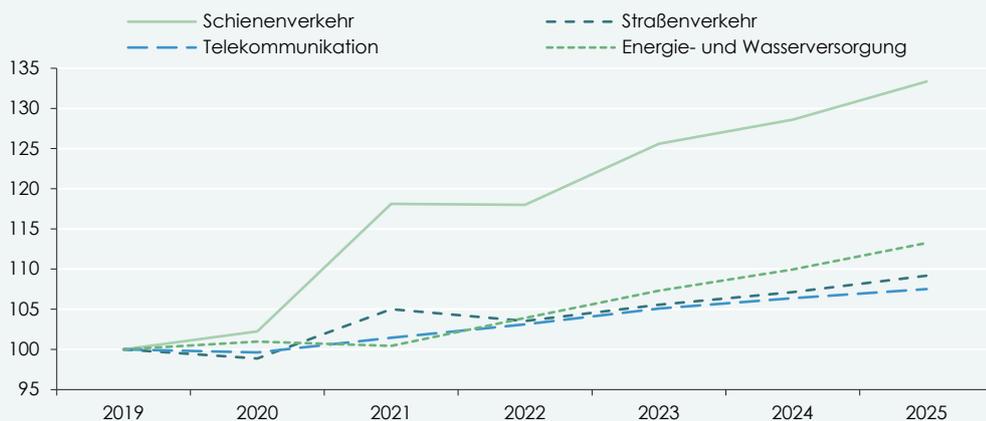
Kräftige Impulse für den Tiefbau liefert auch die Wasserwirtschaft, vor allem aufgrund des höheren Sanierungsbedarfs im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Zu den Wachstumsmärkten bis 2025 zählen die ostmitteleuropäischen Länder Ungarn, Polen und die Slowakei sowie Italien und Irland.

Im Bereich der Telekommunikation wird ebenfalls ein Anstieg der Investitionen erwartet. Allerdings dürften die realen Wachstumsraten nur knapp über 1% p. a. liegen. Die Zuwächse sind auf den kontinuierlichen Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes und den Breitbandausbau zurückzuführen.

Der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist innerhalb des Tiefbaus der mit Abstand wichtigste Wachstumsmotor.

Abbildung 5: **Reale Entwicklung des Tiefbaus in Europa nach Sparten**

2019 = 100



Q: Euroconstruct (2022a). Ab 2022: Prognose. Europa: 19 Euroconstruct-Länder.

⁴⁾ Beratungsergebnisse vom 6. Dezember 2022 zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen

Parlaments und des Rats über die Leitlinien für den Aufbau des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V).

Zusammenfassend sind die Prognosen für den europäischen Tiefbau deutlich positiver als für den Hochbau. Die Prognoserisiken bleiben jedoch aufgrund der gegenwärtig

hohen Baukosten und der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheiten in Bezug auf den Ukraine-Krieg beträchtlich.

3. Österreich: Baukostenschocks führen zu vorzeitiger Eintrübung der Baukonjunktur

Nach einem günstigen Jahresbeginn verlor das österreichische Bauwesen 2022 kontinuierlich an Fahrt. Besonders die Kostenschocks infolge des Ukraine-Kriegs wirken dämpfend. Sie verursachen eine Stagnation des Bauwesens und trüben die Wachstumsaussichten.

Das Jahr 2022 begann für das österreichische Bauwesen sehr vielversprechend. Laut WIFO-Konjunkturtest berichteten zu Jahresbeginn wieder mehr Bauunternehmen von einer günstigen Lageeinschätzung und einer komfortablen Auftragsituation⁷⁾. Diese positiven Rückmeldungen spiegelten sich auch in den Konjunkturdaten von Statistik Austria, die einen leichten Zuwachs auswiesen. Auch die Beschäftigung im Bauwesen wuchs im I. Quartal 2022 mit 4,5% gegenüber dem Vorjahr stärker als in der zweiten Jahreshälfte 2021.

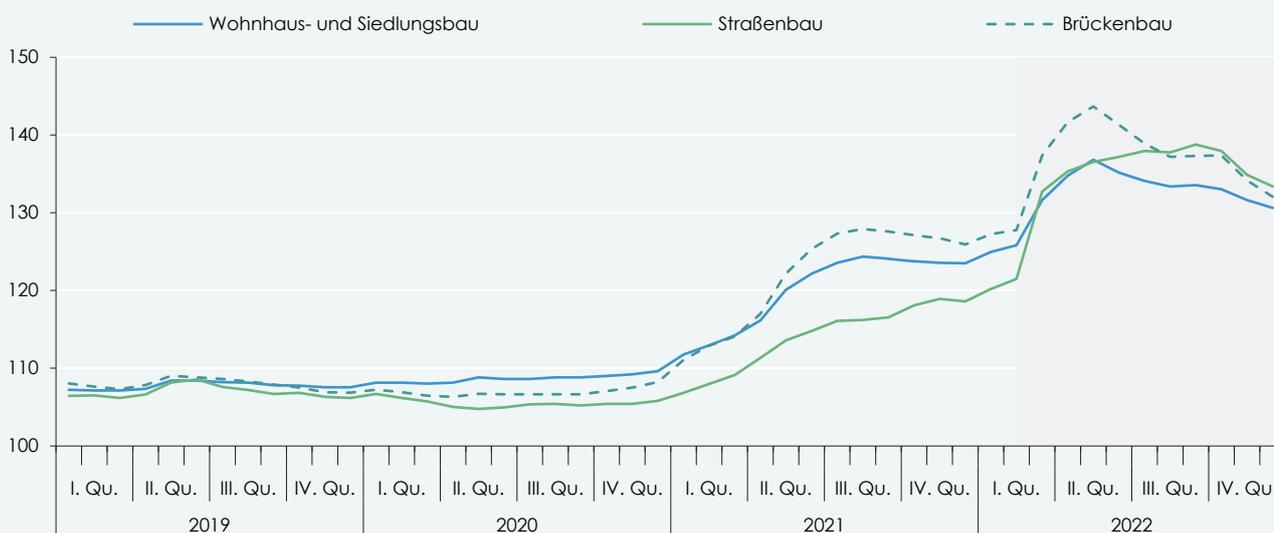
Spätestens im II. Quartal, nachdem sich die negativen Folgen des Ukraine-Kriegs für die österreichische Volkswirtschaft konkretisiert hatten, kam es jedoch zu einem Umschwung der Baukonjunktur. Das Beschäftigungswachstum sank abrupt auf nur mehr 1,1% im II. bzw. 0,6% im III. Quartal 2022. Auch das Wachstum der realen Bauinvestitionen kam im Jahresverlauf 2022 zu einem Stillstand: auf einen Rückgang im II. Quartal

(-0,5%) folgte eine Beinahe-Stagnation im III. Quartal (+0,6%). Entsprechend der markanten Abschwächung liegt die WIFO-Prognose für das Gesamtjahr 2022 trotz des starken Jahresbeginns bei nur mehr +0,2%.

Ein wesentlicher Faktor für die schnelle Abkühlung der Baukonjunktur war unzweifelhaft die Entwicklung der Baukosten. Das österreichische Bauwesen wurde seit Überwindung der COVID-19-Krise in kurzem Zeitabstand von zwei Kostenschocks getroffen: So kam es bereits im Jahr 2021 während der Erholung von der akuten Phase der Pandemie zu markanten Kostensteigerungen, die sich primär aus der unerwartet raschen wirtschaftlichen Erholung ergaben. Und hatte es zum Jahreswechsel 2021/22 noch so ausgesehen, als würde sich die Situation mit der Verlangsamung des Preisauftriebs und der Auflösung des Materialmangels allmählich beruhigen, so folgte mit dem Ukraine-Krieg unmittelbar der zweite massive Kostenschock innerhalb von 12 Monaten.

Abbildung 6: Entwicklung der Baukosten in Österreich

2015 = 100



Q: Statistik Austria (2023). Graue Schattierung: Ukraine-Krieg.

Mit Blick auf diese außergewöhnlichen Baukostensteigerungen – zuletzt wurden derartige Zuwächse rund um die Ölkrisen in den 1970er- und 1980er-Jahre gemessen – ist es

⁷⁾ Teile dieses Kapitels basieren auf einem Beitrag der Autoren in der Österreichischen Bauzeitung, (02), Dezember 2022, "Das Ende des Baubooms".

bemerkenswert, dass sich das Bauwesen bisher noch derart robust zeigt. Dabei ist wohl entscheidend, dass die Auftragsbücher zu Jahresbeginn 2023 gut gefüllt waren⁸⁾ und

⁸⁾ So meldeten über 80% der Bauunternehmen zumindest ausreichende Auftragsbestände (Hölzl et al., 2023).

die Nachfrage nach Bauleistungen trotz der Kostensteigerungen bisher nicht wesentlich eingebrochen ist.

Während der Wohnbau aufgrund des geringen Neubauvolumens derzeit schwächelt, bleibt der Tiefbau mittelfristig eine der Stützen des heimischen Bauwesens.

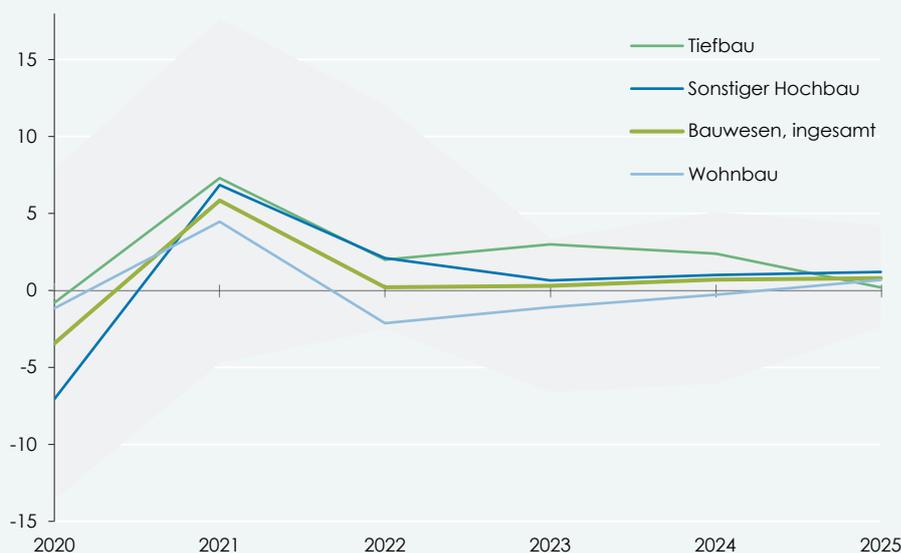
Die aktuelle Euroconstruct-Prognose für Österreich geht auch für die nächsten Jahre von einer sehr schwachen Entwicklung der realen Bauinvestitionen aus. Nach einer Stagnation im Jahr 2022 (+0,2%) liegt die Schätzung für 2023 und 2024 bei +0,3% bzw. +0,7% (Abbildung 7). Dämpfend wirkt dabei insbesondere die anhaltende Schwäche des Wohnungsneubaus. Der Abschwung im Wohnbau ist vor dem Hintergrund von drei aufeinanderfolgenden Jahren rückläufiger Baubewilligungen wenig überraschend: Seit dem Höchstwert im Jahr 2019 mit über 70.000 Wohneinheiten in neuen Gebäuden nahm das Volumen kontinuierlich ab und belief sich im Jahr 2022 nur mehr auf rund 50.000 Einheiten. Die Schwäche im Wohnungsneubau dämpfte bereits im Jahresverlauf 2022 das Wachstum des Hochbaus. Das Baunebengewerbe, das sich 2022 noch relativ günstig entwickelte, bekommt den schwächelnden Wohnungsneubau ab 2023 zu spüren.

Die Konjunkturaussichten im Tiefbau sind demgegenüber deutlich positiver. Nachdem dieses Segment bereits vergleichsweise stabil durch die COVID-19-Pandemie gekommen ist, sind auch für die nächsten Jahre weitere Impulse absehbar. Neben dem Investitionsbedarf in erneuerbare Energie, der sich nicht nur durch die ökologischen Zielvorgaben (Stichwort "Fit for 55") sondern auch aus den derzeit hohen Preisen für fossile Energieträger ergibt, sind auch im Zuge des Breitbandausbaus Impulse für den Tiefbau zu erwarten. Hinzu kommt der stetige Ausbau der Bahninfrastruktur gemäß dem zuletzt verabschiedeten ÖBB-Rahmenplan 2023/2028.

Große Unsicherheit besteht hinsichtlich der weiteren Entwicklung des sonstigen Hochbaus, der stärker als andere Segmente des Bauwesens von der Gesamtwirtschaft abhängt. Hier deuten alle Prognosen auf eine markante Abschwächung hin: Die WIFO-Prognose vom Dezember 2022 erwartete für Österreichs Gesamtwirtschaft eine Stagnation im Jahr 2023 (+0,3%) und nur eine leichte Erholung in den Jahren 2024 und 2025. Dementsprechend ist in den nächsten Jahren auch im sonstigen Hochbau mit geringen Wachstumsraten von knapp 1% zu rechnen.

Abbildung 7: **Entwicklung der realen Bauinvestitionen in Österreich nach Sparten**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (2022a). Ab 2022: Prognose. Graue Schattierung: Bandbreite der Entwicklung in den 19 Euroconstruct-Ländern.

4. Zusammenfassung

Das europäische Bauwesen erholte sich rasch vom pandemiebedingten Einbruch und verzeichnete ein deutliches Wachstum

von 5,8% im Jahr 2021 bzw. 3,0% im Jahr 2022. Das Bauvolumen erreichte 2022 in den 19 Euroconstruct-Ländern rund 1.900 Mrd. €.

Im Zuge des Ukraine-Kriegs hat sich das konjunkturelle Umfeld jedoch merklich eingetrübt. Die hohe Inflation, das ungünstigere Zinsumfeld, Turbulenzen auf den Finanzmärkten und das schwache Konsumentenvertrauen führen in den Jahren 2023 und 2024 voraussichtlich zu einer Stagnation des Bauvolumens. Am stärksten betroffen ist der Wohnbau, der in diesem Zeitraum sogar leicht schrumpfen dürfte. Während vom sonstigen Hochbau kaum Impulse ausgehen, stützt der Tiefbau das Bauwesen, insbesondere infolge von Investitionen in die Schieneninfrastruktur sowie in die Energie- und Wasserversorgung.

Für das Jahr 2025 rechnet Euroconstruct mit einem leicht verbesserten Konjunkturmilieu, womit sich das Wachstum des europäischen Bauwesens auf über 1% beschleunigen sollte.

Nachdem das Jahr 2022 sehr vielversprechend begonnen hatte, kam es im Jahresverlauf zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Lage im österreichischen Bauwesen. Im Gesamtjahr 2022 dürfte die heimische Bauproduktion lediglich um 0,2% zugelegt haben (real). Neben den hohen Baukosten spielten auch die Zinserhöhungen eine zentrale Rolle und belasteten insbesondere den Wohnungsneubau. Da dieses Segment auch wegen der rückläufigen Zahl der Baubewilligungen an Dynamik verliert, ist weiterhin mit einem schwachen Wohnbau zu rechnen. Der Tiefbau und die durch die hohen Energiepreise angeregte (thermische) Sanierung kompensieren zwar einen Teil dieses Rückgangs, für die nächsten Jahre ist aber dennoch eine Stagnation des heimischen Bauwesens zu erwarten.

5. Literaturhinweise

- Ederer, S., & Glocker, C. (2022). Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich. Prognose für 2022 bis 2024. *WIFO-Konjunkturprognose*, (4), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70406>.
- Euroconstruct (2022a). *94th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2025 – Nearly all factors negative as European construction looks set to stagnate. Country Reports*. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70449>.
- Euroconstruct (2022b). *94th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2025 – Nearly all factors negative as European construction looks set to stagnate. Summary Report*. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70451>.
- Hözl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2023). Vorsichtige Verbesserung der Konjunkturbeurteilungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023. *WIFO-Konjunkturtest*, (1), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70600>.
- Statistik Austria (2023). Baukostenindizes: Wohnhaus- und Siedlungsbau, Straßen- und Brückenbau. <https://www.statistik.at/statistiken/industrie-bau-handel-und-dienstleistungen/konjunktur/baukostenindex>.

Krieg mit anderen Mitteln

Gabriel Felbermayr

Krieg mit anderen Mitteln

Staaten haben schon immer wirtschaftspolitische Instrumente wie Importzölle, Steuern, Sanktionen oder ordnungspolitische Mittel eingesetzt, um geopolitische Ziele zu erreichen, aber diese Praxis hat mit dem Wiederaufleben internationaler Macht rivalitäten deutlich zugenommen. Länder wie Österreich und politische Allianzen wie die EU müssen sich dieser neuen Realität stellen und ihre eigenen geoökonomischen Instrumente schärfen. Dazu ist es wichtig, die wirtschaftlichen Mechanismen zu verstehen und über bestmögliche Informationen über binnen- und außenwirtschaftliche Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten zu verfügen. Das wichtigste Instrument für die europäischen Länder ist der EU-Binnenmarkt, dessen Tiefe und Dynamik ein defensives und offensives Druckmittel im Umgang mit ausländischen Mächten darstellen. Dieser Beitrag fasst die wichtigsten Ergebnisse einer großen WIFO-Studie zusammen, die den politischen Entscheidungsträgern als Orientierungshilfe dienen soll.

JEL-Codes: L50, L60 • **Keywords:** Wirtschaftliche Entwicklung, Industriepolitik

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des WIFO im Auftrag des Bundeskanzleramtes: Gabriel Felbermayr, Yvonne Wolfmayr, Susanne Bärentaler-Sieber, Michael Böheim, Elisabeth Christen, Klaus Friesenbichler, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Atanas Pekanov, Franz Sinabell, Strategische Außenwirtschaftspolitik 2030 – Wie kann Österreich Geoökonomie-Konzepte nützen? (Oktober 2022, 249 Seiten, 70 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69805>). • Eine leicht adaptierte Version wird publiziert in Wirtschaftsdienst, 2023, 103(13).

Begutachtung: Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Irene Langer (irene.langer@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 16. 2. 2023

Kontakt: Gabriel Felbermayr (gabriel.felbermayr@wifo.ac.at)

Seit Staaten um Macht streiten, setzen sie neben militärischen auch wirtschaftliche Mittel ein. Diese handelspolitischen Maßnahmen für geopolitische Zwecke werden im Folgenden diskutiert. Auf Grundlage von Russlands Angriffskrieg lassen sich für den Westen Eingriffe in den Freihandel begründen. Unternehmen internalisieren machtpolitische Auswirkungen nicht, sodass Staaten diese sicherheitspolitischen Externalitäten reduzieren sollten.

Die moderne Welt ist stark mit eng geknüpften globalen Wertschöpfungsketten wirtschaftlich verflochten. Und die globalen öffentlichen Güter, deren Bereitstellung durch fehlende Kooperation gefährdet wird, sind vielfältig: die Bekämpfung des globalen Klimawandels, die Bewahrung der Biodiversität, der Schutz der Meere, die Governance des weltweiten Internets oder die Eindämmung des Terrorismus. Außerdem kommt die

War by Other Means

Countries have always used economic policy tools such as import duties, taxes, sanctions, or regulatory instruments to achieve geopolitical objectives, but the practice has become much more widespread with the re-emergence of international power rivalries. Countries such as Austria and political alliances such as the EU must embrace this new reality and sharpen their own geoeconomic instruments. To do so, it is important to understand the economic mechanisms at play and to have the best possible information about domestic and foreign economic dependencies and vulnerabilities. The single most important instrument for European countries is the EU single market whose depth and dynamism offer defensive and offensive leverage in dealing with foreign powers. This article summarises the main findings of a large WIFO study that is meant to provide guidance to policy practitioners.

Welt aus einer außergewöhnlichen Phase, in der machtpolitische Interessen der Mehrheit des wirtschaftlichen Wohlstands untergeordnet schienen. Nach dem Ende des Kommunismus in Europa schien das Ringen der Mächte zugunsten der demokratischen Marktwirtschaften des Westens entschieden. Fukuyama (1992) sprach im Titel seines berühmten Buches vom Ende der Geschichte. 30 Jahre später, mit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine im Februar 2022, ist diese wohl endgültig widerlegt. Aber schon ein gutes Jahrzehnt davor, als das staatskapitalistische, autokratische China ganz im Gegensatz zum Westen ohne große Schrammen durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2008/09 kam, ist der Systemwettbewerb mit aller Macht zurückgekehrt. Er wird militärisch, aber auch mithilfe ökonomischer Instrumente betrieben.

Die Geoökonomik befasst sich mit dem Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente zu machtpolitischen Zwecken.

Beschränkungen des internationalen Handels aus sicherheitspolitischen Gründen sind durch die WTO gedeckt.

Wie moderne Wirtschaftskriege vorbereitet und gewonnen werden können, haben Blackwill und Harris (2016) in ihrem Buch "War by Other Means" beschrieben. Drezner et al. (2021) erörtern detailreich, wie Staaten ihre wirtschaftliche Interdependenz in Wertschöpfungsnetzwerken für geostrategische Zwecke nutzen oder missbrauchen können. Das Sommerheft 2022 von "Finance und Development", des Magazins des Internationalen Währungsfonds, widmet sich der Wiederverkehr der Geoökonomik (geoeconomics) –

1. Sicherheitspolitische Externalität

Wie alt das Nachdenken über Geoökonomik ist, lässt sich anhand von Adam Smiths "Wealth of Nations" aus dem Jahr 1776 gut nachvollziehen (Smith, 1776). Bekanntlich zeigt Smith dort einerseits eindrücklich, wie Arbeitsteilung – innerhalb und zwischen Nationen – den Wohlstand so steigern kann, dass alle Beteiligten bessergestellt werden. Er warnt vor Protektionismus und dem Versuch, Handelspartner durch "Beggart-thy-Neighbour"-Politiken auszubeuten. Gleichwohl ist ihm bewusst, dass Arbeitsteilung auch Abhängigkeiten schafft, die opportunistisch ausgenutzt werden können. Dies illustriert er am Beispiel des Wettstreits zwischen England und Holland, und schreibt ". . . defence, however, is of much more importance than opulence" (Buch IV, Kapitel II). Aus sicherheitspolitischen Gründen kann daher die Beschränkung des Außenhandels erforderlich sein. Die "Navigation Acts", die holländischen Schiffen den Zugang zu englischen Häfen verwehrten, hält er daher für ". . . perhaps, the wisest of all commercial regulations of England". Politikwissenschaftler:innen ist dieser Teil von Smiths Opus Magnum wohlbekannt; Ökonom:innen, jedenfalls solche, die zwischen 1990 und 2010 ihr Handwerk erlernten, haben ihn allerdings oftmals aus den Augen verloren.

Dass sicherheitspolitische Einschränkungen des Handels legitim sein können, ist auch im "General Agreement on Tariffs and Trade" (GATT) und mithin in den Bestimmungen zur Welthandelsorganisation (WTO) angelegt. Artikel XXI des GATT sieht Ausnahmen vor, sofern es die nationale Sicherheit erfordert. In den letzten Jahren wurde von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht, nachdem sie lange Jahre eher tabuisiert worden war – aus gutem Grund, denn es ist das Recht jedes souveränen Staates, selbst zu definieren, was die nationale Sicherheit bedroht. So ist der Artikel XXI nur schwer vor den Gerichten der WTO zu verhandeln (was allerdings gleichwohl geschieht). Der berühmteste Fall ist jener der USA unter Präsident Trump, die 2018 mit dem Hinweis auf nationale Sicherheitsbedenken begonnen haben, Zusatzzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte zu erheben.

dem Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente für machtpolitische Ziele. Dies sind nur einige Beispiele einer in der letzten Zeit rasch wachsenden Literatur. Außenhandelspolitik muss vor dem Hintergrund veränderter Bedingungen grundlegend und in vielerlei Hinsicht neu gedacht werden (siehe ausführlich dazu Braml und Felbermayr, 2022). Hier soll vor allem die Nutzung von handelspolitischen Instrumenten für geopolitische Zwecke erörtert werden.

Die Welthandelsordnung hat mit Fragen der nationalen Sicherheit inhärente Schwierigkeiten, ist sie doch für das Erreichen von reziproken Wohlfahrtsgewinnen in einem Kontext von Positivsummenspielen geschaffen worden. Mit der Nullsummenspiellogik internationaler Rivalitäten kann sie nicht umgehen; dafür fehlen ihr die Instrumente. Vor allem sind die erlaubten Reaktionen auf Regelverstöße der Handelspartner bloß auf den Ersatz des entstandenen wirtschaftlichen Schadens ausgerichtet und nicht auf Bestrafung – die Rede von "Strafzöllen" ist daher eigentlich fehl am Platz. Der Artikel XXI des GATT lässt sich wohlfahrtsökonomisch begründen. Wenn Unternehmen darüber entscheiden, woher sie Vorprodukte oder Handelsware beziehen und wohin sie liefern, ignorieren sie regelmäßig, dass ihre Handlungen außenpolitische Auswirkungen haben können. Das ist meist völlig rational, denn selbst große Unternehmen sind zu klein, als dass ihr einzelwirtschaftliches Verhalten die machtpolitische Balance verändern würde. In der Summe aller Entscheidungen entstehen aber womöglich Ergebnisse, die dem Gemeinwohl abträglich sind, weil sie etwa eine exzessive Konzentration auf wenige Lieferanten oder Lieferländer hervorbringen. Damit läuft ein Land Gefahr, von einem Handelspartner, der die wirtschaftlichen Abhängigkeiten opportunistisch nutzt, politisch erpresst zu werden – die strategische Autonomie des Inlandes ist mithin bedroht. Das Negieren machtpolitischer Konsequenzen ist auf einzelwirtschaftlicher Ebene rational, auf kollektiver Ebene aber irrational. Man kann hier von einer sicherheitspolitischen Externalität sprechen. Damit ist staatliches Eingreifen zu rechtfertigen. Der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat 2019 in seiner Nationalen Industriestrategie ganz ähnlich argumentiert (Altmaier, 2019).

Dazu kommt, dass Unternehmen oft rational erwarten können, dass der Staat hilft, wenn Lieferungen aus dem Ausland ausbleiben. Daher stehen sie stets in Versuchung, zu viel zu riskieren und ihre Beschaffungs- und Absatzstrategien auf eine zu kleine Zahl von Ländern zu konzentrieren, wenn dadurch Kosten gespart werden. Hier handelt es sich

um einen Fall von moralischem Risiko (Moral Hazard), dessen Eindämmung ebenfalls staatliche Eingriffe erfordern kann. Die Frage ist nun, welche effizienten und effektiven Instrumente zur Verfügung stehen und verwendet werden sollten. Dies ist gegenwärtig Gegenstand einer hitzigen Debatte. Klar ist, dass es bereits ein außenhandelspolitisches Instrumentarium gibt. Oft ist dieses allerdings nicht sehr zielgenau, z. B. wenn die Meistbegünstigungsklausel des Handelsrechts die Anwendung einer Maßnahme auf alle Handelspartner erzwingt. Zielgerichteter, aber auch spezieller sind beispielsweise Antidumping-Zölle, die verhindern sollen, dass ein

ausländischer Anbieter mit Kampfpreisen eine Monopolstellung im Inland erreicht, um dieses dann politisch oder wirtschaftlich ausbeuten zu können. Allgemein geht es um ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die die sicherheitspolitische Externalität und das moralische Risiko direkt adressieren können. Das sind Anreize zur Diversifizierung von Beschaffungs- und Absatzmärkten, etwa durch das Abschließen von Freihandelsabkommen. Wo nur sehr wenige Beschaffungsquellen existieren, sind die Förderung von Forschung an Substitutionsprodukten und gegebenenfalls auch die Anlage staatlicher strategischer Reserven sinnvoll.

2. Gefährliche Abhängigkeiten überall?

Es ist überraschend schwierig, gefährliche Abhängigkeiten genau zu identifizieren, denn dafür fehlen in der Regel die erforderlichen Daten. Aber einige Beobachtungen lassen sich dennoch machen. Zum einen ist zentral, alle wirtschaftlichen Interdependenzen in den Blick zu nehmen und nicht nur auf Güter – z. B. Stahl und Aluminium, Batterien, Chips, pharmazeutische Produkte – abzustellen. Auch bei verschiedenen Dienstleistungen – von Betriebssystemen bis hin zu Finanzdienstleistungen – können hohe Abhängigkeiten existieren. Außerdem sollte man nicht nur auf den internationalen Handel blicken, sondern auch die Aktivitäten von ausländischen Unternehmen im Inland und von heimischen Unternehmen im Ausland betrachten. Und schließlich sind Abhängigkeiten auch im Bereich immaterieller Wirtschaftsgüter, etwa bei der Nutzung ausländischer Patente, zu finden.

Deutschland ist Teil des hochintegrierten EU-Binnenmarkts. Deutsche Wertschöpfung findet sich in Exporten anderer EU-Länder, und Importe aus den Nachbarländern stecken in deutschen Exporten nach Übersee. In welchem EU-Land Importe oder Exporte aus Extra-EU-Ländern erfolgen, ist daher weitgehend irrelevant. Deutschland ist Teil der EU-Zollunion und verfügt über keine eigenständige Handelspolitik. Daher sollten Abhängigkeiten auf EU-Ebene untersucht werden, nicht auf einzelstaatlicher Ebene – es sei denn, man unterstellt den Zusammenbruch der EU selbst. Wirtschaftlich wäre das für alle EU-Länder der größtmögliche Schadensfall (Felbermayr et al., 2022a).

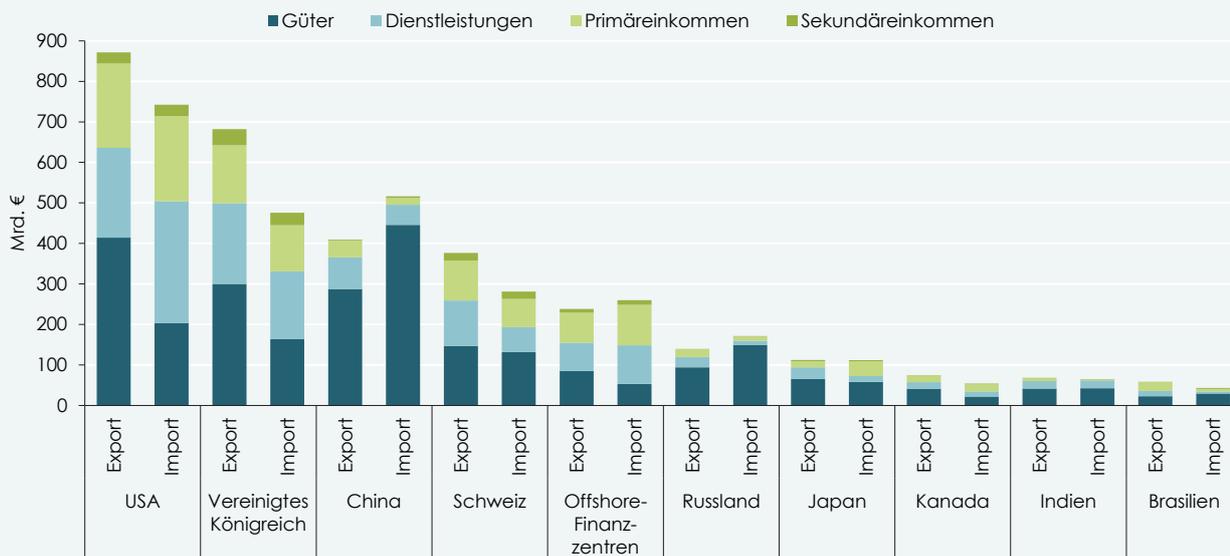
Sucht man nach den strategisch wichtigsten Wirtschaftspartnern, so wird man in der Zahlungsbilanz eher fündig als in den Handelsdaten, die nur den Güterhandel abbilden. Für die EU 27 sind nach wie vor die USA der wichtigste wirtschaftliche Partner, vor dem Vereinigten Königreich (Abbildung 1). China kommt erst an dritter Stelle, relativ dicht gefolgt von der – an der Bevölkerung gemes-

sen 160-mal kleineren – Schweiz. Betrachtet man nur den Güterhandel, dann dominiert China. Dieses hat allerdings im Bereich des Dienstleistungshandels und der Primäreinkommen (Erträge von Auslandsinvestitionen) nur eine sehr geringe Bedeutung. Sowohl im Handel mit den USA als auch mit dem Vereinigten Königreich dominieren importseitig Dienstleistungen; auch im Handel mit Offshore-Finanzzentren, die wirtschaftlich häufig den angelsächsischen Ländern zuzurechnen sind, überwiegen Dienstleistungen. Exportseitig sind Güter für alle Handelspartner der EU wichtiger, in vielen Ländern übersteigen die Einnahmen aus Dienstleistungsexporten und Auslandsinvestitionen allerdings die Einnahmen aus Güterexporten. Eine einseitige Fokussierung auf den Güterhandel ist daher fehl am Platz.

Die umfassendere Betrachtung auf Basis der Zahlungsbilanz macht ebenfalls klar, dass die Handelsbeziehungen der EU deutlich gleichgewichtiger sind, als oft unterstellt wird. Zwar übersteigt der Wert der Güterexporte in die USA jenen der Importe aus den USA um das Doppelte, bei den Dienstleistungen verhält es sich allerdings umgekehrt (Braml & Felbermayr, 2023). Das Defizit der EU im Güterhandel mit China macht 1,1% des EU-BIP aus; die Überschüsse im Dienstleistungshandel und bei den Primäreinkommen reduzieren den Fehlbetrag um ein Drittel (von 158 auf 107 Mrd. €). Die Gleichgewichtigkeit bilateraler Wirtschaftsbeziehungen ist aus geoökonomischer Perspektive hoch relevant. Droht die EU etwa von den USA beim Export von Gütern handelspolitisch behindert zu werden, kann sie bei Dienstleistungsimporten gegebenenfalls dagegenhalten. Obwohl Umsätze keinen Maßstab für Wohlfahrtsgewinne durch Handel – oder für Verluste bei einem Wegbrechen bilateraler Transaktionen – darstellen, zeigen Studien, dass die Wohlfahrtseffekte der wirtschaftlichen Integration ungefähr proportional zu umfassend definierten Zahlungsbilanzpositionen sind (Felbermayr & Krebs, 2023).

Die USA und das Vereinigte Königreich sind immer noch die strategisch wichtigsten Handelspartner der EU 27. An dritter Stelle folgt China.

Abbildung 1: Zahlungsbilanz der EU 27 mit den wichtigsten Partnerländern 2021



Q: Felbermayr et al. (2022b).

Mit einem Blick auf die Handelsstatistik lassen sich Abhängigkeiten auf Produktebene identifizieren. Im Jahr 2019 importierte die EU insgesamt 10.280 verschiedene in der Zollstatistik erfasste Güter im Wert von 1.935 Mrd. € von außerhalb des Zollgebiets. 227 dieser Produkte kamen dabei aus einem einzigen Land; in 193 Fällen war der Importwert geringer als 50.000 €. Unter den Gütern sind viele spezialisierte Lebensmittel, die definitionsgemäß nur aus einem einzigen Land stammen können, etwa Tequila aus Mexiko oder Gruyère aus der Schweiz.

779 Produkte mit einem Importwert von 3,5 Mrd. € kamen aus höchstens drei unterschiedlichen Lieferländern. Sie machten 0,2% des gesamten Importwerts aus. Die Handelsstatistik enthüllt daher keine hohe Abhängigkeit von einzelnen Importländern. Dennoch fallen wichtige Industrierohstoffe wie etwa Blei, Thallium, Barium, Beryllium, Lithium oder Platin in die Gruppe. Uranerz (Importwert von 74 Mio. €) kam 2019 gerade einmal aus zwei Lieferländern, darunter Russland. Spezielle, für die pharmazeutische Industrie wichtige Substanzen wie etwa Chlorethylen, Anthraquinon oder Fenproporex kamen aus höchstens drei Ländern, ebenso wie hoch spezialisierte Güter (z. B. Telekommunikationssatelliten, Kühlschiffe oder Schwimmbagger). Betrachtet man ein Maß für den Konzentrationsgrad der europäischen Importe (Herfindahl-Index), so zeigt sich, dass dieses Maß in den letzten 15 Jahren im Gegensatz zu den USA nicht angewachsen ist. China hingegen konnte seine Importquellen deutlich diversifizieren.

Handelsdaten sind für die Beurteilung von Abhängigkeiten allerdings allein nicht ausreichend. Für eine belastbare Analyse wäre es erforderlich, die Produktionsmengen der einzelnen Länder zu kennen, und zwar auf Produktebene. Hier ist die Datenlage wesentlich schlechter als in der Handelsstatistik. Um zu wissen, welchen volkswirtschaftlichen Schaden eine deutliche Verteuerung oder Rationierung von Importgütern hervorrufen würde, müssten auch die Verwendung der Güter im Inland und die davon abhängige Wertschöpfung bekannt sein. Im Idealfall stünden dafür Daten auf Unternehmensebene zur Verfügung, die die Input-Output-Verknüpfungen der Unternehmen darstellen. Davon ist die amtliche Statistik weit entfernt. Die aktuellen harmonisierten Input-Output-Tabellen der OECD etwa enthalten Information über 45 breit definierte Sektoren. Selbst auf Basis detaillierterer Daten wären belastbare Aussagen darüber, welche Importgüter oder -dienstleistungen essenziell sind, schwierig, weil die Ersetzbarkeit (Substituierbarkeit) der Importe durch Alternativen nur grob geschätzt werden kann und die Substitution in der kurzen Frist deutlich schwieriger erscheint als in der langen. Weiters sind die Knotenpunkte in Input-Output-Netzwerken auf Unternehmensebene endogen und veränderlich. Eine saubere Identifikation strategischer Güter auf objektiver Datenbasis ist also kaum möglich. Es besteht daher die Gefahr, dass auf Basis interessengetriebener Einschätzungen Listen von schützenswerten Industrien oder Gütern erstellt werden, für die der Staat die heimische Produktion subventioniert, Übernahmen heimischer Unternehmen im Inland verbietet oder andere protektionistische Maßnahmen ergreift.

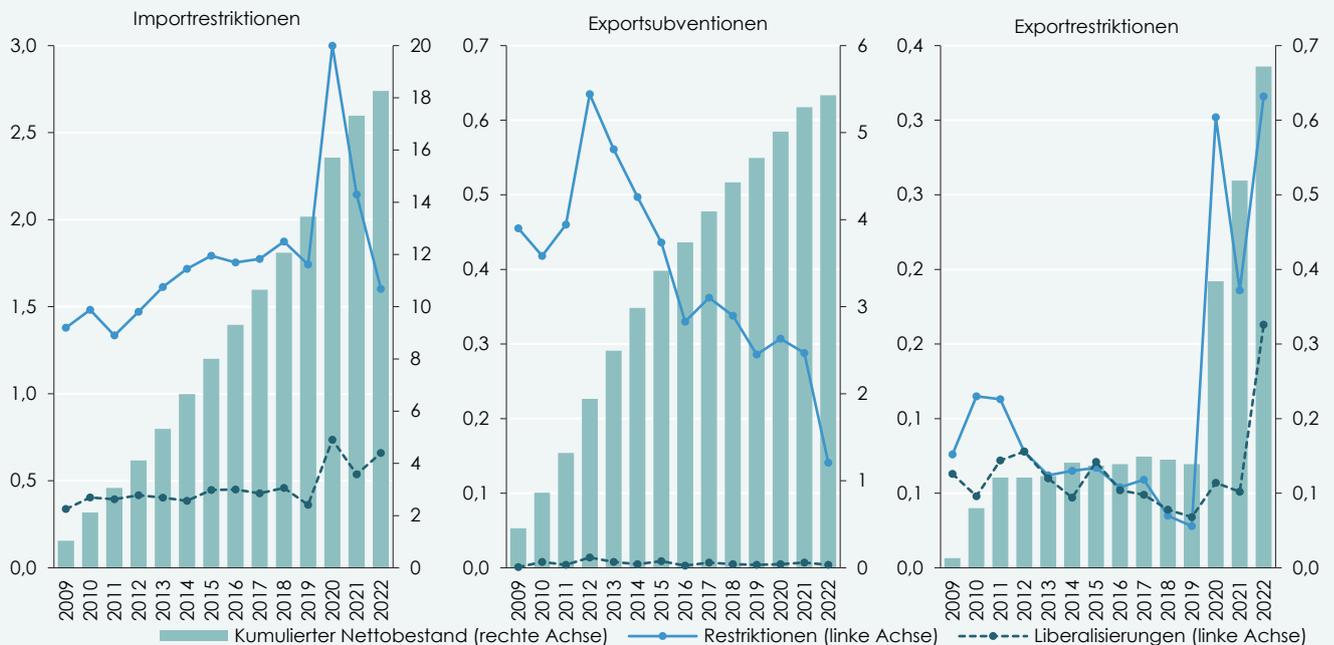
3. Protektionistische Maßnahmen häufiger und teuer

In den letzten 15 Jahren ist die Zahl der in Kraft befindlichen Importrestriktionen stetig angewachsen, sowohl im Güter- als auch im Dienstleistungshandel (Abbildung 2). Das "Global Trade Alert"-Projekt der Universität Sankt Gallen weist allein im Güterhandel einen Nettobestand von etwa 18.000 restriktiven Maßnahmen aus (Stand Ende 2022). Bei der Zählung wird nicht unterschieden, ob die Maßnahmen eine klassische "Beggary-Neighbour"-Motivation aufweisen oder aber geoökonomisch motiviert sind. Jedenfalls erreichte im Jahr 2020 die Zahl neuer restriktiver Maßnahmen mit knapp 3.000 einen Höhepunkt; seitdem sinkt sie wieder. Deutlich seltener sind Exportsubventionen; ihr Nettobestand von zuletzt etwa 5.500 Maßnahmen wächst aber ebenso kontinuierlich.

thy-Neighbour"-Motivation aufweisen oder aber geoökonomisch motiviert sind. Jedenfalls erreichte im Jahr 2020 die Zahl neuer restriktiver Maßnahmen mit knapp 3.000 einen Höhepunkt; seitdem sinkt sie wieder. Deutlich seltener sind Exportsubventionen; ihr Nettobestand von zuletzt etwa 5.500 Maßnahmen wächst aber ebenso kontinuierlich.

Abbildung 2: **Zahl der handelspolitischen Maßnahmen**

Weltweit, in 1.000



Q: "Global Trade Alert"-Datenbank (abgerufen am 16. 2. 2023), WIFO-Berechnungen und -Darstellung. Nettobestand . . . Differenz von Restriktionen und Liberalisierungen. Linke Achse: Jährliche Anzahl neuer Maßnahmen; rechte Achse: Nettobestand.

Seit 2020 kommt ein regelrechter Boom bei Exportrestriktionen dazu; mittlerweile liegt der Nettobestand bei etwa 700, nach etwa 150 im Jahr 2019. Exportrestriktionen sind zwar kurzlebig und werden häufig schnell wieder aufgehoben, sind aber zugleich besonders problematisch, weil sie künstliche Knappheiten in den Importländern erzeugen. In den letzten Jahren wurden sie in den Bereichen Gesundheit und Lebensmittel häufig eingesetzt, um die Preise kritischer Güter im Inland niedrig zu halten. Diese Taktik ist vermutlich ein wichtiger Grund dafür, dass weltweit die Sorge um die Verfügbarkeit kritischer Güter zugenommen hat, weil Lieferungen aus dem Ausland als zunehmend unsicher wahrgenommen werden. Exportrestriktionen sind aus volkswirtschaftlicher Perspektive äußerst schädlich: Angesichts globaler Angebotsschocks zerstören sie die Versicherungsfunktion des Außenhandels und mindern die Wohlfahrtswirkung integrierter Märkte (Heiland, 2021).

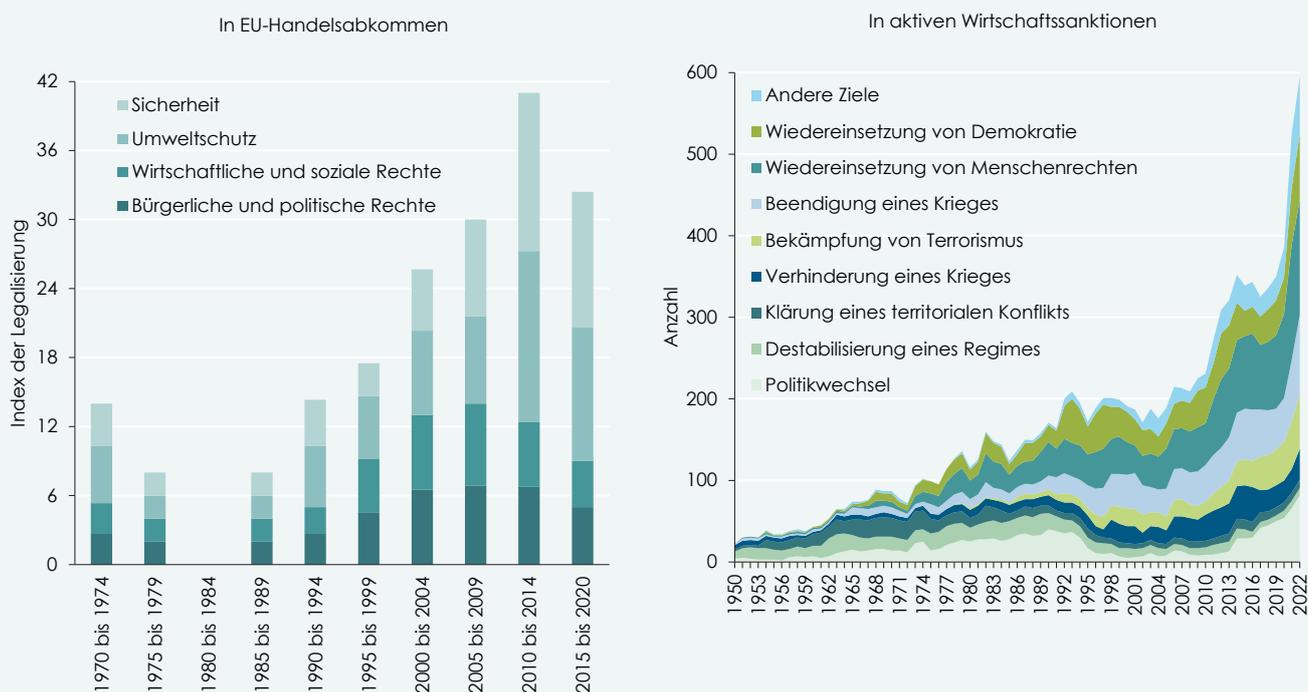
Der zunehmende Protektionismus hat seit etwa 2008 zu einer Verlangsamung des Wachstums im internationalen Handel geführt, wobei auch andere Determinanten wichtig sind, etwa die Normalisierung des Wirtschaftsmodells Chinas weg von einer dramatischen Überspezialisierung auf handelbare Güter oder das Auslaufen von Sonderfaktoren aus der Gründung der WTO. Davor war für etwa 20 Jahre der Güterhandel deutlich schneller gewachsen als die Güterproduktion. Seit 2008 wachsen beide Größen im Trend trotz erheblicher Schwankungen – jüngst durch die COVID-19-Krise – etwa gleich stark. Damit ist die Phase der Hyperglobalisierung (Rodrik, 2006) tatsächlich beendet und die Phase der Slowbalisation (The Economist, 24. Februar 2019) eingeleitet. Eine Deglobalisierung – ein langfristiger Rückgang des Welthandels – ist trotz aller Risiken eher unwahrscheinlich (Felbermayr & Wolff, 2023).

Obwohl handelspolitische Restriktionen weltweit zugenommen haben, ist eine weitreichende Deglobalisierung eher unwahrscheinlich.

Handelspolitische Restriktionen, egal wie sie motiviert sein mögen, sind volkswirtschaftlich in der Regel teuer. Darüber gibt es viel wissenschaftliche Evidenz, die meistens modellbasiert ist, weil die interessierende gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt nicht direkt beobachtbar ist und kausale Zusammenhänge in Daten nur schwer herzustellen sind. Die Modelle werden jedoch laufend besser und können auf genauere Basisdaten zurückgreifen. In einer aktuellen Studie weisen Eppinger et al. (2021) nach, dass eine dauerhafte Unterbrechung des Handels zwischen Ländern mit langfristigen Einbußen in der Kaufkraft von 6% (USA) bis 80% (Luxemburg) im Vergleich zum Basisjahr (2014) verbunden wäre. In den anderen Ländern läge der Verlust je nach Größe und Offenheitsgrad der

betrachteten Volkswirtschaft dazwischen, in Deutschland etwa bei 20%, in Österreich bei 27% und in den Niederlanden bei 38%. Würde nur der Handel mit Vor- und Zwischenprodukten entlang der Lieferketten unterbrochen, so wären die Verluste im Durchschnitt etwa halb so hoch. Bleibt der EU-Binnenmarkt bestehen, so halbieren sich die Verluste für die EU-Länder in etwa noch einmal. Dennoch bleiben die Effekte groß: Für Deutschland etwa bedeutete ein Abreißen der Wertschöpfungsketten außerhalb der EU einen Einbruch des Pro-Kopf-Einkommens (in Preisen von 2021) um langfristig etwa 2.000 € pro Jahr (für alle Zukunft). In der kurzen Frist wären die Verluste etwa doppelt so hoch. Der Barwert der Einkommenseinbußen läge schnell bei mehreren 10.000 € pro Person.

Abbildung 3: Nicht-handelspolitische Ziele in Handelsabkommen und Wirtschaftssanktionen



Q: Felbermayr et al. (2022b), Global Sanctions Data Base (Kirilakha et al., 2021).

Eine Entkoppelung von den internationalen Partnerländern (Decoupling) wäre also auf jeden Fall teuer, auch wenn sie sich auf einzelne Handelspartner beschränkte. Wie Abbildung 1 zeigte, sind es einige wenige Länder, die die Gesamtschau dominieren: allen voran die USA, dann das Vereinigte Königreich, China und die Schweiz. Mit allen vier Ländern verläuft der Außenhandel der EU mit Gütern und Dienstleistungen derzeit nicht ungestört. In allen Fällen sind es vorrangig Fragen der strategischen Souveränität, die Schwierigkeiten bei der weiteren Absenkung von Handelsbarrieren machen.

In der COVID-19-Krise wurde mehrfach argumentiert, Außenhandel mache verwundbar.

In der Tat ist es so, dass ein Produktionsausfall im Ausland – etwa aufgrund von massiven Quarantänemaßnahmen wie im Frühjahr 2020 in China – über den Weg der globalen Wertschöpfungsketten auch in der EU zu Produktionseinbußen führt, weil Vor- und Zwischenprodukte fehlen. Das war über mehrere Monate in Europa deutlich zu spüren. Wäre man nicht auf importierte Vor- und Zwischenprodukte angewiesen, würden diese negativen Effekte wegfallen. Die internationale Arbeitsteilung entlang von Wertschöpfungsketten erzeugt aber Wohlfahrtsgewinne, auf die man dann ebenfalls verzichten müsste. Eppinger et al. (2021) zeigen anhand der COVID-19-Einschränkungen in

China, dass der Vorteil einer geringeren Verletzlichkeit durch Produktionsstopps in China um etwa eine ganze Größenordnung kleiner wäre als der Wohlfahrtsverlust durch den gänzlichen Verzicht auf internationale Arbeitsteilung.

Protektionistische Maßnahmen können unterschiedlich motiviert sein. Neben dem konstruktiven klassischen Ziel, Wohlfahrtspotenziale durch internationale Arbeitsteilung zu erschließen, oder dem destruktiven Ziel, die Austauschverhältnisse (Terms-of-Trade) zugunsten des eigenen Landes zu verändern, treten seit einigen Jahren andere – nicht-handelspolitische – Ziele in den Vordergrund. Diese sind sehr vielfältig und werden mit unterschiedlichen Instrumenten verfolgt. Zum einen finden sie sich in den

Handelsabkommen fortgeschrittener Volkswirtschaften wie der EU. Die linke Grafik in Abbildung 3 zeigt einen Index der Legalisierung von Zielen in Handelsabkommen der EU, die nicht mit dem Abbau von diskriminierenden Handelsbarrieren zu tun haben. Dieser Index ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Die EU bietet mit ihren Handelsabkommen den Partnerländern verbesserten Marktzugang in Europa an, verlangt dafür aber die Einhaltung von Standards außerhalb der klassischen Handelspolitik, wozu die Länder ohne die Anreize aus Europa oft nicht bereit wären. Das ist ein klassisches Beispiel positiver wirtschaftlicher Sanktionen im Dienste geökonomischer Ziele. Negative Sanktionen würden im Gegensatz dazu den Zugang zum europäischen Markt einschränken.

Nicht-handelspolitische Ziele haben in den Handelsabkommen der EU an Bedeutung gewonnen.

4. Negative Sanktionen im Handelsrecht und in der Geoökonomik

Klassische (negative) Sanktionen, die ausländischen Importeure und Exporten den Marktzugang entziehen, wurden in den letzten Jahren ebenfalls häufiger eingesetzt (Abbildung 3, rechte Grafik). Für 2022 weist die "Global Sanctions"-Datenbank knapp 600 aktive Sanktionsregime aus. Dabei handelt es sich um bilaterale Beziehungen zwischen Ländern, zwischen denen offizielle, nicht vorrangig handelspolitisch motivierte Wirtschaftssanktionen aufrecht sind. Solche Maßnahmen liegen nicht im eigentlichen Wirkungsbereich der WTO, sondern sind typischerweise (implizit) von Artikel XXI des GATT gedeckt. Die Datenbank listet jeweils das primäre, von der Politik genannte Ziel der Sanktionen auf. Dabei zeigt sich, dass die Ziele vielfältig sind. Sie reichen von einem Politikwechsel im Zielland über die Destabilisierung eines Regimes zur Klärung eines territorialen Konfliktes, der Verhinderung eines Krieges, der Bekämpfung von Terrorismus bis hin zu Beendigung eines Krieges, der Wiedereinsetzung von Menschenrechten und von Demokratie.

Neben geökonomischen Sanktionen, wie sie in Abbildung 3 gezeigt werden, spielen Sanktionen im "normalen" Außenhandelsrecht der WTO eine wichtige und konstruktive Rolle. Sie sind für die Stabilität eines offenen Handelssystems notwendig. Denn auf Eigennutz fokussierte Länder haben große Anreize, vom Freihandel abzuweichen, wenn sie das ohne Konsequenzen tun können. Aus der Sicht eines einzelnen Landes ist Freihandel nicht optimal – das belegt die sogenannte Optimalzolltheorie mindestens seit den 1950er-Jahren (Johnson, 1953). Denn durch einen klug gewählten Importzoll (oder einer Exportsteuer) können die Austauschverhältnisse verbessert werden. Das inkludiert auch das Ansinnen, ausländische Unternehmen mittels Subventionen zur Produktion vor Ort anzureizen und so Importe zu vermeiden. Das Problem dieser Politik liegt darin,

dass sie nicht verallgemeinerbar ist. Wenn alle Länder so handeln, dann stellen sich die Handelspartner kollektiv in der Regel schlechter. Mehr noch, sie können diesem "Gefangenendilemma" nicht entfliehen, denn die beste Antwort auf einen Importzoll des Auslands ist ein eigener Importzoll. Die WTO bietet einen Ausweg: Sie bietet ein Forum für wiederholte Interaktionen von Ländern und ein Protokoll für die Sanktionierung von Regelverstößen. Länder, die durch einen illegitimen Importzoll (oder eine andere Maßnahme) eines Handelspartners geschädigt werden, dürfen eine äquivalente Maßnahme setzen, die den erhofften Vorteil des regelbrechenden Landes zunichtemacht. Mit der Aussicht auf diese Reaktion verschwinden die Anreize für die Setzung eines Optimalzolls.

Es ist also die Zolldrohung, die ein freiheitliches Zollregime erst möglich macht. Im Idealfall ist die Verhängung der Sanktion gar nicht erforderlich, denn das regelwidrige Verhalten tritt erst gar nicht ein. Im Kontext des GATT und der WTO hat das viele Jahrzehnte lang sehr gut funktioniert. Allerdings sind die zulässigen Sanktionen im Handelsrecht so kalibriert, dass sie Schadenswiedergutmachung im wirtschaftlichen Sinn bewirken. Wenn es bei dem Regelverstoß aber gar nicht um wirtschaftliche Vorteile geht, sondern um machtpolitische, dann ist die angedrohte WTO-Sanktion nicht mächtig genug. In anderen Worten: Nur wenn die Zielfunktionen der Regierungen Positivsummenspiele zulassen, funktioniert der WTO-Mechanismus; in Nullsummenspielen versagt er. So kann es trotz WTO-rechtskonformer Sanktionen optimal für ein Land sein, einen bewussten Regelbruch zu begehen. Möglicherweise waren Maßnahmen der Trump-Regierung gegen China so zu begründen.

Egal wie Sanktionen begründet sind, eines haben sie immer gemeinsam: Sie entfalten

Handelspolitische Sanktionen entfalten ihre Wirkung primär in der Phase der Sanktionsandrohung.

ihre eigentliche Wirkung, falls sie überhaupt eine haben, während der Drohphase und nicht, wenn sie verhängt werden. Die Drohung mit einer negativen Sanktion – oder auch das Versprechen einer positiven Sanktion – kann, wenn die angekündigte Maßnahme richtig kalibriert ist, das Verhalten des Ziellandes ändern, weil sich sein Nutzenkalkül verändert. So könnte ein Regelbruch wegen einer angekündigten Sanktion keinen positiven Nettonutzen für eine Volkswirtschaft erzielen und unterbleibt deshalb. Negative Sanktionen müssen daher gar nicht eingesetzt werden. Falls aber trotzdem der Regelbruch erfolgt, etwa weil die Sanktionsdrohung zu schwach bemessen war, dann muss die Sanktion zwar verhängt werden – sonst verliert das drohende Land jede Glaubwürdigkeit –, aber eine schnelle Wirkung ist sehr unwahrscheinlich, denn das Land verübt den Regelbruch eben, weil der Nettonutzen trotz tatsächlicher Sanktionierung positiv bleibt. Die empirische Beobachtung eines Sanktionserfolgs in etwa 40% aller Sanktionsepisoden und oft erst nach vielen Jahren ist daher nicht überraschend. Das Versprechen positiver Sanktionen muss bei Erfolg ebenfalls eingelöst werden, sonst verliert das Land Glaubwürdigkeit, und das nächste Versprechen wirkt nicht.

Die Wirksamkeit von Sanktionen als geoökonomisches Instrument ist von zahlreichen politökonomischen Faktoren abhängig.

Um Sanktionen als geoökonomisches Mittel zu perfektionieren, muss sich eine Regierung hinreichend gute und vollständige Informationen über den Gegner beschaffen; nur dann kann sie wissen, wie ihre Sanktionsdrohungen richtig zu kalibrieren sind. Sind sie zu stark bemessen, dann sind sie wenig glaub-

würdig, weil ja jede Sanktion auch das sanktionierende Land wirtschaftlich trifft. Sind sie zu schwach bemessen, wirken sie nicht. Weil der Nettonutzen eines Regelbruches eines geoökonomischen Gegners nicht nur ökonomisch zu bewerten ist, muss die Regierung neben den zu erwartenden wirtschaftlichen Auswirkungen im In- und Ausland auch die politischen Präferenzen, Kosten, Nutzen und Optionen des Gegners kennen.

Sie muss auch den Ablauf eines Sanktionsprozesses gut strukturieren. Angedrohte Sanktionen müssen am Ende auch verhängt werden können, obwohl sie im Inland hohe Kosten verursachen. Daher braucht es transparente Entscheidungswege. Außerdem ist Geschwindigkeit bei der Verhängung von Sanktionen erforderlich – muss erst monatelang beraten werden, verpufft die Wirkung. Das geplante "Anti-Coercion"-Instrument der EU-Kommission sollte gerade den angesprochenen Verfahrensweg verbessern, weil es diesen beschleunigt und die Sanktionsdrohung glaubwürdiger macht.

Ganz zentral für positive und negative Sanktionen ist aber vor allem eines: die Größe und Tiefe des Marktes, dessen Zugang durch Sanktionen eingeschränkt werden könnte. Für die EU ist das der Binnenmarkt. Der Brexit hat ihn verkleinert; das schmälert die Sanktionsmöglichkeiten der EU. In den letzten Jahren ist der Binnenmarkt auch nicht weiter vertieft worden; das macht Sanktionen für die Handelspartner weniger schmerzhaft. Und schließlich ist auch das geringe Wirtschaftswachstum in der EU ein Hemmschuh.

5. Anwendung: Sanktionen gegen Russland

Nachdem am 24. Februar 2022 die Armee der Russischen Föderation in der Ukraine einmarschiert ist, haben westliche Staaten – die EU, das Vereinigte Königreich, die USA, Kanada, die Schweiz, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland – Sanktionen eingeführt und in mehreren Runden verschärft. Die Sanktionen haben in der Klassifikation der "Global-Sanctions"-Datenbank (Abbildung 3, rechte Grafik) das Ziel, Russland zu zwingen, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Wie oben ausgeführt, hätte die Sanktionsdrohung bereits vor dem Einmarsch wirken müssen. Offenbar hat die russische Führung trotz der erwarteten Sanktionen im Angriffskrieg aber höhere Nutzen als Kosten gesehen und trotz Sanktionsdrohung das geltende Völkerrecht gebrochen. Es ist natürlich möglich, dass sich Russland verkalkuliert hat, indem es die Härte der westlichen Sanktionen unterschätzt hat. Analytisch zielführender ist allerdings, der russischen Führung zu unterstellen, sie hätte die Sanktionen im Großen und Ganzen vorhergesehen. Dann wäre es nicht zu erwarten, dass Russland sich wegen der Verhängung der Sanktionen aus dem eroberten Gebiet zurückzieht. Dennoch ist es

erforderlich, dass die westlichen Sanktionen bestehen bleiben. Eine Rücknahme würde den Angriffskrieg Russlands erst recht einträglich für die russische Führung machen. Wichtiger noch: Die Glaubwürdigkeit der nächsten impliziten oder expliziten Sanktionsdrohung wäre dahin.

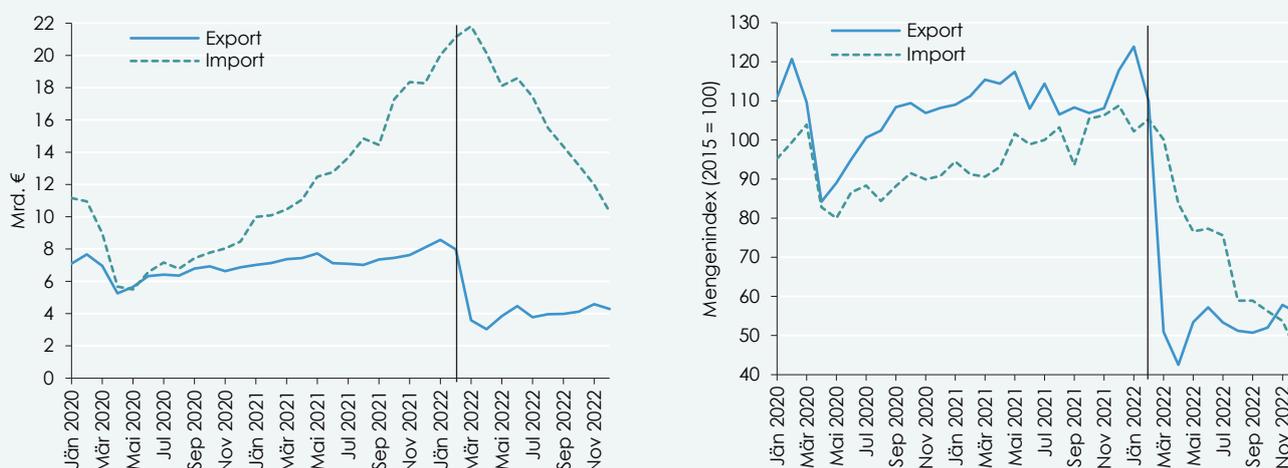
Die Sanktionen umfassen Exportverbote für Güter und Technologie, die für militärische Zwecke genutzt werden können, preisliche Beschränkungen betreffend den Import von Erdöl und Erdgas, Einschränkungen im Geschäftsverkehr zwischen Finanzinstitutionen, Reiseverbote für eine lange Liste von Personen und das Einfrieren von Auslandsvermögen der russischen Zentralbank sowie von russischen Firmen und Personen. Damit ist das nach der Krim-Annexion verhängte Sanktionsregime deutlich verschärft worden. Russland hat mit Gegenmaßnahmen reagiert, die in einer schrittweisen Reduktion der Gasexporte in die EU bestanden. Aktuell liegen sie laut Angaben des Thinktanks Bruegel bei etwa einem Achtel bis einem Sechstel der bisher üblichen Menge.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der verhängten Sanktionen sind deutlich (Abbildung 4). Im Zeitraum Februar 2022 bis Dezember 2022 gingen die importierten und die exportierten Mengen im Außenhandel mit Russland um jeweils etwa 50% zurück; die Exporte sanken dabei schneller als die Importe, die vor allem aus Energielieferungen bestehen, auf die die EU zunächst keine Sanktionen erhoben hatte. Die Exporte scheinen sich bei 50% einzupendeln, während der Trend bei den Importen weiterhin negativ ist. In laufenden Preisen (Euro) sieht

das Bild bei den Exporten sehr ähnlich aus, während der Wert der Importe sich vom Tiefpunkt im Mai 2020 bis zum Kriegsbeginn fast vervierfachte. Der Grund liegt im starken Anstieg der Preise für Rohöl und vor allem für Erdgas, die sich nach dem COVID-19-Schock und einer überraschend starken weltweiten Nachfrage im Jahr 2021 drastisch verteuerten. Weil die europäischen Exporte schnell einbrachen und es hier keine kompensierenden Preiseffekte gab, verschlechterte sich die bilaterale Handelsbilanz der EU mit Russland zunächst deutlich.

Abbildung 4: **Außenhandel der EU 27 mit Russland**

Saison- und arbeitstagsbereinigt



Q: Eurostat, WIFO-Darstellung. Vertikale Linie: Ausbruch des Ukraine-Krieges.

Dieses empirische Bild passt gut zu den Erwartungen, die mithilfe der Literatur gebildet werden können (Dai et al., 2021). Umfassende Handelssanktionen reduzieren den Güterhandel innerhalb eines Jahres um etwa 75%; teilweise Sanktionen wirken weniger stark. Im Vergleich kann das Sanktionsregime gegen Russland als mittelmäßig streng gelten. Solange das Sanktionsregime des Westens wichtige Importgüter Russlands wie etwa pharmazeutische Produkte nicht mit Exportverboten belegt, werden die Exporte nicht weiter einbrechen. Der deutliche Rückgang der Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas wird aber zu einer spürbaren Reduktion des Handelsbilanzüberschusses Russlands mit der EU führen.

Betrachtet man den Außenhandel der EU nach breiten Gütergruppen, so ist festzustellen, dass die Importe fast aller Waren stark zurückgegangen sind, wenn man die Werte des letzterverfügbaren Monats Dezember 2022 mit jenen vom Februar 2022 vergleicht (Abbildung 5). Im Bereich der mineralischen Brennstoffe betrug der Importwert im Dezember 51% des Wertes vom Februar 2022

(saisonal und kalendarisch bereinigt); diese Produktgruppe dominiert die EU-Importe aus Russland. Bei den Exporten der EU nach Russland ist die Lage etwas durchwachsener. Hier zeigt sich, dass die Exporte im Chemiebereich deutlich weniger eingebrochen sind als etwa im Maschinen- und Fahrzeugbau oder im Bereich der bearbeiteten Waren. Hier prägen die Gegensanktionen Russlands das Geschehen; dort, wo keine der beiden Parteien Maßnahmen ergriffen hat, leidet der Handel am wenigsten. Dass die Sanktionen wirtschaftlich wirken, sieht man auch an der Tatsache, dass die russische Ölsorte Urals seit April 2022 um 22 \$ bis 35 \$ je Barrel billiger gehandelt wird als die vergleichbare Nordseesorte Brent.

Neben der Wirkung der Sanktionen auf den bilateralen Handel Russlands mit den sanktionierenden Ländern stellt sich die Frage, ob Russland auf andere Märkte ausweichen kann, um die Sanktionen des Westens zu umgehen. Schließlich umfasst die Liste der sanktionierenden Länder wichtige Handelspartner Russlands wie die Türkei, Indien oder China nicht. Die Entwicklungsländer haben

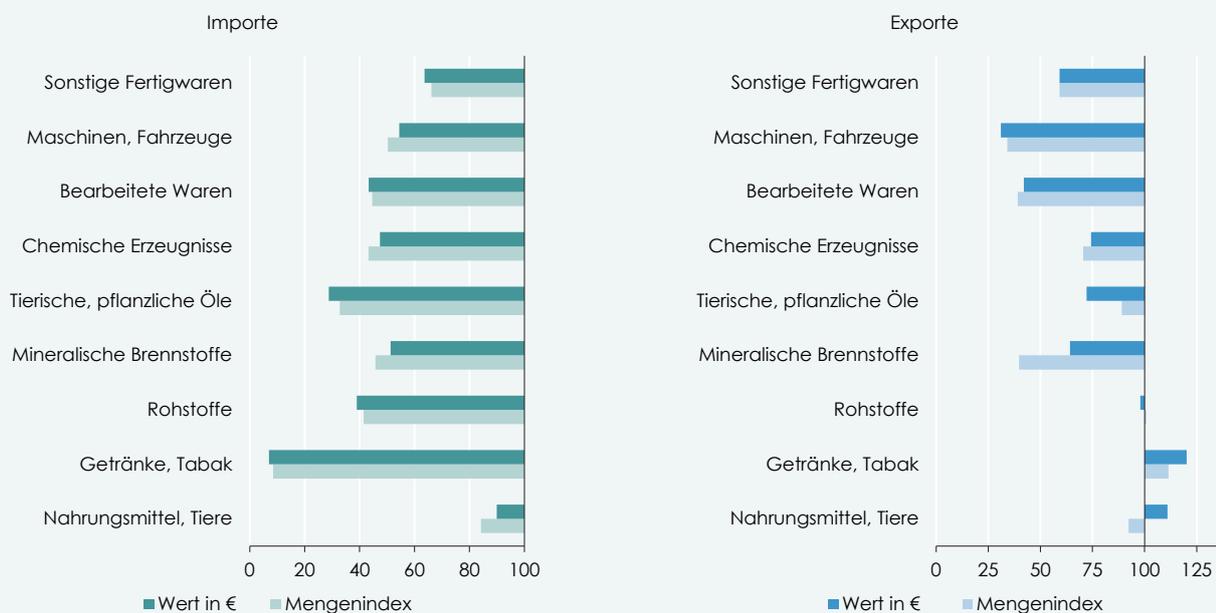
Obwohl Russland teilweise auf andere Märkte ausweichen kann und das Sanktionsregime nur mittelmäßig streng ist, fügen die Sanktionen Russland langfristig erheblichen Schaden zu.

sich vollständig der Sanktionen enthalten. Es ist daher zu erwarten, dass es zu einer Handelsumlenkung zugunsten dieser Länder kommt. Bisher ist der Effekt vor allem im Bereich des Handels mit Rohöl sichtbar; hier ist mit Indien ein großer neuer Käufer aufgetaucht (Darvas & Martins, 2022). China scheint dagegen nicht im großen Ausmaß als Ersatzmarkt einzuspringen, weil dafür die Transportkapazitäten fehlen. Daten über globale Schiffsbewegungen sprechen hier

eine klare Sprache. Die Koalition der sanktionierenden Länder versucht, ihre Sanktionen zu extraterritorialisieren, indem sie Finanz- oder Versicherungsdienstleistungen, die für die Abwicklung von Geschäften Dritter mit Russland erforderlich sind, sanktioniert. Sie könnte noch weiter gehen und auch Länder sanktionieren, die nach wie vor mit Russland Handel treiben. Das würde vermutlich zu Gegenreaktionen der Drittländer führen und ist daher potenziell gefährlich.

Abbildung 5: Außenhandel der EU 27 mit Russland nach Warengruppen

Dezember 2022, saison- und arbeitstagsbereinigt, Februar 2022 = 100



Q: Eurostat.

Die Handelsumlenkungseffekte dürften jedoch den entfallenen Handel zwischen Russland und den traditionellen Partnerländern nicht kompensieren. Das ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil Russland wohl schon vor den Sanktionen Geschäfte mit Indien abgewickelt hätte, wenn das für beide Seiten lukrativer gewesen wäre.

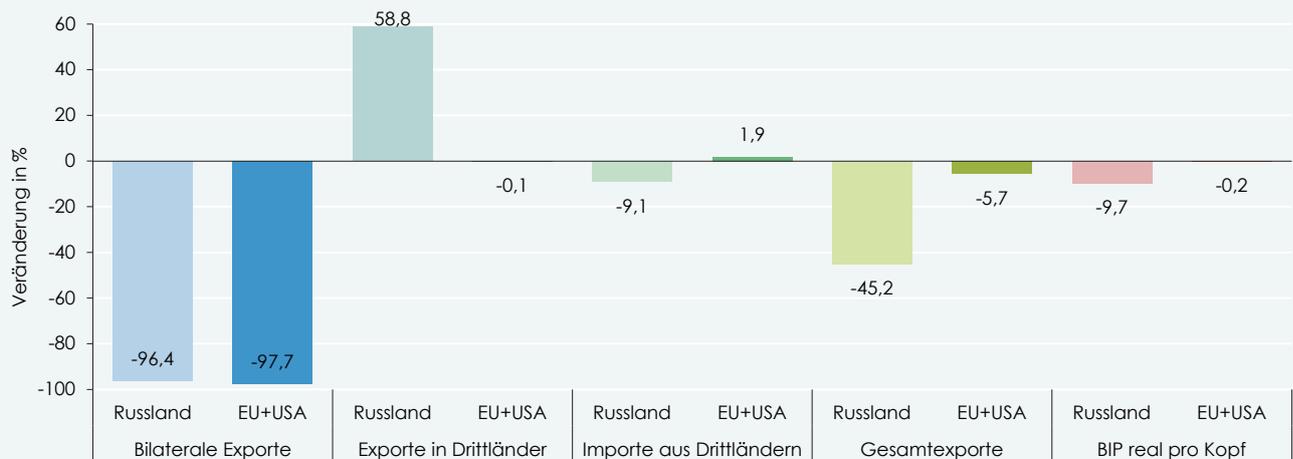
Felbermayr et al. (2023) haben Modellsimulationen angestellt, die zeigen, welche Effekte eine Entkoppelung der russischen Wirtschaft von jener der sanktionierenden Länder in der langen Frist haben würde. Es zeigt sich, dass der bilaterale Handel fast zur Gänze verschwinden würde (Abbildung 6). Das geht über die bisher beobachteten Effekte hinaus, weil die Simulation eine völlige Handelsunterbrechung unterstellt. In dieser Situation käme es langfristig zu erheblicher Handelsumlenkung. Die Exporte Russlands in Drittländer würden um fast 60% zulegen (allerdings von oft niedrigen Niveaus ausgehend), die Exporte der sanktionierenden Länder blieben hingegen weitgehend

unverändert. Die Importe Russlands aus Drittländern (vor allem aus China) würden sogar sinken, weil die Sanktionen Russland langfristig wirtschaftlich schaden. Daher wären die Einkünfte Russlands kleiner und die Nachfrage nach Gütern insgesamt geringer. Die sanktionierende Koalition würde hingegen mehr aus Drittländern importieren – vor allem Rohstoffe. Der Gesamteffekt bliebe aber überschaubar. Die Exporte Russlands würden um knapp 45% einbrechen. Das zeigt, dass die Handelsumlenkung die Handelszerstörung durch die Sanktionen nicht aufwiegen kann. Daraus resultiert im Falle Russlands eine Verringerung des realen Pro-Kopf-Einkommens um fast 10%. Auch die sanktionierende Koalition muss mit insgesamt geringeren Exporten rechnen; die Einkommenseffekte wären mithin ebenfalls negativ, aber, in Prozentpunkten betrachtet, um den Faktor 50 kleiner. Obwohl die Koalition der sanktionierenden Länder relativ klein ist, fügen die Maßnahmen des Westens Russland in der langen Frist erheblichen Schaden zu. Für 2022 wird mit einer Schrumpfung der

russischen Wirtschaft um etwa 3,5% gerechnet, für 2023 um etwa 2,5%. Ohne die Sanktionen wäre sie vermutlich gewachsen, kumuliert wären +4% realistisch. Damit zeigt sich, dass die simulierten 10% Einbruch der Wirtschaftsleistung durchaus plausibel sind. Die Analyse von Felbermayr et al. (2023) zeigt allerdings auch, dass innerhalb der Koalition der sanktionierenden Länder starke

Heterogenitäten existieren. So liegt der langfristige Schaden im Baltikum bei etwa 2% der Wirtschaftsleistung pro Kopf; in Norwegen steigt diese hingegen (aufgrund positiver Handelsumlenkungseffekte) um fast 1%. Deutschland hätte langfristig mit einem Schaden von 0,4% zu rechnen. Die USA kämen hingegen ohne Nachteile aus dem Wirtschaftskrieg.

Abbildung 6: **Langfristige Effekte einer vollständigen wirtschaftlichen Entkoppelung Russlands vom "Westen"**



Q: Felbermayr et al. (2023), WIFO-Darstellung. Annahme: Der Handel zwischen der EU, den USA, dem Vereinigten Königreich, Japan, Kanada sowie Südkorea ("EU+USA") und Russland komplett eingestellt.

6. Schlussfolgerungen

Geopolitische Konflikte werden zunehmend mit ökonomischen Mitteln ausgetragen. Blackwill und Harris (2016) sprechen daher von "Krieg mit anderen Mitteln". Die Sanktionen des Westens gegen Russland nach dessen Angriff auf die Ukraine und Russlands Gegensanktionen sind Beispiele für die Verwendung wirtschaftlicher Interdependenz als Waffe. Spätestens seit dem Februar 2022 ist klar, dass die Phase geopolitischer Ruhe in der Weltwirtschaft endgültig vorbei sein dürfte. Die Zeitenwende, von der in der Politik im Jahr 2022 oft die Rede war, hat sich in Wahrheit aber rund um das Jahr 2008 ereignet. Seither wächst der Weltgüterhandel nicht mehr schneller als die globale Güterproduktion. Die Zahl an protektionistischen Maßnahmen nimmt zu. Waren vor 15 Jahren auf bilateraler Ebene noch etwa 200 Wirtschaftssanktionen aufrecht, so ist ihre Zahl im Jahr 2022 auf knapp 600 gestiegen. Der Einsatz von negativen Wirtschaftssanktionen für geopolitische Zwecke mag humaner sein als der Einsatz von Waffen; gleichwohl ist er teuer und hat Nebeneffekte. Daher ist es von großer Bedeutung, dass sich die Regierungen über ihre geostrategischen Rivalen gut informieren, ihre und die eigenen Verletzlichkeiten gut kennen und das geoökonomische Instrumentarium modernisieren. Sie müssen ihr Wissen über die globalen Lieferketten vergrößern und die Anreize der

Unternehmen besser verstehen, damit sie rational handeln können.

Es ist klar, dass der Staat angesichts geopolitischer Spannungen Eingriffe in den Freihandel erfolgreich begründen kann. Denn die Unternehmen internalisieren nicht, welche machtpolitischen Auswirkungen ihre Import- oder Exportentscheidungen haben; dafür sind selbst große Konzerne systemisch zu unbedeutend. Es liegt mithin eine sicherheitspolitische Externalität vor, die es zu minimieren gilt. Alles, was es den Unternehmen erleichtert, ihre Beschaffungs- und Absatzmärkte zu diversifizieren, hilft. Hohe Zölle sind dabei sicher nicht förderlich; ganz im Gegenteil, Handelsabkommen wie etwa jenes der EU mit Korea schaffen Möglichkeiten der Diversifizierung unter Bedingungen der Rechtssicherheit. Staatliche Kreditgarantien, die bisher nur für Exportgeschäfte verfügbar sind, sollten auch für Importe nutzbar sein. Insgesamt sollte die Politik auf Konsistenz ihres Gesamtansatzes achten. Soll zur Reduzierung der sicherheitspolitischen Externalität die Beschaffung diversifiziert werden, könnte sich ein Lieferkettengesetz, das pro Lieferanten zusätzliche fixe Kosten verursacht, als Bumerang herausstellen. Ebenso könnte es langfristig schädlich sein, bei Lieferkettenproblemen den betroffenen Unternehmen großzügig zu helfen. Denn dann verfestigt

sich die Erwartung, dass bei geoökonomisch verursachten Lieferkrisen eine vorab erfolgte Verengung der Lieferantenbasis durch staatliche Hilfen kompensiert wird. Eine solche "Vollkaskoversicherung" von Unternehmen bei Produktionsausfällen führt zu übertriebener Risikopräferenz und verstärkt die sicherheitspolitische Externalität.

Aber Diversifizierung hilft nicht immer, denn für viele Rohstoffe steht nur eine sehr begrenzte Zahl von Lieferländern zur Verfügung. Daher kann es sinnvoll sein, dass die EU-Länder gemeinsame strategische Reserven für wichtige Rohstoffe anlegen und diese dann auch gemeinsam einsetzen. Außerdem könnten steuerliche Anreize für Lagerhaltung und zur Förderung von Recycling (Urban Mining, Circular Economy) effiziente und effektive Instrumente darstellen, um die Resilienz der Unternehmen und damit die Erpressbarkeit der Regierungen zu vermindern.

Ganz oben auf der Prioritätenliste müssten auch eine erneuerte Außenwirtschaftsdiplomatie und strategische Partnerschaften zur Verfolgung eines "European Interest" stehen.

Geoökonomisch ist die wichtigste Ressource der EU der Binnenmarkt. Das sollten sich die EU und die Mitgliedsländer bei der Ausformung der neuen Außenwirtschaftsstrategie "Open Strategic Autonomy" stets vor Augen halten. Je tiefer, innovativer, größer und dynamischer der eigene Markt ist, umso mehr kann die EU mit der Androhung einer Verweigerung des Marktzutritts Drittländer beeindrucken. Nur dann werden neue Instrumente wie der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, das Anti-Zwangs-Instrument ("Anti-Coercion"-Instrument) oder das Instrument für das internationale Beschaffungswesen ("International Procurement Instrument") wirklich effektiv sein.

7. Literaturhinweise

- Altmaier, P. (2019). *Nationale Industriestrategie 2030. Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik*. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.
- Blackwill, R. D., & Harris, J. M. (2016). *War by Other Means. Geoeconomics and Statecraft*. Harvard University Press.
- Braml, M., & Felbermayr, G. (2022). Außenwirtschaftliches Gleichgewicht als Staatsziel im 21. Jahrhundert. *Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft, Focus Paper*, (1).
- Braml, M., & Felbermayr, G. (2023). The measurement, structure and dynamics of the transatlantic current account. In Fahey, E. (Hrsg.), *Routledge Research Handbook on Transatlantic Relations*, Routledge (im Erscheinen).
- Dai, M., Felbermayr, G., Kirilakha, A., Syropoulos, C., Yalcin, E., & Yotov, Y. V. (2021). Timing the Impact of sanctions on trade. In Bergeijk, P. (Hrsg.), *The Research Handbook on Economic Sanctions*, Edgar Elgar.
- Darvas, Z., & Catarina Martins (2022). The impact of the Ukraine crisis on international trade. *Bruegel Working Paper*, (20/2022).
- Drezner, D., Farrell, H., & Newman, A. (2021). *The Uses and Abuses of Weaponized Interdependence*. Brookings Institution Press.
- Eppinger, P., Felbermayr, G., Krebs, O., & Kukharskyy, B. (2021). Decoupling Global Value Chains. *CEifo Working Paper*, (9079).
- Felbermayr, G., Gröschl, J., & Heiland, I. (2022a). Complex Europe: Quantifying the Cost of Disintegration. *Journal of International Economics*, 138. <https://doi.org/10.1016/j.jinteco.2022.103647>.
- Felbermayr, G., Wolfmayr, Y., Bärenthaler-Sieber, S., Böheim, M., Christen, E., Friesenbichler, K., Meinhart, B., Meyer, B., Pektanov, A., & Sinabell, F. (2022b). *Strategische Außenwirtschaftspolitik 2030 – Wie kann Österreich Geoökonomie-Konzepte nutzen?*. WIFO.
- Felbermayr, G., & Krebs, O. (2023). *Der volkswirtschaftliche Schaden von Decoupling in Deutschland auf Bundes-, Kreis- und Sektorebene*. WIFO, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (mimeo).
- Felbermayr, G., Mahlkow, H., & Sandkamp, A. (2023). Cutting through the value chain: the long-run effects of decoupling the East from the West. *Empirica*, 50(2023), 75-108.
- Felbermayr, G., & Wolff, G. (2023). Wohin steuert die Weltwirtschaft?. *Internationale Politik*, (1), 18-25.
- Fukuyama, F. (1992). *The End of History and the Last Man*. Free Press.
- Heiland, I. (2021). Global Risk Sharing Through Trade in Goods and Assets: Theory and Evidence. *CEPR Discussion Paper*, (14230).
- Johnson, H. (1953). Optimum Tariffs and Retaliation. *The Review of Economic Studies*, 21(2), 142-153.
- Kirilakha, A., Felbermayr, G., Syropoulos, C., Yalcin, E., & Yotov, Y. V. (2021). The Global Sanctions Data Base: An Update that Includes the Years of the Trump Presidency. In Bergeijk, P. (Hrsg.), *The Research Handbook on Economic Sanctions*, Edgar Elgar.
- Rodrik, D. (2011). *The Globalization Paradox. Democracy and the Future of the World Economy*. W. W. Norton & Co.
- Smith, A. (1776). *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Nachdruck University of Chicago Press (1977).

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	7,2	6,2	5,0	5,2	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
USA	8,1	5,4	3,6	3,8	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,5	3,7	3,6	3,5
Japan	2,8	2,8	2,6	2,7	2,6	2,6	2,5	2,6	2,5	2,6	2,6	2,5	2,5
Euro-Raum	8,0	7,7	6,7	6,8	6,7	6,7	6,6	6,6	6,7	6,7	6,6	6,6	6,6
Belgien	5,6	6,3	5,5	5,3	5,8	5,4	5,5	5,5	5,4	5,4	5,4	5,5	5,5
Deutschland	3,7	3,6	3,0	3,1	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	2,9
Irland	5,9	6,2	4,5	4,9	4,3	4,4	4,4	4,3	4,4	4,4	4,4	4,4	4,3
Griechenland	17,6	14,8	12,4	13,1	12,6	12,2	11,6	12,3	12,4	11,9	11,6	11,6	11,6
Spanien	15,5	14,8	12,9	13,2	12,7	12,7	13,0	12,6	12,7	12,9	12,9	13,0	13,1
Frankreich	8,0	7,9	7,3	7,3	7,6	7,2	7,1	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7,1
Italien	9,3	9,5	8,1	8,5	8,1	7,9	7,8	8,0	7,9	7,9	7,9	7,8	7,8
Luxemburg	6,7	5,4	4,4	4,5	4,3	4,4	4,6	4,3	4,4	4,5	4,6	4,6	4,6
Niederlande	4,9	4,2	3,5	3,4	3,3	3,7	3,6	3,6	3,8	3,8	3,7	3,6	3,5
Österreich	6,1	6,2	4,8	4,6	4,4	5,0	5,0	4,6	5,2	5,1	4,6	5,5	5,0
Portugal	7,1	6,6	6,0	5,8	5,9	6,0	6,4	5,9	6,0	6,1	6,1	6,5	6,7
Slowakei	6,6	6,8	6,1	6,4	6,2	6,0	5,9	6,1	6,0	6,0	5,9	5,9	5,8
Finnland	7,8	7,6	6,8	6,7	6,4	7,2	6,8	7,1	7,2	7,3	6,4	6,7	7,2
Tschechien	2,6	2,8	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3	2,2	2,6	2,3
Ungarn	4,1	4,1	3,6	3,6	3,3	3,6	3,9	3,6	3,5	3,7	3,7	4,1	4,0
Polen	3,2	3,3	2,9	2,8	2,8	3,0	3,0	2,9	3,0	3,0	3,0	3,0	2,9
Schweiz	4,8	5,1	.	4,4	4,3	4,2

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 1,4	+ 4,0	+ 9,6	+ 8,0	+ 9,8	+10,5	+10,2	+10,4	+10,4	+10,7	+10,8	+10,4	+ 9,4
USA	+ 1,2	+ 4,7	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,6	+ 8,3	+ 7,1	+ 8,5	+ 8,3	+ 8,2	+ 7,7	+ 7,1	+ 6,5
Japan	- 0,0	- 0,2	+ 2,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,9	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,0
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 0,3	+ 2,6	+ 8,4	+ 6,1	+ 8,0	+ 9,3	+10,0	+ 8,9	+ 9,1	+ 9,9	+10,6	+10,1	+ 9,2
Belgien	+ 0,4	+ 3,2	+10,3	+ 9,1	+ 9,9	+11,0	+11,2	+10,4	+10,5	+12,1	+13,1	+10,5	+10,2
Deutschland	+ 0,4	+ 3,2	+ 8,7	+ 6,1	+ 8,3	+ 9,4	+10,8	+ 8,5	+ 8,8	+10,9	+11,6	+11,3	+ 9,6
Irland	- 0,5	+ 2,4	+ 8,1	+ 5,9	+ 8,4	+ 9,1	+ 8,8	+ 9,6	+ 9,0	+ 8,6	+ 9,4	+ 9,0	+ 8,2
Griechenland	- 1,3	+ 0,6	+ 9,3	+ 6,6	+10,4	+11,5	+ 8,6	+11,3	+11,2	+12,1	+ 9,5	+ 8,8	+ 7,6
Spanien	- 0,3	+ 3,0	+ 8,3	+ 7,9	+ 8,9	+10,0	+ 6,5	+10,7	+10,5	+ 9,0	+ 7,3	+ 6,7	+ 5,5
Frankreich	+ 0,5	+ 2,1	+ 5,9	+ 4,2	+ 5,9	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,8	+ 6,6	+ 6,2	+ 7,1	+ 7,1	+ 6,7
Italien	- 0,1	+ 1,9	+ 8,7	+ 6,0	+ 7,4	+ 8,9	+12,5	+ 8,4	+ 9,1	+ 9,4	+12,6	+12,6	+12,3
Luxemburg	+ 0,0	+ 3,5	+ 8,2	+ 6,8	+ 9,5	+ 8,9	+ 7,5	+ 9,3	+ 8,6	+ 8,8	+ 8,8	+ 7,3	+ 6,2
Niederlande	+ 1,1	+ 2,8	+11,6	+ 8,9	+10,4	+14,1	+13,0	+11,6	+13,7	+17,1	+16,8	+11,3	+11,0
Österreich	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,5	+ 7,9	+ 9,9	+11,1	+ 9,4	+ 9,3	+11,0	+11,6	+11,2	+10,5
Portugal	- 0,1	+ 0,9	+ 8,1	+ 4,4	+ 8,2	+ 9,5	+10,2	+ 9,4	+ 9,3	+ 9,8	+10,6	+10,2	+ 9,8
Slowakei	+ 2,0	+ 2,8	+12,1	+ 8,5	+11,8	+13,3	+14,9	+12,8	+13,4	+13,6	+14,5	+15,1	+15,0
Finnland	+ 0,4	+ 2,1	+ 7,2	+ 4,8	+ 7,0	+ 8,1	+ 8,7	+ 8,0	+ 7,9	+ 8,4	+ 8,4	+ 9,1	+ 8,8
Tschechien	+ 3,3	+ 3,3	+14,8	+10,2	+15,0	+17,4	+16,5	+17,3	+17,1	+17,8	+15,5	+17,2	+16,8
Ungarn	+ 3,4	+ 5,2	+15,3	+ 8,3	+11,0	+18,0	+23,3	+14,7	+18,6	+20,7	+21,9	+23,1	+25,0
Polen	+ 3,7	+ 5,2	+13,2	+ 9,0	+12,8	+14,9	+15,9	+14,2	+14,8	+15,7	+16,4	+16,1	+15,3
Schweiz	- 0,8	+ 0,5	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2020	2021	2022	2022				2022				2023
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Europa, MSCI Europa	- 4,3	+ 23,0	- 3,9	+ 11,4	- 2,3	- 10,1	- 12,3	- 13,4	- 15,2	- 11,7	- 10,0	- 7,2
Euro-Raum, STOXX 50	- 4,7	+ 22,9	- 6,6	+ 9,2	- 8,3	- 13,7	- 11,5	- 16,6	- 16,2	- 10,8	- 7,8	- 3,8
Deutschland, DAX 30	+ 1,9	+ 23,3	- 8,8	+ 5,7	- 9,7	- 16,7	- 12,8	- 18,6	- 17,7	- 11,7	- 9,2	- 5,5
Österreich, ATX	- 20,5	+ 42,5	- 7,0	+ 20,1	- 5,3	- 17,8	- 19,6	- 21,7	- 25,3	- 16,9	- 17,2	- 16,0
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 13,7	+ 11,6	+ 5,1	+ 11,6	+ 5,8	+ 3,0	+ 0,5	+ 1,8	- 2,7	+ 1,4	+ 2,7	+ 3,3
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	- 22,1	+ 20,4	- 14,6	+ 13,9	- 10,5	- 27,8	- 28,9	- 34,0	- 38,2	- 25,8	- 22,4	- 21,0
Tschechien, PX 50	- 11,6	+ 29,1	+ 6,4	+ 30,7	+ 16,9	- 3,0	- 13,1	- 9,1	- 14,2	- 9,8	- 15,2	- 10,5
Ungarn, BUX Index	- 10,2	+ 29,6	- 9,6	+ 10,7	- 9,5	- 17,8	- 18,2	- 23,2	- 26,6	- 16,5	- 11,3	- 12,5
Polen, WIG Index	- 13,9	+ 29,4	- 12,8	+ 13,4	- 9,1	- 24,6	- 25,5	- 30,9	- 35,5	- 23,8	- 16,9	- 13,2
Russland, RTS Index	- 4,0	+ 28,0	- 27,1	- 7,3	- 25,6	- 30,2	- 38,6	- 31,1	- 44,1	- 35,3	- 35,8	- 32,8
Amerika												
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 2,0	+ 26,4	- 3,2	+ 9,9	- 4,2	- 9,0	- 8,5	- 11,6	- 12,8	- 6,7	- 6,1	- 5,1
USA, S&P 500 Index	+ 10,5	+ 32,8	- 4,1	+ 15,5	- 1,9	- 10,0	- 16,3	- 13,4	- 16,5	- 16,1	- 16,3	- 13,4
Brasilien, BM&FBOVESPA	- 1,9	+ 18,4	- 6,2	- 4,6	- 12,1	- 11,1	+ 4,6	- 3,0	+ 4,9	+ 7,6	+ 1,8	+ 3,8
Asien												
Japan, Nikkei 225	+ 4,7	+ 27,0	- 5,5	- 6,4	- 7,2	- 3,3	- 5,0	- 8,3	- 5,6	- 5,0	- 4,6	- 4,7
China, Shanghai Index	+ 7,2	+ 13,1	- 8,9	- 3,0	- 9,5	- 8,7	- 14,0	- 13,1	- 15,9	- 13,0	- 13,6	- 9,6
Indien, Sensex 30 Index	- 1,1	+ 41,8	+ 7,5	+ 16,1	+ 9,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 0,1	- 3,0	+ 3,6	+ 7,1	+ 1,5

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	In %												
USA	0,6	0,1	2,2	0,4	1,4	2,8	4,3	2,8	3,2	3,9	4,5	4,5	4,6
Japan	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	.
Kanada	0,6	0,2	2,6	0,7	1,8	3,4	4,4	3,4	3,8	4,2	4,4	4,6	4,8
Euro-Raum	- 0,4	- 0,5	0,3	- 0,5	- 0,4	0,5	1,8	0,4	1,0	1,4	1,8	2,1	2,3
Tschechien	0,9	1,1	6,3	4,6	6,0	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3	7,2
Dänemark	- 0,2	- 0,2	0,6	- 0,3	- 0,1	0,8	2,1	0,7	1,3	1,8	2,1	2,3	2,6
Ungarn	0,7	1,4	10,0	4,8	6,8	12,1	16,2	12,0	13,1	16,7	15,5	16,5	16,7
Polen	0,6	0,6	6,2	3,8	6,6	7,1	7,3	7,1	7,2	7,5	7,3	7,0	7,0
Schweden	- 0,1	- 0,2	0,7	- 0,2	0,2	1,1	1,8	1,1	1,5	1,6	1,7	2,0	2,7
Vereinigtes Königreich	0,3	0,1	2,0	0,8	1,3	2,3	3,6	2,2	2,9	3,4	3,5	3,8	4,0
Norwegen	0,7	0,5	2,1	1,2	1,4	2,6	3,4	2,6	2,9	3,3	3,5	3,3	3,3
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,7	- 0,6	0,1	0,6	0,1	0,5	0,5	0,5	0,7	.

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	In %												
USA	0,9	1,4	3,0	1,9	2,9	3,1	3,8	2,9	3,5	4,0	3,9	3,6	3,5
Japan	- 0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,5
Kanada	0,8	1,4	2,8	1,9	3,0	3,0	3,2	2,9	3,1	3,4	3,2	2,9	2,9
Euro-Raum	0,2	0,2	2,0	0,8	2,0	2,3	3,0	2,1	2,8	3,2	2,9	3,0	3,0
Belgien	- 0,1	- 0,0	1,7	0,5	1,7	2,0	2,7	1,7	2,5	2,8	2,7	2,7	2,8
Deutschland	- 0,5	- 0,4	1,1	0,1	1,0	1,3	2,1	1,0	1,8	2,2	2,1	2,1	2,2
Irland	- 0,1	0,1	1,7	0,7	1,7	2,0	2,6	1,7	2,4	2,7	2,5	2,6	2,7
Griechenland	1,3	0,9	3,5	2,2	3,5	3,8	4,5	3,5	4,4	4,9	4,4	4,2	4,3
Spanien	0,4	0,3	2,2	1,0	2,1	2,5	3,1	2,2	2,9	3,3	3,1	3,1	3,2
Frankreich	- 0,1	0,0	1,7	0,6	1,6	1,9	2,7	1,7	2,4	2,8	2,6	2,6	2,7
Italien	1,2	0,8	3,2	1,7	3,0	3,6	4,3	3,3	4,1	4,5	4,2	4,3	4,2
Luxemburg	- 0,4	- 0,4	1,7	0,3	1,7	2,1	2,8	1,8	2,6	3,0	2,7	2,7	2,7
Niederlande	- 0,4	- 0,3	1,4	0,2	1,2	1,7	2,4	1,4	2,1	2,5	2,4	2,4	2,5
Österreich	- 0,2	- 0,1	1,7	0,5	1,6	1,9	2,8	1,7	2,5	2,9	2,7	2,7	2,8
Portugal	0,4	0,3	2,2	0,9	2,2	2,4	3,1	2,2	2,9	3,3	3,0	3,1	3,1
Finnland	- 0,2	- 0,1	1,7	0,5	1,6	2,0	2,8	1,6	2,5	2,9	2,7	2,7	2,8
Dänemark	- 0,4	- 0,1	1,5	0,4	1,4	1,7	2,4	1,4	2,2	2,6	2,4	2,3	2,4
Schweden	- 0,0	0,3	1,5	0,6	1,7	1,7	2,1	1,6	2,1	2,3	2,1	2,0	2,1
Vereinigtes Königreich	0,3	0,7	2,4	1,4	2,0	2,6	3,5	2,3	3,4	4,0	3,3	3,4	3,4
Norwegen	0,8	1,4	2,8	2,1	2,8	3,1	3,3	3,0	3,3	3,5	3,2	3,0	3,0
Schweiz	- 0,5	- 0,3	0,8	0,2	0,9	0,8	1,2	0,6	1,1	1,3	1,1	1,3	1,3

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,14	1,18	1,05	1,14	1,12	1,07	1,01	1,02	0,99	0,98	1,02	1,06	1,08
Yen	121,78	129,86	138,01	130,04	130,46	138,14	139,20	144,22	141,57	144,73	145,12	142,82	140,54
Schweizer Franken	1,07	1,08	1,01	1,05	1,04	1,03	0,97	0,98	0,96	0,98	0,98	0,99	1,00
Pfund Sterling	0,89	0,86	0,85	0,85	0,84	0,85	0,86	0,87	0,87	0,87	0,87	0,87	0,88
Schwedische Krone	10,49	10,14	10,63	10,12	10,48	10,47	10,62	10,94	10,78	10,95	10,88	10,99	11,21
Dänische Krone	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44
Norwegische Krone	10,72	10,16	10,10	9,97	9,93	10,02	10,06	10,39	10,17	10,39	10,34	10,45	10,71
Tschechische Krone	26,46	25,65	24,56	25,38	24,64	24,63	24,58	24,39	24,58	24,53	24,37	24,27	23,96
Russischer Rubel	82,65	87,23	73,88	83,13	98,28	71,97	60,66	64,61	59,50	61,01	62,30	70,53	75,37
Ungarischer Forint	351,21	358,46	390,94	364,27	364,10	385,33	403,46	410,89	404,19	418,31	406,68	407,68	396,03
Polnischer Zloty	4,44	4,56	4,68	4,62	4,62	4,65	4,74	4,73	4,74	4,80	4,70	4,68	4,70
Neuer Rumänischer Leu	4,84	4,92	4,93	4,95	4,95	4,94	4,91	4,92	4,91	4,93	4,91	4,92	4,92
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,87	7,63	7,08	7,31	7,13	7,04	6,90	7,26	6,95	7,07	7,32	7,39	7,32
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 1,5	+ 0,6	- 1,5	- 1,1	- 0,9	- 2,0	- 2,3	- 0,9	- 2,3	- 1,6	- 0,9	- 0,3	+ 3,7
Industriewaren	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	- 1,1	- 1,1	- 2,0	- 2,3	- 0,7	- 2,2	- 1,5	- 0,7	- 0,0	+ 2,4
Real	+ 1,8	+ 0,2	- 2,0	- 2,3	- 2,0	- 2,9	- 2,5	- 0,6	- 2,2	- 1,3	- 0,6	+ 0,2	.
Industriewaren	+ 1,7	+ 0,2	- 1,7	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 2,1	+ 0,0	- 1,7	- 0,8	+ 0,0	+ 0,8	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 23,3	+ 87,6	+ 57,2	+ 95,3	+ 80,3	+ 63,6	+ 14,2	+ 76,8	+ 52,4	+ 7,2	+ 19,6	+ 16,5	- 7,1
Ohne Energierohstoffe	+ 2,9	+ 43,2	+ 4,8	+ 24,3	+ 9,2	- 4,0	- 9,1	- 2,3	- 3,8	- 9,5	- 8,1	- 9,6	- 12,6
Auf Euro-Basis	- 24,9	+ 82,4	+ 76,4	+ 110,5	+ 104,1	+ 91,7	+ 28,1	+ 105,8	+ 81,1	+ 26,6	+ 33,8	+ 24,3	- 2,5
Ohne Energierohstoffe	+ 0,8	+ 38,5	+ 17,4	+ 33,6	+ 23,5	+ 12,4	+ 1,9	+ 13,5	+ 14,3	+ 6,9	+ 2,7	- 3,6	- 8,3
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,6	+ 33,5	+ 33,8	+ 37,2	+ 46,1	+ 36,0	+ 17,8	+ 33,4	+ 39,0	+ 30,4	+ 16,5	+ 7,7	+ 5,3
Industrierohstoffe	- 0,7	+ 41,3	+ 8,7	+ 31,5	+ 12,3	+ 0,0	- 7,0	+ 3,0	+ 1,2	- 5,7	- 5,3	- 10,0	- 15,7
Energierohstoffe	- 31,4	+ 98,6	+ 91,7	+ 136,3	+ 130,7	+ 111,2	+ 33,1	+ 129,3	+ 95,6	+ 30,0	+ 40,0	+ 29,8	- 1,3
Rohöl	- 33,4	+ 60,3	+ 56,0	+ 72,1	+ 83,7	+ 55,7	+ 22,1	+ 60,4	+ 43,8	+ 29,6	+ 21,9	+ 14,1	+ 1,4

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2021			2022			
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes														
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 4,7	+ 0,3	+ 1,8	+13,0	+ 5,4	+ 6,0	+ 9,2	+ 6,1	+ 1,7	
Exporte	+ 5,2	+ 4,0	-10,7	+ 9,6	+ 8,8	+ 0,3	+ 3,3	+26,5	+12,8	+13,7	+18,6	+11,2	+ 3,7	
Importe	+ 5,3	+ 2,1	- 9,2	+13,7	+ 5,1	+ 0,9	+ 3,2	+26,1	+15,9	+14,5	+12,3	+ 3,8	+ 0,0	
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,4	+ 0,4	- 5,5	+ 6,5	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,7	+12,7	+ 6,7	+ 6,2	+ 5,7	+ 2,0	- 0,4	
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,2	+ 0,7	- 6,0	+ 4,8	+ 3,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 9,9	+ 7,5	+ 7,2	+10,2	+ 5,4	- 1,0	
Private Haushalte ²⁾	+ 1,1	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 3,8	+ 1,3	+ 1,7	+ 9,8	+ 6,9	+ 6,6	+12,4	+ 6,5	- 2,0	
Staat	+ 1,3	+ 1,3	- 0,5	+ 7,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,6	+10,1	+ 9,2	+ 8,4	+ 5,5	+ 2,8	+ 1,5	
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 6,1	- 0,7	- 4,8	+11,4	+ 0,5	- 0,1	+ 2,7	+21,0	+ 4,7	+ 4,5	- 3,7	- 5,2	+ 0,8	
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,4	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	- 1,0	+ 0,2	+ 2,2	+23,5	+ 3,2	+ 3,8	+ 1,1	- 4,5	- 3,0	
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 1,2	+ 1,6	- 9,5	+16,0	- 6,5	- 1,5	+ 2,5	+47,2	+ 3,0	+ 7,3	- 1,1	-14,5	- 8,1	
Bauten	+ 5,6	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,7	+17,5	+ 1,9	- 0,1	+ 1,8	- 1,2	- 3,7	
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 6,8	+10,8	- 3,4	+ 5,1	+ 4,5	+ 2,0	+ 5,0	+ 6,6	+ 6,4	+ 7,6	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,4	
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen														
Herstellung von Waren	+ 4,5	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 3,0	- 2,2	+ 1,5	+24,0	+ 7,1	+ 5,4	+ 5,6	+ 5,6	+ 1,1	
Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)														
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes														
Bruttoinlandsprodukt	+ 4,1	+ 4,3	- 1,4	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,2								
Exporte	+ 9,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 0,4	+ 3,4	- 1,6								
Importe	+ 5,2	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,3	- 1,5	- 1,0								
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,0	+ 3,1	- 1,7	+ 1,7	- 0,9	+ 0,6								
Konsumausgaben insgesamt	+ 4,7	+ 6,2	- 2,5	+ 1,8	+ 0,0	- 0,2								
Private Haushalte ²⁾	+ 4,7	+ 8,3	- 4,1	+ 3,4	- 0,7	- 0,3								
Staat	+ 4,5	+ 1,4	+ 1,5	- 1,8	+ 1,8	+ 0,1								
Bruttoinvestitionen ³⁾	- 1,6	- 8,7	+ 5,4	+ 1,3	- 1,6	- 4,7								
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	- 4,1	+ 1,0	+ 1,6	- 2,1	- 3,5								
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 5,6	-12,3	+ 3,6	+ 1,4	- 5,2	- 8,5								
Bauten	+ 0,8	- 0,6	- 1,2	+ 2,3	- 1,5	- 2,6								
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0								
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen														
Herstellung von Waren	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,2	- 1,4								

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾ Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – ⁴⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2021			2022			
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,3	+ 3,8	- 2,9	+ 6,1	+ 9,0	+ 5,7	+ 5,9							
Arbeitnehmerentgelte	+ 5,1	+ 4,2	- 0,3	+ 4,7	+ 6,8	+ 8,6	+ 8,2	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,7	+ 9,8	+ 8,6	+ 6,2	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,4	+ 7,2	+ 7,4	+ 1,8	+ 0,5	+19,9	+ 6,5	- 2,3	+ 4,9	+ 2,6	+ 8,1	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,6	+ 0,2	- 4,6	+ 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 7,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,8	+ 2,4	- 0,3	
BIP nominell	Mrd. €	385,27	397,17	381,04	406,15	446,31	471,05	498,34	101,31	104,26	108,44	104,11	112,46	112,48
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	43.594	44.738	42.733	45.372	49.379	51.713	54.363	11.331	11.639	12.085	11.566	12.439	12.395
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 4,8	+ 3,5	+ 0,2	+ 1,0	+16,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 6,5	+ 2,7	+ 0,1	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 0,5	- 0,1	+ 2,5	- 0,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,8	- 2,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,3	+ 1,6	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2021	2022			2022		2022			2023	
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Indexpunkte (saisonbereinigt)										
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	+ 16,2	+ 15,6	+ 20,2	+ 8,1	+ 4,3	+ 8,5	+ 5,3	+ 2,9	+ 4,2	+ 5,7	+ 6,4
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 17,2	+ 16,6	+ 25,9	+ 13,2	+ 8,6	+ 13,1	+ 9,6	+ 7,8	+ 7,5	+ 10,4	+ 11,5
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 15,2	+ 14,7	+ 14,6	+ 3,0	- 0,0	+ 3,8	+ 0,9	- 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,2
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche											
Sachgütererzeugung	+ 20,2	+ 17,5	+ 17,9	+ 5,8	- 1,9	+ 5,6	+ 3,7	- 2,2	- 1,6	- 2,0	- 1,3
Bauwirtschaft	+ 37,6	+ 39,7	+ 39,2	+ 29,6	+ 27,5	+ 28,7	+ 27,8	+ 29,8	+ 26,5	+ 26,3	+ 22,8
Dienstleistungen	+ 14,1	+ 14,3	+ 23,3	+ 9,7	+ 6,6	+ 10,8	+ 6,2	+ 3,8	+ 6,7	+ 9,2	+ 10,5

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnev@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

	Umsätze im Gesamtreise- verkehr	Wintersaison 2021/22			November bis Dezember 2022		
		Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Insgesamt	Übernachtungen ²⁾ Aus dem Inland	Aus dem Ausland
Veränderung gegen den Vergleichszeitraum der Vorkrisensaison 2018/19 in %							
Österreich	- 29,6	- 27,7	- 21,5	- 29,5	+ 10,4	- 5,8	- 5,8
Wien	- 59,5	- 57,3	- 43,7	- 60,4	+ 5,4	- 9,5	- 7,1
Niederösterreich	- 28,3	- 30,1	- 24,2	- 42,6	+ 4,6	- 10,7	- 9,0
Burgenland	- 18,7	- 19,8	- 20,4	- 16,3	+ 7,9	- 7,2	- 10,7
Steiermark	- 18,5	- 19,6	- 18,1	- 22,3	+ 11,7	- 5,0	- 8,8
Kärnten	- 28,0	- 27,3	- 10,2	- 37,5	+ 8,2	- 7,5	+ 1,3
Oberösterreich	- 22,9	- 28,5	- 23,8	- 35,6	+ 15,7	- 3,0	- 3,2
Salzburg	- 27,9	- 25,2	- 21,2	- 26,3	+ 13,3	- 2,3	- 2,0
Tirol	- 26,0	- 24,0	- 17,4	- 24,4	+ 11,4	- 5,6	- 5,9
Vorarlberg	- 19,4	- 19,2	- 12,9	- 19,8	+ 13,5	- 3,7	- 5,1

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) Schätzung. – 2) Endgültige Werte. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, anna.burton@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

	2021	2022	2021	2022	2019	2020	2021	2022	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
	Mrd. €	Jänner bis November	Anteile in %	Jänner bis November			Jänner bis November	Juli	August	September	Oktober	November	
Warenexporte insgesamt	165,6	179,1	100,0	100,0	+ 2,3	- 7,1	+ 16,1	+ 18,1	+ 11,1	+ 19,6	+ 19,6	+ 16,4	+ 14,7
Intra-EU 27 (ab 2020)	112,8	123,2	68,1	68,8	+ 1,7	- 5,9	+ 17,0	+ 19,1	+ 11,1	+ 20,7	+ 19,9	+ 16,1	+ 16,4
Deutschland	49,9	53,5	30,2	29,9	- 0,4	- 3,6	+ 15,0	+ 16,8	+ 13,1	+ 25,6	+ 20,2	+ 18,1	+ 16,1
Italien	11,2	12,2	6,8	6,8	- 0,1	- 9,5	+ 27,1	+ 18,5	+ 7,2	+ 20,7	+ 10,0	+ 8,8	+ 6,2
Frankreich	6,3	7,1	3,8	4,0	+ 4,8	- 9,2	+ 2,9	+ 23,7	+ 9,9	+ 31,4	+ 77,0	+ 14,1	+ 4,7
EU-Länder seit 2004	31,6	35,8	19,1	20,0	+ 2,7	- 5,6	+ 19,9	+ 23,7	+ 10,2	+ 15,4	+ 14,9	+ 19,0	+ 20,3
5 EU-Länder ¹⁾	25,4	28,6	15,3	16,0	+ 3,1	- 5,5	+ 19,5	+ 22,8	+ 6,3	+ 14,5	+ 13,2	+ 17,3	+ 18,7
Tschechien	6,0	6,6	3,6	3,7	- 4,6	- 6,0	+ 18,6	+ 18,7	- 0,5	+ 12,1	+ 15,2	+ 12,3	+ 13,1
Ungarn	6,1	7,2	3,7	4,0	+ 9,3	- 11,4	+ 24,0	+ 28,8	+ 4,4	+ 21,3	+ 11,9	+ 18,6	+ 23,2
Polen	6,6	6,8	4,0	3,8	+ 8,1	+ 6,6	+ 19,3	+ 12,0	+ 3,9	+ 6,9	+ 3,6	+ 7,6	+ 10,0
Extra-EU 27 (ab 2020)	52,8	55,9	31,9	31,2	+ 3,5	- 9,6	+ 14,4	+ 15,8	+ 11,0	+ 17,4	+ 18,8	+ 17,3	+ 11,1
Schweiz	8,2	9,2	4,9	5,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 9,3	+ 22,3	+ 7,1	+ 22,9	+ 12,1	+ 40,5	+ 25,1
Vereinigtes Königreich	4,4	4,7	2,7	2,6	+ 7,1	- 9,3	+ 8,8	+ 14,6	- 2,3	+ 19,5	+ 4,1	+ 4,8	+ 6,9
Westbalkanländer	1,7	1,8	1,0	1,0	+ 12,8	- 10,4	+ 21,4	+ 21,7	+ 25,6	+ 10,6	+ 18,0	+ 16,0	+ 0,1
GUS-Europa	2,2	1,9	1,3	1,0	+ 11,5	- 11,6	- 3,4	- 8,9	+ 2,9	- 14,0	- 21,7	- 27,9	- 22,7
Russland	2,0	1,7	1,2	0,9	+ 12,3	- 10,3	- 5,7	- 8,2	+ 5,1	- 14,3	- 21,2	- 28,7	- 23,8
Industrieländer in Übersee	18,1	19,6	10,9	10,9	+ 0,4	- 11,9	+ 18,4	+ 18,5	+ 14,6	+ 16,4	+ 38,3	+ 25,0	+ 13,8
USA	11,1	11,8	6,7	6,6	- 3,4	- 9,2	+ 19,4	+ 16,8	+ 14,4	+ 13,3	+ 29,9	+ 24,6	+ 5,3
China	4,8	4,8	2,9	2,7	+ 10,0	- 12,2	+ 23,1	+ 9,6	+ 10,4	+ 29,3	- 1,0	+ 1,2	- 1,9
Japan	1,7	1,7	1,0	0,9	+ 5,5	- 5,6	+ 12,0	+ 8,6	+ 4,7	+ 7,9	+ 12,4	+ 24,0	- 0,1
Agrarwaren	13,0	13,9	7,9	7,8	+ 6,7	+ 3,1	+ 8,6	+ 16,6	+ 13,4	+ 24,7	+ 15,8	+ 20,0	+ 15,9
Roh- und Brennstoffe	10,0	12,7	6,0	7,1	+ 2,0	- 14,8	+ 41,2	+ 40,7	+ 12,8	+ 22,5	+ 21,9	+ 17,7	+ 22,7
Industriewaren	142,5	152,5	86,1	85,2	+ 1,9	- 7,5	+ 15,4	+ 16,6	+ 10,7	+ 18,9	+ 19,7	+ 16,0	+ 14,0
Chemische Erzeugnisse	25,3	26,9	15,3	15,0	+ 8,4	+ 2,8	+ 14,0	+ 16,3	+ 9,2	+ 12,8	+ 24,5	+ 18,4	+ 10,0
Bearbeitete Waren	35,3	40,2	21,3	22,4	- 3,2	- 9,9	+ 23,0	+ 23,1	+ 15,3	+ 19,5	+ 19,5	+ 15,6	+ 9,8
Maschinen, Fahrzeuge	61,3	63,2	37,0	35,3	+ 2,5	- 11,9	+ 12,7	+ 12,5	+ 9,9	+ 19,3	+ 19,2	+ 13,7	+ 16,7
Konsumnahe Fertigwaren	17,7	18,5	10,7	10,4	+ 1,8	- 7,3	+ 10,8	+ 14,5	+ 10,3	+ 17,9	+ 15,7	+ 16,1	+ 14,7
Warenimporte insgesamt	178,4	197,0	100,0	100,0	+ 1,1	- 8,5	+ 23,6	+ 21,1	+ 14,1	+ 26,8	+ 21,6	+ 19,4	+ 17,8
Intra-EU 27 (ab 2020)	118,9	128,3	66,7	65,1	+ 0,3	- 8,4	+ 20,4	+ 17,9	+ 14,2	+ 25,7	+ 21,5	+ 15,0	+ 8,3
Deutschland	59,2	63,5	33,1	32,2	- 1,1	- 8,5	+ 17,1	+ 17,0	+ 13,1	+ 27,5	+ 21,7	+ 16,4	+ 6,6
Italien	11,6	12,1	6,5	6,1	+ 4,1	- 12,0	+ 26,9	+ 14,0	+ 13,5	+ 12,9	+ 11,4	+ 6,8	+ 3,7
Frankreich	4,5	4,7	2,5	2,4	- 1,4	- 11,4	+ 21,4	+ 12,8	+ 7,6	+ 18,4	+ 13,7	+ 3,2	+ 20,1
EU-Länder seit 2004	28,5	31,7	16,0	16,1	+ 1,2	- 6,6	+ 26,6	+ 21,6	+ 21,3	+ 31,5	+ 26,8	+ 13,4	+ 5,3
5 EU-Länder ¹⁾	24,2	27,0	13,6	13,7	+ 1,1	- 8,6	+ 25,7	+ 22,4	+ 22,5	+ 36,3	+ 28,4	+ 13,2	+ 4,2
Tschechien	7,8	9,0	4,3	4,6	- 2,4	- 9,3	+ 29,1	+ 27,6	+ 30,0	+ 53,6	+ 25,6	+ 11,7	+ 7,8
Ungarn	4,7	5,0	2,6	2,5	+ 2,5	- 9,9	+ 21,0	+ 15,5	+ 19,5	+ 31,2	+ 11,6	+ 0,6	- 0,1
Polen	5,8	6,3	3,2	3,2	+ 11,0	- 3,4	+ 28,3	+ 18,8	+ 28,0	+ 22,5	+ 21,1	+ 9,7	+ 6,8
Extra-EU 27 (ab 2020)	59,5	68,7	33,3	34,9	+ 2,8	- 8,7	+ 30,3	+ 27,4	+ 14,0	+ 28,9	+ 21,8	+ 27,8	+ 37,4
Schweiz	9,7	9,1	5,5	4,6	- 10,8	+ 25,5	+ 27,7	+ 1,7	- 18,8	+ 53,7	+ 7,3	- 16,3	+ 7,3
Vereinigtes Königreich	2,8	3,3	1,6	1,7	- 1,3	- 24,2	+ 29,6	+ 45,8	+ 156,9	+ 29,5	+ 6,0	+ 29,1	+ 8,8
Westbalkanländer	1,6	2,0	0,9	1,0	+ 16,0	- 10,3	+ 25,0	+ 30,6	+ 22,3	+ 29,0	+ 18,3	+ 26,9	+ 27,0
GUS-Europa	4,7	7,7	2,7	3,9	- 15,9	- 20,7	+ 110,5	+ 89,9	+ 11,7	+ 33,0	+ 2,0	+ 92,1	+ 23,8
Russland	4,7	7,7	2,6	3,9	- 16,1	- 21,4	+ 115,1	+ 91,4	+ 11,9	+ 33,4	+ 2,3	+ 92,5	+ 24,1
Industrieländer in Übersee	10,0	11,2	5,6	5,7	+ 10,6	- 19,4	+ 12,2	+ 21,8	+ 18,3	+ 16,9	+ 30,6	+ 21,4	+ 95,1
USA	5,7	6,6	3,2	3,4	+ 18,5	- 25,9	+ 8,4	+ 25,7	+ 23,5	+ 4,7	+ 38,9	+ 30,4	+ 154,5
China	13,1	15,8	7,3	8,0	+ 7,9	+ 3,7	+ 28,7	+ 33,5	+ 36,0	+ 50,1	+ 45,7	+ 34,7	+ 37,3
Japan	2,2	2,3	1,3	1,2	+ 0,2	- 8,7	+ 9,4	+ 11,4	- 3,6	+ 19,9	+ 12,8	+ 4,1	+ 7,8
Agrarwaren	12,6	13,5	7,0	6,9	+ 4,7	- 0,4	+ 8,1	+ 18,6	+ 12,7	+ 21,5	+ 12,8	+ 18,6	+ 18,4
Roh- und Brennstoffe	22,1	32,1	12,4	16,3	- 4,0	- 23,4	+ 57,3	+ 62,9	+ 44,1	+ 53,4	+ 39,9	+ 56,3	+ 26,4
Industriewaren	143,7	151,4	80,5	76,8	+ 1,6	- 7,1	+ 21,1	+ 15,0	+ 9,7	+ 22,6	+ 19,3	+ 12,5	+ 16,2
Chemische Erzeugnisse	26,2	27,6	14,7	14,0	+ 3,1	- 4,1	+ 25,2	+ 15,0	+ 3,7	+ 18,6	+ 16,7	+ 6,9	+ 40,2
Bearbeitete Waren	29,1	32,6	16,3	16,6	- 2,2	- 6,1	+ 26,9	+ 21,2	+ 9,8	+ 20,1	+ 12,9	+ 7,6	+ 3,2
Maschinen, Fahrzeuge	59,1	60,1	33,1	30,5	+ 3,7	- 11,2	+ 17,1	+ 10,8	+ 10,2	+ 18,5	+ 21,1	+ 15,9	+ 17,1
Konsumnahe Fertigwaren	24,6	25,1	13,8	12,8	+ 3,1	- 7,9	+ 12,8	+ 11,8	+ 6,7	+ 18,8	+ 13,1	+ 10,1	+ 7,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2018	2019	2020	2021	2021		2022		2022				
					III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juli	August	September	Oktober
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Marktentwicklung													
Milchanlieferung ¹⁾	3.391	3.378	3.384	3.403	+ 0,9	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,0
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.493	2.691	2.962	2.734
BEE ³⁾ Rindfleisch	218	215	205	200	- 1,3	+ 0,3	- 3,0	+ 1,5	- 3,1	- 11,1	+ 4,5	- 3,3	- 3,2
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	+ 13,2	+ 17,6	+ 11,6	+ 17,8	- 44,0	- 33,3	- 68,1	- 29,3	- 55,3
BEE ³⁾ Schweinefleisch	468	468	475	479	- 0,8	- 1,1	- 4,6	- 3,7	- 5,5	- 6,7	- 3,1	- 6,6	+ 1,2
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	110	116	125	129	+ 3,9	+ 3,8	- 2,0	- 5,3	- 8,6	- 2,2	- 14,7	- 8,8	- 8,5
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	359	359	366	384	+ 5,5	+ 5,5	+ 12,3	+ 24,3	+ 35,4	+ 32,5	+ 34,9	+ 38,8	+ 41,1
Qualitätsweizen ⁵⁾	159	166	161	225	+ 55,8	+ 70,0	+ 85,1	+ 83,4	+ 34,7	+ 32,6	+ 23,2	+ 49,7	+ 45,8
Körnermais ⁵⁾	149	143	143	204	+ 61,6	+ 51,0	+ 44,0	+ 55,2	+ 34,4	+ 34,2	+ 40,3	+ 28,9	+ 52,1
Jungtiere (Handelsklasse R3) ⁶⁾⁷⁾	3.868	3.703	3.650	3.990	+ 9,5	+ 14,9	+ 20,2	+ 26,1	+ 19,1	+ 20,4	+ 18,9	+ 18,0	+ 17,1
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.487	1.757	1.678	1.565	+ 2,1	+ 4,2	+ 10,1	+ 22,5	+ 32,1	+ 22,6	+ 31,9	+ 42,4	+ 39,9
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.731	2.665	2.385	2.419	- 0,1	+ 1,3	+ 4,3	+ 10,9	+ 26,3	+ 24,0	+ 28,1	+ 26,8	+ 28,8

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitslagsbereinigt)													
Insgesamt	- 7,1	+ 11,0	+ 5,6	+ 8,0	+ 7,7	+ 5,1	+ 2,1	+ 3,3	+ 5,6	+ 6,5	+ 4,6	+ 4,0	- 2,5
Vorleistungen	- 4,6	+ 10,9	+ 5,9	+ 10,6	+ 8,6	+ 4,9	- 0,4	+ 4,8	+ 6,1	+ 3,8	+ 6,0	- 0,9	- 7,1
Investitionsgüter	- 12,4	+ 15,4	+ 6,3	+ 5,3	+ 7,8	+ 8,4	+ 4,1	+ 4,7	+ 7,1	+ 12,9	+ 3,6	+ 9,5	- 0,5
Kfz	- 17,7	+ 8,3	+ 0,8	- 17,4	+ 2,7	+ 10,0	+ 11,6	+ 4,9	+ 0,1	+ 23,2	+ 8,2	+ 14,2	+ 12,6
Konsumgüter	- 3,0	+ 4,5	+ 5,1	+ 7,3	+ 5,8	+ 3,1	+ 4,3	- 1,7	+ 5,7	+ 5,5	+ 5,7	+ 5,4	+ 1,6
Langlebige Konsumgüter	- 0,5	+ 13,4	+ 5,6	+ 10,7	+ 5,0	+ 4,3	+ 3,0	- 7,9	+ 15,3	+ 9,1	+ 11,7	+ 6,6	- 9,9
Kurzlebige Konsumgüter	- 3,6	+ 2,1	+ 5,0	+ 6,5	+ 6,1	+ 2,7	+ 4,7	+ 0,3	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,2	+ 5,2	+ 4,7
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	- 1,3	+ 0,6	.	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	.	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	.	.
Geleistete Stunden	- 4,6	+ 5,5	.	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,4	.	- 0,9	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,8	.	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	- 5,9	+ 10,3	.	+ 5,9	+ 5,6	+ 3,0	.	+ 1,2	+ 3,6	+ 4,3	+ 2,4	.	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 2,1	+ 5,2	.	+ 6,8	+ 6,3	+ 2,4	.	+ 0,7	+ 4,0	+ 4,9	+ 3,2	.	.
Aufträge													
Auftragseingänge	- 7,4	+ 30,0	.	+ 13,5	+ 7,3	+ 14,1	.	+ 5,1	+ 19,7	+ 18,1	+ 4,9	.	.
Inland	- 4,5	+ 28,7	.	+ 21,1	+ 11,5	+ 2,7	.	- 2,6	+ 10,7	+ 1,1	+ 0,7	.	.
Ausland	- 8,3	+ 30,4	.	+ 11,3	+ 6,0	+ 17,9	.	+ 7,8	+ 22,6	+ 23,7	+ 6,3	.	.
Auftragsbestand	- 1,6	+ 20,4	.	+ 28,9	+ 25,2	+ 20,1	.	+ 20,0	+ 20,3	+ 20,1	+ 17,6	.	.
Inland	+ 6,2	+ 23,5	.	+ 34,0	+ 31,0	+ 19,7	.	+ 23,0	+ 20,3	+ 15,9	+ 12,0	.	.
Ausland	- 3,2	+ 19,7	.	+ 27,7	+ 23,8	+ 20,2	.	+ 19,3	+ 20,3	+ 21,1	+ 19,0	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: tim.slickers@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2021	2022				2022					2023	
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾											
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	+ 20,2	+ 17,5	+ 17,9	+ 5,8	- 1,9	+ 5,6	+ 3,7	- 2,2	- 1,6	- 2,0	- 1,3	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 21,7	+ 20,6	+ 25,4	+ 12,6	+ 4,6	+ 11,6	+ 10,4	+ 5,8	+ 4,1	+ 3,9	+ 2,6	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 18,7	+ 14,4	+ 10,4	- 1,0	- 8,5	- 0,3	- 2,9	- 10,1	- 7,3	- 8,1	- 5,3	
	In % der Unternehmen (saisonbereinigt)											
Auftragsbestände zumindest ausreichend	80,8	81,8	87,8	80,3	74,9	79,3	79,0	75,0	74,3	75,3	72,3	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	75,2	76,2	81,3	74,8	70,0	74,1	73,2	71,4	68,7	69,9	66,8	
	Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)											
Fertigwarenlager zur Zeit	- 9,3	- 6,3	- 4,4	+ 1,8	+ 7,2	+ 2,7	+ 1,1	+ 6,3	+ 5,1	+ 10,3	+ 9,3	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+ 20,9	+ 16,4	+ 12,8	+ 0,6	- 4,8	+ 1,9	- 1,6	- 6,0	- 4,5	- 3,8	- 0,8	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	+ 12,4	+ 8,0	+ 1,5	- 13,7	- 23,2	- 13,4	- 16,6	- 26,7	- 21,3	- 21,6	- 16,6	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 56,5	+ 59,1	+ 67,3	+ 54,1	+ 51,2	+ 51,0	+ 54,6	+ 58,6	+ 51,4	+ 43,7	+ 39,4	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November		Dezember
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	- 1,7	+ 16,7	.	+ 17,9	+ 14,9	+ 11,5	.	+ 15,1	+ 11,5	+ 12,7	.	.	
Hochbau	- 2,9	+ 20,8	.	+ 23,7	+ 18,2	+ 12,1	.	+ 17,8	+ 8,6	+ 6,9	.	.	
Tiefbau	- 2,4	+ 14,5	.	+ 18,7	+ 8,0	+ 11,9	.	+ 11,0	+ 15,7	+ 12,1	.	.	
Baunebengewerbe ³⁾	- 0,6	+ 14,7	.	+ 14,1	+ 14,8	+ 11,0	.	+ 14,6	+ 11,9	+ 16,8	.	.	
Auftragsbestände	- 0,9	+ 18,4	.	+ 13,7	+ 6,3	+ 6,5	.	+ 8,0	+ 7,1	+ 7,9	.	.	
Auftragseingänge	+ 2,3	+ 33,0	.	- 5,9	- 1,3	+ 9,3	.	+ 12,6	+ 3,9	+ 13,2	.	.	
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 0,1	+ 5,1	+ 1,5	+ 4,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	- 0,5	+ 0,4
Arbeitslose	+ 29,9	- 18,7	- 12,8	- 17,2	- 19,9	- 10,6	- 1,5	- 9,1	- 8,6	- 4,1	- 6,4	+ 1,1	+ 1,1
Offene Stellen	+ 2,2	+ 24,9	+ 3,1	+ 28,1	+ 2,3	- 6,7	- 7,2	- 8,2	- 9,7	- 12,8	- 5,6	+ 0,5	- 22,2
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,6	+ 5,3	.	+ 8,7	+ 9,9	+ 10,3	+ 10,0
Hochbau	+ 3,2	+ 8,2	.	+ 14,1	+ 15,9	+ 16,4	+ 15,6
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,2	+ 8,0	.	+ 13,5	+ 15,3	+ 15,8	+ 15,2
Sonstiger Hochbau	+ 3,1	+ 8,6	.	+ 14,9	+ 16,8	+ 17,3	+ 16,2
Tiefbau	+ 1,8	+ 1,4	.	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,3

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: Fortschreibung der endgültigen Werte 2021 mit den Veränderungsdaten der vorläufigen Datenstände 2021 und 2022. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 1,2	- 5,3	+ 11,2	+ 11,3	+ 15,2	+ 11,0	+ 11,8	+ 6,7	+ 8,6	+ 13,2	+ 13,5	+ 8,1	+ 9,9
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,6	- 10,7	+ 12,1	- 1,1	- 1,8	- 9,0	+ 0,1	- 9,9	- 7,0	+ 3,9	+ 3,9	- 1,0	+ 6,6
Großhandel	+ 0,9	- 7,0	+ 14,9	+ 18,9	+ 24,1	+ 18,7	+ 16,6	+ 12,5	+ 14,9	+ 18,8	+ 16,3	+ 11,7	+ 10,3
Einzelhandel	+ 2,1	+ 0,1	+ 5,1	+ 5,3	+ 8,3	+ 7,1	+ 8,2	+ 4,3	+ 4,5	+ 7,5	+ 12,7	+ 5,8	+ 10,7
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 0,6	- 4,8	+ 4,7	+ 2,2	+ 3,5	- 3,3	- 2,2	- 7,2	- 5,5	- 0,9	- 0,2	- 4,8	- 1,3
Kfz-Handel und -Reparatur	- 1,2	- 12,5	+ 9,2	- 5,1	- 8,5	- 17,2	- 10,6	- 18,6	- 16,6	- 7,2	- 7,6	- 11,9	- 4,7
Großhandel	+ 0,6	- 5,3	+ 4,6	+ 4,5	+ 7,7	- 0,3	- 0,2	- 5,1	- 2,7	+ 1,9	+ 0,2	- 3,0	- 1,2
Einzelhandel	+ 1,2	- 0,2	+ 3,0	+ 1,7	+ 2,2	- 1,6	- 2,0	- 5,3	- 5,4	- 2,6	+ 2,3	- 4,8	± 0,0
Beschäftigte ²⁾	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,9	- 1,8	- 0,6	- 0,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3
Großhandel	+ 0,9	- 1,5	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,8	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0
Einzelhandel	- 0,4	- 1,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,7	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November		Dezember
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	- 8,0	+ 3,6	.	+ 12,4	+ 6,5	- 2,0	
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,2	+ 4,4	.	- 4,2	- 4,8	- 1,2	
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	13,3	12,0	.	10,1	8,2	9,5	
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 10,1	- 4,9	- 24,5	- 12,5	- 23,9	- 32,1	- 29,6	- 31,1	- 31,6	- 30,3	- 29,2	- 29,4	- 24,6
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 2,7	- 5,5	- 17,2	- 6,5	- 14,9	- 23,4	- 24,1	- 24,3	- 22,2	- 22,7	- 23,8	- 25,7	- 21,0
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 0,3	+ 2,7	- 18,8	- 7,6	- 17,8	- 26,6	- 23,1	- 25,8	- 27,7	- 26,2	- 21,3	- 21,8	- 14,5
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	- 21,8	- 3,2	- 34,9	- 16,7	- 39,1	- 44,5	- 39,2	- 41,1	- 44,7	- 41,4	- 40,3	- 36,0	- 30,4
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 16,0	- 13,6	- 27,2	- 19,2	- 23,6	- 33,7	- 32,2	- 33,2	- 31,8	- 31,0	- 31,3	- 34,3	- 32,6

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Güterverkehr													
Verkehrsleistung													
Straße	- 0,9	+ 4,4	.	+ 0,3	- 2,5	- 4,8	+ 1,4
Schiene	- 5,7	+ 6,3	.	+ 6,7	+ 0,3	- 2,2
Luffahrt ¹⁾	- 26,6	+ 19,4	.	+ 2,5	- 8,4	- 1,3	.	+ 4,1	+ 2,4	- 2,3	- 6,6	.	.
Binnenschifffahrt	- 10,2	- 1,5	.	- 2,5	+ 6,4	- 56,7	.	- 69,6	- 60,9
Lkw-Fahrleistung ²⁾	- 4,6	+ 8,8	+ 0,1	+ 2,3	+ 0,5	- 1,0	- 1,6	+ 1,3	- 0,0	- 0,5	- 1,0	- 3,7	+ 1,4
Neuzulassungen Lkw ³⁾	- 17,1	+ 60,5	- 66,2	- 55,1	- 72,0	- 68,2	- 64,5	- 69,7	- 66,0	- 82,7	- 22,5	- 42,5	+ 35,1
Personenverkehr													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 24,5	- 3,6	- 10,3	- 17,5	- 20,7	- 1,6	+ 3,8	+ 0,5	+ 16,1	+ 8,9	+ 3,8	- 0,3	+ 20,7
Bahn (Personenkilometer)	- 44,4	+ 13,7
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	- 74,3	+ 20,1	.	+ 542,2	+ 383,2	+ 71,3	.	+ 57,5	+ 68,7	+ 56,0	+ 70,5	.	.
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 3,8	- 0,4	+ 3,0	+ 5,7	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8
Arbeitslose	+ 52,0	- 22,6	- 22,9	- 35,2	- 26,5	- 14,9	- 6,9	- 13,9	- 12,0	- 6,6	- 7,6	- 6,6	- 3,3
Offene Stellen	- 31,4	+ 63,8	+ 41,6	+ 115,3	+ 63,9	+ 26,1	+ 6,1	+ 32,0	+ 15,5	+ 14,3	+ 6,3	- 2,3	+ 0,2
Kraftstoffpreise													
Dieselmotorkraftstoff	- 12,8	+ 17,4	+ 47,7	+ 41,6	+ 60,1	+ 55,8	+ 34,8	+ 48,7	+ 53,0	+ 48,5	+ 34,8	+ 21,3	+ 23,2
Normalbenzin	- 12,4	+ 17,9	+ 35,6	+ 35,7	+ 48,9	+ 42,0	+ 17,6	+ 37,8	+ 30,5	+ 27,6	+ 18,1	+ 7,1	+ 10,1

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2020	2021	2022	2021	2022				2022				2023
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	In %												
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,6	- 0,6	- 0,6	0,3	1,6	0,3	0,6	1,4	1,6	1,9
Taggeldsatz (€STR)	- 0,6	- 0,6	1,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	0,4	1,6	0,4	0,7	1,4	1,6	1,9
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,5	0,3	- 0,6	- 0,5	- 0,2	1,0	2,1	1,0	1,4	1,8	2,1	2,3
Sekundärmarktzinssätze													
Benchmark	- 0,2	- 0,1	1,7	- 0,0	0,7	2,1	2,5	2,7	2,5	2,9	2,7	2,7	2,8
Umlaufgewichtete Durchschnittszinssätze	- 0,3	- 0,3	1,3	- 0,2	0,3	1,4	1,8	2,4	1,8	2,4	2,6	2,4	2,7
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,3	4,9	4,2	4,5	4,7	5,2	5,5	5,2	5,3	5,3	5,5	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	1,5	1,3	2,1	1,4	1,4	2,0	2,4	2,8	2,4	2,8	3,2	2,8	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,6	2,0	1,6	1,6	1,6	2,1	3,2	2,1	2,8	3,1	3,2	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,3	1,8	1,0	1,3	1,3	2,0	3,2	2,0	2,5	2,9	3,2	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,4	1,5	1,4	2,0	1,1	1,5	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,1	0,9	0,8	1,1	1,0	1,4	1,0	1,4	1,4	1,4	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,5	0,1	0,1	0,1	0,8	1,7	0,8	1,2	1,4	1,7	.
Über 2 Jahre	0,5	0,4	1,0	0,6	0,6	0,8	1,1	2,0	1,1	1,9	2,0	2,0	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,5	0,1	0,1	0,1	0,8	1,5	0,8	1,2	1,4	1,5	.
Über 2 Jahre	0,4	0,5	1,2	0,7	0,6	1,0	1,3	2,1	1,3	1,9	2,1	2,1	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen und Kredite													
Einlagen insgesamt	+ 8,6	+ 3,9	.	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,7	+ 4,8
Spareinlagen	+ 20,0	+ 0,7	.	+ 0,7	+ 0,1	- 1,3	- 1,0
Einlagen ohne Bindung	+ 13,5	+ 8,6	.	+ 8,6	+ 7,6	+ 5,6	+ 7,1
Einlagen mit Bindung	- 2,2	- 7,9	.	- 7,9	- 9,0	- 5,1	- 1,8
Forderungen an inländische Nichtbanken													
	+ 3,8	+ 6,5	.	+ 6,5	+ 6,3	+ 7,4	+ 7,7

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2021			2022				2022				2023	
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Arbeitslose	- 9,3	-10,8	- 7,6	- 6,5	- 2,2	+ 1,8	- 2,2	+ 1,5	- 1,1	+ 0,3	- 4,1	+ 1,5	+ 0,8
Offene Stellen	+27,1	+18,8	+ 9,4	+ 8,5	+ 0,8	- 2,2	+ 2,3	± 0,0	- 1,5	+ 0,3	+ 4,1	+ 1,0	- 4,8
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	8,4	7,5	6,9	6,4	6,3	6,4	6,2	6,4	6,3	6,3	6,1	6,2	6,2
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	6,8	5,6	5,3	4,6	4,4	5,0	5,0	5,2	5,1	4,6	5,5	5,0	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.717	3.805	3.914	3.859	3.910	3.964	3.921	3.961	3.961	3.939	3.934	3.890	3.894
Männer	1.991	2.042	2.098	2.058	2.103	2.133	2.097	2.132	2.134	2.121	2.115	2.053	2.059
Frauen	1.726	1.763	1.816	1.801	1.807	1.832	1.825	1.829	1.827	1.818	1.819	1.837	1.834
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.644	3.734	3.845	3.788	3.840	3.897	3.853	3.894	3.894	3.872	3.866	3.822	3.825
Männer	1.983	2.035	2.090	2.051	2.095	2.125	2.090	2.125	2.127	2.114	2.109	2.048	2.052
Frauen	1.661	1.699	1.754	1.737	1.745	1.772	1.763	1.769	1.767	1.757	1.758	1.775	1.773
Ausländische Arbeitskräfte	777	840	927	894	922	953	940	952	959	945	945	930	948
Herstellung von Waren	620	623	637	629	634	643	641	642	643	641	644	638	640
Bauwesen	271	285	289	269	299	303	286	303	305	304	300	252	252
Private Dienstleistungen	1.707	1.756	1.832	1.810	1.818	1.865	1.833	1.868	1.853	1.832	1.828	1.841	1.842
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	970	993	1.009	1.007	1.008	1.003	1.018	997	1.009	1.016	1.018	1.021	1.019
Arbeitslose	410	332	263	299	240	241	272	249	237	249	258	310	317
Männer	224	181	145	177	123	126	155	129	126	133	140	192	199
Frauen	186	151	118	122	118	114	117	121	111	116	117	117	118
Personen in Schulung	57	70	70	73	72	63	69	60	69	70	73	65	73
Offene Stellen	63	95	126	117	136	133	115	133	129	123	113	110	108
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	- 80,1	+ 87,8	+108,7	+184,5	+104,2	+ 71,2	+ 74,9	+ 70,5	+ 68,3	+ 67,6	+ 80,4	+ 76,7	+ 71,5
Männer	- 43,1	+ 51,4	+ 55,4	+ 98,2	+ 52,0	+ 35,8	+ 35,4	+ 35,5	+ 34,2	+ 33,7	+ 37,6	+ 34,8	+ 32,7
Frauen	- 37,1	+ 36,4	+ 53,3	+ 86,3	+ 52,1	+ 35,4	+ 39,5	+ 35,0	+ 34,1	+ 33,8	+ 42,8	+ 41,9	+ 38,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 76,1	+ 90,4	+110,2	+184,7	+105,9	+ 72,9	+ 77,3	+ 71,8	+ 70,3	+ 70,0	+ 82,4	+ 79,5	+ 73,9
Männer	- 43,0	+ 51,6	+ 55,1	+ 97,9	+ 51,6	+ 35,5	+ 35,4	+ 35,2	+ 33,9	+ 34,0	+ 37,5	+ 34,8	+ 32,7
Frauen	- 33,1	+ 38,8	+ 55,1	+ 86,8	+ 54,2	+ 37,4	+ 41,9	+ 36,6	+ 36,5	+ 36,1	+ 44,8	+ 44,7	+ 41,1
Ausländische Arbeitskräfte	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+125,7	+ 83,5	+ 68,8	+ 71,4	+ 69,7	+ 65,8	+ 65,3	+ 73,9	+ 75,0	+ 73,4
Herstellung von Waren	- 9,5	+ 3,9	+ 13,6	+ 14,9	+ 12,5	+ 12,9	+ 14,0	+ 12,1	+ 13,5	+ 13,2	+ 14,5	+ 14,3	+ 14,1
Bauwesen	- 0,3	+ 13,9	+ 4,3	+ 11,7	+ 3,2	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,1	- 1,3	+ 0,9
Private Dienstleistungen	- 73,6	+ 48,7	+ 75,7	+135,3	+ 75,2	+ 45,7	+ 46,5	+ 44,9	+ 41,1	+ 40,1	+ 51,2	+ 48,4	+ 41,5
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 7,1	+ 23,1	+ 15,4	+ 21,9	+ 13,2	+ 11,9	+ 14,7	+ 11,6	+ 13,6	+ 13,7	+ 14,1	+ 16,2	+ 15,5
Arbeitslose	+108,3	- 77,9	- 68,6	-129,6	- 79,9	- 38,8	- 26,2	- 37,3	- 31,8	- 20,2	- 31,8	- 26,6	- 15,8
Männer	+ 57,3	- 43,1	- 35,5	- 66,5	- 45,9	- 18,6	- 10,9	- 18,1	- 14,7	- 8,5	- 13,3	- 10,7	- 5,0
Frauen	+ 51,0	- 34,8	- 33,2	- 63,1	- 34,1	- 20,2	- 15,4	- 19,1	- 17,1	- 11,7	- 18,5	- 15,9	- 10,8
Personen in Schulung	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	+ 1,4	- 3,0	- 0,4	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 1,7	- 1,2	- 0,9	+ 0,9
Offene Stellen	- 14,3	+ 32,3	+ 30,4	+ 51,5	+ 40,1	+ 19,8	+ 10,2	+ 19,6	+ 14,9	+ 10,6	+ 12,4	+ 7,6	- 2,0

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	9,9	8,0	6,3	7,2	5,8	5,7	6,5	5,9	5,7	6,0	6,1	7,4	7,5
Männer	10,1	8,1	6,5	7,9	5,5	5,6	6,9	5,7	5,6	5,9	6,2	8,6	8,8
Frauen	9,7	7,9	6,1	6,4	6,1	5,9	6,0	6,2	5,7	6,0	6,1	6,0	6,0
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	11,2	9,6	7,8	8,8	7,4	7,1	8,0	7,2	7,2	7,5	7,7	8,8	9,1
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,6	9,1	9,7	8,9	9,3	10,5	10,2	10,6	10,8	10,3	10,1	10,2	10,0
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	28,5	39,7	34,0	35,3	37,9	34,5	28,8	34,1	33,6	31,4	29,6	26,0	24,5
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	6,5	3,5	2,1	2,5	1,8	1,8	2,4	1,9	1,8	2,0	2,3	2,8	2,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November		Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,5	+ 7,9	+ 9,9	+ 11,1	+ 9,3	+ 11,0	+ 11,6	+ 11,2	+ 10,5	+ 11,5
Verbraucherpreisindex	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,8	+ 7,9	+ 9,8	+ 10,6	+ 9,3	+ 10,6	+ 11,0	+ 10,6	+ 10,2	+ 11,2
Ohne Saisonwaren	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,5	+ 5,8	+ 7,8	+ 9,8	+ 10,6	+ 9,2	+ 10,7	+ 11,0	+ 10,6	+ 10,2	+ 11,2
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,3	+ 0,8	+ 10,7	+ 5,0	+ 9,6	+ 13,1	+ 15,2	+ 13,1	+ 13,9	+ 14,4	+ 15,2	+ 16,1	+ 17,0
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 1,2	+ 2,4	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,8	+ 4,5
Bekleidung und Schuhe	- 0,1	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 4,5	+ 1,0	- 0,7	+ 3,9	+ 4,5	+ 5,2	+ 6,4
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,4	+ 3,6	+ 12,6	+ 7,6	+ 9,7	+ 15,4	+ 17,7	+ 13,9	+ 19,8	+ 19,2	+ 18,2	+ 15,6	+ 19,3
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,9	+ 1,8	+ 7,6	+ 4,3	+ 6,3	+ 8,4	+ 11,6	+ 8,6	+ 8,7	+ 11,8	+ 11,3	+ 11,7	+ 12,2
Gesundheitspflege	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 4,8
Verkehr	- 1,7	+ 6,6	+ 16,2	+ 12,6	+ 19,7	+ 18,7	+ 13,9	+ 16,8	+ 17,5	+ 16,6	+ 14,4	+ 10,8	+ 11,1
Nachrichtenübermittlung	- 3,0	- 2,9	- 0,7	+ 1,3	- 0,1	- 1,4	- 2,5	- 1,4	- 1,5	- 1,9	- 2,5	- 3,1	- 4,6
Freizeit und Kultur	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,7	+ 4,2
Erziehung und Unterricht	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,9	+ 2,5	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,8
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,3	+ 8,9	+ 6,6	+ 7,4	+ 9,9	+ 11,7	+ 9,9	+ 10,6	+ 11,0	+ 11,4	+ 12,7	+ 12,3
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 4,9	+ 2,4	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,8	+ 5,2	+ 6,7
Großhandelspreisindex	- 4,1	+ 10,4	+ 20,9	+ 19,2	+ 25,9	+ 21,6	+ 17,3	+ 21,3	+ 20,6	+ 21,2	+ 16,5	+ 14,4	+ 13,2
Ohne Saisonprodukte	- 4,3	+ 10,5	+ 21,1	+ 19,4	+ 26,1	+ 21,8	+ 17,4	+ 21,5	+ 20,8	+ 21,3	+ 16,5	+ 14,5	+ 13,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November		Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,6	+ 5,8
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,6	+ 6,0
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,4	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,1	+ 6,1
Angestellte	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,4	+ 6,0
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 5,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steining@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 4,4	- 0,2	+ 4,8	+ 6,7	+ 9,9	+ 8,7	+ 6,2						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 0,5	+ 4,0										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,2						
Netto	+ 3,0	+ 3,0	+ 1,7										
Netto, real ²⁾	+ 1,4	+ 1,6	- 1,1										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 4,1	- 1,1	+ 4,1	+ 3,6	+ 6,9	+ 6,2	+ 6,0	+ 5,8	+ 5,9	+ 5,7	+ 6,3	+ 5,9	+ 7,0
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,5	+ 0,2	+ 3,5	+ 1,8	+ 4,8	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,3	+ 3,7	+ 4,7
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,8	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,5	+ 1,6	+ 4,0	+ 6,4	+ 2,7	+ 4,4	+ 4,4
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 8,4	+ 4,6	+ 6,8	+ 5,5	+ 8,7	+ 7,3	+ 6,1	+ 9,0	+ 7,7	+ 3,7	+ 8,8	+ 5,8	+ 8,3
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 4,4	+ 6,7	+ 5,7	+ 2,0	+ 7,1	+ 4,2	+ 6,7
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 3,4	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,9	+ 4,9	+ 5,0	+ 4,4	+ 4,8	+ 5,2	+ 4,8	+ 5,1	+ 5,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. -¹⁾ Laut ESVG 2010. -²⁾ Referenzjahr 2015. -³⁾ Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Primärerhebung). -⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steining@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.380	2.419	2.450	1.124	1.143	1.175	1.212	1.213	1.307
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.929	1.945	1.966	1.980	2.016	2.078	1.136	1.155	1.187	1.224	1.277	1.321
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.066	1.069	1.073	1.076	1.086	1.089	878	892	917	945	986	1.021
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	864	877	893	904	930	954	1.443	1.464	1.500	1.543	1.602	1.649
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	359	360	362	364	368	372	1.057	1.079	1.110	1.145	1.195	1.233
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	185	188	193	196	202	208	1.296	1.315	1.344	1.377	1.423	1.455
Landwirtschaft ²⁾	174	171	170	168	166	164	795	811	835	863	912	945
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	146	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	96	97	102	111	121	122	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	53	54	56	58	62	68	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	43	44	47	52	60	54	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	18	18	19	20	22	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	11	12	12	13	16	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Landwirtschaft ²⁾	6	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	2.467	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264	1.308
Direktpensionen	1.822	1.841	1.867	1.902	1.944	1.977	1.244	1.265	1.298	1.338	1.394	1.440
Invaliditätspensionen ¹⁾	165	159	153	147	142	133	1.150	1.158	1.179	1.197	1.230	1.255
Alle Alterspensionen ²⁾	1.656	1.682	1.714	1.755	1.803	1.844	1.254	1.275	1.309	1.349	1.407	1.454
Normale Alterspensionen	1.569	1.603	1.639	1.680	1.720	1.759	1.219	1.242	1.276	1.317	1.367	1.410
Vorzeitige Alterspensionen	88	79	74	75	83	85	1.871	1.933	2.026	2.080	2.250	2.364
Bei langer Versicherungsdauer	3	2	2	2	2	2	2.022	2.275	2.340	2.400	2.462	2.515
Korridorpensionen	17	18	20	21	23	24	1.717	1.869	1.890	1.924	1.995	2.047
Für Langzeitversicherte ³⁾	53	18	20	21	25	26	1.915	1.990	2.224	2.345	2.685	2.875
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	9	11	14	18	21	24	1.932	2.004	1.658	2.135	2.221	2.291
Witwen- bzw. Witwerpensionen	455	452	449	447	444	443	738	747	742	762	787	808
Waisenspensionen	48	47	47	47	47	47	368	373	382	393	407	422
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	143	1.124	1.154	1.213	1.275	1.422	1.429
Direktpensionen	84	86	91	101	113	108	1.300	1.329	1.194	1.453	1.620	1.654
Invaliditätspensionen ¹⁾	19	17	16	17	17	13	1.137	1.122	1.155	1.162	1.197	1.256
Alle Alterspensionen ²⁾	65	69	75	84	96	95	1.347	1.382	1.452	1.514	1.696	1.710
Normale Alterspensionen	37	42	46	56	62	65	984	1.035	1.098	1.232	1.327	1.386
Vorzeitige Alterspensionen	28	27	29	28	34	30	1.833	1.916	2.020	2.078	2.371	2.417
Bei langer Versicherungsdauer	3	1	0	0	0	1	1.491	1.694	2.376	2.432	2.463	2.542
Korridorpensionen	7	8	9	9	10	10	1.803	1.838	1.879	1.919	1.951	2.015
Für Langzeitversicherte ³⁾	12	11	11	9	15	11	1.900	2.001	2.197	2.300	2.801	2.880
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	3	4	5	6	6	1	2.032	2.061	1.645	2.181	2.270	2.354
Witwen- bzw. Witwerpensionen	26	26	26	26	27	30	725	732	745	769	801	800
Waisenspensionen	5	5	5	5	5	5	297	300	286	305	320	326

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – 2) Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – 3) Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – 4) Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,9	61,1	61,5	61,3	61,6	61,9	59,1	59,2	59,4	59,5	59,5	59,9
Invaliditätspensionen	55,4	55,1	55,7	55,0	54,5	55,8	52,5	51,9	52,2	51,4	50,4	51,6
Alle Alterspensionen	63,3	63,3	63,2	63,3	62,2	63,2	60,3	60,4	60,4	60,5	60,6	60,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	5.136,8	5.787,8	15,3	11,3	12,5	11,8	14,4	15,4
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	1.755,0	1.563,1	37,6	37,0	36,1	36,1	44,2	37,2
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – Landwirtschaft ²⁾	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	1.613,7	1.654,2	87,0	86,2	84,1	83,9	84,6	84,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2019	2020	2021	2022				2022				Dezember	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober		November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	- 35,9	- 18,7	+ 72,1	+1.222,5	+135,2	+ 4,7	+ 38,1	+ 15,3	- 0,2	- 0,6	+ 4,1	+ 49,5	+ 76,5
Wien	- 73,9	+ 8,9	+164,3	+ 557,1	+496,3	+ 75,1	+124,8	+135,1	+ 56,2	+ 53,4	+ 41,5	+111,8	+413,4
Niederösterreich	- 40,5	+ 9,4	+ 32,0	+ 85,3	+ 70,1	+ 3,6	+ 27,9	+ 6,9	+ 1,1	+ 3,1	+ 5,0	+ 35,7	+ 72,4
Burgenland	- 27,3	+ 9,6	+ 17,0	+ 241,9	+ 58,1	- 15,4	+ 13,0	- 13,4	- 15,3	- 18,3	- 10,6	+ 29,9	+ 60,3
Steiermark	- 24,6	- 10,6	+ 45,3	+ 618,2	+ 71,9	- 3,2	+ 22,1	+ 4,3	- 6,4	- 7,8	- 2,8	+ 38,3	+ 55,1
Kärnten	- 17,0	- 7,8	+ 25,7	+ 539,0	+ 66,9	- 3,2	+ 21,4	+ 2,5	- 4,9	- 9,7	- 4,4	+ 21,1	+ 62,1
Oberösterreich	- 36,4	+ 5,2	+ 39,3	+ 186,2	+ 81,0	+ 5,5	+ 34,0	+ 12,5	+ 3,6	- 0,8	+ 0,9	+ 45,0	+111,3
Salzburg	- 32,3	- 31,1	+ 93,2	+2.752,2	+157,8	+ 5,8	+ 40,9	+ 20,3	- 0,8	- 2,1	+ 1,9	+ 54,4	+ 73,6
Tirol	- 33,5	- 28,9	+ 89,8	+4.659,1	+179,1	+ 2,5	+ 26,3	+ 13,9	- 1,8	- 4,5	+ 1,9	+ 30,6	+ 50,6
Vorarlberg	- 30,5	- 28,4	+ 86,2	+4.084,1	+160,2	- 1,8	+ 18,7	+ 8,7	- 6,7	- 5,8	- 0,6	+ 29,0	+ 35,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 1,0	- 8,8	+18,3	+17,3	+19,2	+18,7	+13,6	+29,2	+15,9	+ 9,1	+15,5	+16,4	+13,3
Wien	- 3,0	+ 8,4	+18,0	+21,4	+ 5,2	+ 2,9	+ 7,6	+17,6	- 1,6	- 2,0	+10,4	+14,2	+ 7,9
Niederösterreich	- 1,5	-13,8	+20,8	+27,5	+30,7	+24,4	+11,7	+36,0	+15,7	+ 8,3	+16,4	+10,8	+ 5,1
Burgenland	- 0,8	-11,7	+10,0	+ 4,5	+12,0	+13,8	+21,1	+21,9	+18,9	+11,3	+26,5	+26,1	+19,5
Steiermark	+ 4,1	-12,9	+16,8	+12,8	+ 9,8	+19,9	+10,8	+30,2	+18,4	+11,1	+ 6,5	+14,4	+10,4
Kärnten	- 1,7	- 4,8	+22,3	+21,3	+24,3	+25,3	+19,0	+34,1	+28,3	+14,4	+25,0	+17,9	+22,2
Oberösterreich	+ 1,1	- 9,2	+18,0	+13,8	+20,9	+20,3	+17,6	+31,4	+20,2	+11,5	+18,5	+22,8	+19,8
Salzburg	+ 3,7	- 5,8	+18,1	+20,6	+29,2	+20,5	+17,7	+26,9	+16,4	+13,9	+22,7	+17,2	+26,2
Tirol	+ 1,9	- 6,7	+16,5	+11,5	+17,1	+12,7	+ 7,1	+23,7	+ 7,7	+ 0,8	+ 8,2	+12,6	+11,0
Vorarlberg	+ 4,4	- 7,9	+17,9	+16,8	+16,0	+12,9	+12,3	+17,8	+ 7,6	+ 7,3	+18,0	+12,7	+ 2,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 7,3	- 1,7	+ 16,7	+ 12,5	+ 17,9	+ 14,9	+ 11,5	+ 23,9	+ 11,3	+ 8,0	+ 15,1	+ 11,5	+ 12,7
Wien	+ 8,4	- 6,2	+ 16,3	+ 13,2	+ 23,5	+ 12,2	+ 9,2	+ 25,9	+ 3,6	+ 5,1	+ 9,1	+ 13,0	+ 2,3
Niederösterreich	+ 8,2	+ 0,1	+ 15,6	+ 9,3	+ 21,7	+ 14,0	+ 14,5	+ 19,9	+ 11,4	+ 9,9	+ 15,1	+ 18,1	+ 22,3
Burgenland	+ 16,3	- 0,7	+ 11,5	+ 11,4	+ 36,6	+ 16,5	+ 5,1	+ 18,9	+ 17,8	+ 4,2	+ 9,6	+ 2,4	+ 8,8
Steiermark	+ 7,3	- 0,4	+ 16,8	+ 12,5	+ 13,5	+ 14,3	+ 12,5	+ 26,4	+ 14,2	+ 7,8	+ 18,2	+ 11,8	+ 21,7
Kärnten	+ 6,0	- 4,5	+ 13,5	+ 6,7	+ 5,6	+ 19,0	+ 18,9	+ 20,5	+ 18,6	+ 18,7	+ 18,5	+ 19,6	+ 20,8
Oberösterreich	+ 4,8	- 2,9	+ 21,8	+ 20,0	+ 15,7	+ 13,4	+ 9,3	+ 25,5	+ 7,7	+ 5,2	+ 13,6	+ 9,6	+ 5,3
Salzburg	+ 5,8	+ 3,7	+ 14,3	+ 3,6	+ 11,2	+ 16,7	+ 16,3	+ 25,6	+ 13,9	+ 11,3	+ 24,5	+ 13,7	+ 15,7
Tirol	+ 12,3	- 0,8	+ 12,7	+ 11,4	+ 11,4	+ 16,7	+ 9,0	+ 20,0	+ 15,3	+ 10,4	+ 15,7	+ 2,1	+ 9,7
Vorarlberg	+ 0,1	+ 5,6	+ 19,2	+ 13,5	+ 28,3	+ 23,6	+ 9,0	+ 29,5	+ 20,6	+ 5,9	+ 17,4	+ 5,4	+ 21,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: Fortschreibung der endgültigen Werte 2021 mit den Veränderungsraten der vorläufigen Datenstände 2021 und 2022. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	In 1.000												
Österreich	3.644	3.734	3.845	3.788	3.840	3.897	3.853	3.894	3.894	3.872	3.866	3.822	3.825
Wien	831	858	887	873	888	893	896	890	898	901	903	885	888
Niederösterreich	611	625	638	624	642	647	640	646	649	647	645	626	625
Burgenland	103	107	110	106	111	113	109	112	112	112	110	106	106
Steiermark	510	523	536	526	537	544	536	544	546	542	540	525	526
Kärnten	206	212	218	210	220	226	215	226	222	219	216	210	210
Oberösterreich	651	666	681	669	682	689	683	688	690	690	689	671	673
Salzburg	248	252	263	263	259	267	263	267	263	259	259	269	268
Tirol	322	327	344	346	336	349	343	351	345	335	336	357	356
Vorarlberg	161	164	168	170	166	169	168	169	168	167	167	171	172
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 76,1	+ 90,4	+110,2	+184,7	+105,9	+ 72,9	+ 77,3	+ 71,8	+ 70,3	+ 70,0	+ 82,4	+ 79,5	+ 73,9
Wien	- 20,5	+ 26,9	+ 29,2	+ 37,1	+ 30,9	+ 23,7	+ 25,2	+ 23,5	+ 24,2	+ 24,7	+ 26,0	+ 24,9	+ 22,0
Niederösterreich	- 3,9	+ 14,2	+ 13,1	+ 18,1	+ 14,4	+ 9,6	+ 10,2	+ 9,5	+ 10,1	+ 10,1	+ 10,8	+ 9,7	+ 9,1
Burgenland	- 0,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,9
Steiermark	- 10,0	+ 12,8	+ 12,7	+ 20,1	+ 13,0	+ 8,9	+ 8,7	+ 9,8	+ 8,1	+ 8,6	+ 9,2	+ 8,3	+ 6,1
Kärnten	- 5,9	+ 6,5	+ 5,6	+ 10,0	+ 5,9	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,6	+ 2,8
Oberösterreich	- 8,9	+ 15,0	+ 14,7	+ 21,3	+ 15,5	+ 10,7	+ 11,2	+ 9,7	+ 10,8	+ 11,2	+ 11,9	+ 10,5	+ 10,1
Salzburg	- 8,4	+ 4,1	+ 10,7	+ 23,7	+ 8,0	+ 5,4	+ 5,8	+ 5,2	+ 4,5	+ 3,9	+ 6,6	+ 6,9	+ 7,1
Tirol	- 14,4	+ 5,1	+ 16,6	+ 39,8	+ 11,4	+ 6,9	+ 8,2	+ 6,9	+ 5,6	+ 4,4	+ 9,3	+ 10,8	+ 12,0
Vorarlberg	- 3,2	+ 2,4	+ 4,5	+ 10,7	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	In 1.000												
Österreich	410	332	263	299	240	241	272	249	237	249	258	310	317
Wien	150	127	105	115	99	100	105	103	99	100	100	116	115
Niederösterreich	65	52	41	49	37	37	41	39	36	36	37	49	51
Burgenland	11	9	7	9	6	7	8	7	6	7	7	10	10
Steiermark	48	37	30	36	26	27	31	28	26	27	28	39	40
Kärnten	27	21	17	21	14	14	19	14	14	16	17	23	24
Oberösterreich	47	36	29	33	25	27	30	29	26	26	26	37	38
Salzburg	20	15	10	11	10	9	12	9	9	11	12	12	13
Tirol	29	23	15	16	15	11	17	11	12	18	19	15	17
Vorarlberg	14	12	9	9	9	9	10	9	9	9	10	9	9
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	- 129,6	- 79,9	- 38,8	- 26,2	- 37,3	- 31,8	- 20,2	- 31,8	- 26,6	- 15,8
Wien	+ 34,8	- 23,0	- 21,8	- 32,8	- 28,3	- 16,3	- 9,9	- 15,2	- 13,9	- 8,8	- 10,3	- 10,6	- 6,8
Niederösterreich	+ 14,2	- 13,0	- 11,0	- 17,6	- 12,8	- 7,4	- 6,1	- 7,3	- 6,3	- 5,6	- 6,5	- 6,3	- 4,9
Burgenland	+ 2,5	- 1,9	- 1,6	- 2,9	- 1,9	- 0,9	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,5	- 0,8	- 0,6	- 0,3
Steiermark	+ 13,9	- 10,7	- 7,1	- 13,8	- 8,0	- 3,9	- 2,5	- 3,7	- 3,4	- 2,0	- 3,0	- 2,6	- 0,4
Kärnten	+ 6,0	- 5,8	- 4,0	- 8,5	- 4,5	- 1,3	- 1,5	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 2,3	- 1,4	- 1,0
Oberösterreich	+ 12,5	- 10,6	- 7,2	- 14,0	- 8,4	- 4,0	- 2,5	- 3,8	- 3,4	- 2,0	- 3,5	- 2,0	- 0,6
Salzburg	+ 7,4	- 5,0	- 4,9	- 12,4	- 4,9	- 1,5	- 0,8	- 1,5	- 0,8	- 0,2	- 1,5	- 0,7	- 0,2
Tirol	+ 12,6	- 5,8	- 8,4	- 21,7	- 8,0	- 2,3	- 1,6	- 2,3	- 1,4	- 0,2	- 3,1	- 1,6	- 1,2
Vorarlberg	+ 4,4	- 2,2	- 2,6	- 5,8	- 3,0	- 1,2	- 0,6	- 1,4	- 0,8	- 0,3	- 0,8	- 0,7	- 0,4

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2020	2021	2022	2022				2022				2023	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Österreich	9,9	8,0	6,3	7,2	5,8	5,7	6,5	5,9	5,7	6,0	6,1	7,4	7,5
Wien	15,1	12,7	10,5	11,5	10,0	10,0	10,4	10,3	9,9	9,9	9,9	11,5	11,3
Niederösterreich	9,4	7,5	5,9	7,2	5,3	5,4	5,9	5,6	5,2	5,2	5,4	7,1	7,3
Burgenland	9,4	7,7	6,3	7,8	5,4	5,5	6,5	5,7	5,3	5,4	5,9	8,1	8,6
Steiermark	8,4	6,5	5,2	6,2	4,6	4,7	5,5	4,9	4,5	4,7	4,9	6,8	7,0
Kärnten	11,3	8,8	7,1	9,1	5,9	5,7	7,8	5,9	5,7	6,6	7,3	9,6	10,1
Oberösterreich	6,5	5,0	4,0	4,6	3,4	3,7	4,1	3,9	3,5	3,5	3,6	5,1	5,2
Salzburg	7,3	5,6	3,7	4,0	3,5	3,0	4,2	3,1	3,2	4,0	4,4	4,1	4,5
Tirol	8,1	6,5	4,0	4,3	4,1	3,0	4,8	3,0	3,3	4,9	5,3	4,0	4,5
Vorarlberg	7,7	6,5	5,0	5,0	4,8	4,8	5,3	4,9	4,9	5,3	5,4	5,1	5,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,8	48,6	56,7	56,0
Staatseinnahmenquote	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	48,7	50,0
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,9	43,2	42,6	43,7
Indikator 2	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,7	42,1	43,3
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,6	- 8,0	- 5,9
Bund	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,4	- 7,2	- 5,4
Länder	0,1	0,2	- 0,5	- 0,5
Gemeinden	- 0,0	- 0,1	- 0,1	0,1
Wien	0,0	0,0	- 0,2	- 0,2
Sozialversicherungsträger	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,0	0,0
Struktureller Budgetsaldo laut Europäischer Kommission ¹⁾	- 3,8	- 3,2	- 2,6	- 1,9	- 1,1	- 0,7	- 0,1	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 0,7	- 5,0	- 4,9
Primärsaldo	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,0	- 6,7	- 4,8
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	82,9	82,3
Bund	.	.	.	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,9	71,7	71,1
Länder	5,6	5,3	5,9	6,0
Gemeinden	2,3	2,3	2,6	2,5
Wien	1,9	1,9	2,2	2,4
Sozialversicherungsträger	.	.	.	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5	0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – !) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer wirtschaftlichen Lage und deren Entwicklung in den nächsten Monaten. Ziel ist es, mit möglichst geringem Aufwand für die Befragten die aktuelle und bevorstehende Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu erfassen. Die Ergebnisse werden zwölfmal pro Jahr jeweils vor dem Ende des Monats der Erhebung veröffentlicht. Sie liegen damit wesentlich früher vor als Daten der amtlichen Konjunkturstatistik. So sind die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für einen bestimmten Monat rund zwei Monate vor der Veröffentlichung des vorläufigen Wertes und rund drei Monate vor der Publikation des ersten Wertes des Produktionsindex verfügbar.

Pro Monat nehmen rund 1.600 Unternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten freiwillig am WIFO-Konjunkturtest teil. An dieser Stelle sei den Unternehmen gedankt, ohne ihre Mitwirkung wäre der WIFO-Konjunkturtest nicht möglich.

2/2023 **Weiterhin gedämpfte Konjunkturerwartungen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2023**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen im Februar eine leichte Verschlechterung der Konjunkturbeurteilungen der österreichischen Unternehmen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte mit 5,6 Punkten (saisonbereinigt) 0,8 Punkte unter dem Wert des Vormonats (6,4 Punkte). Der Rückgang ist vor allem auf die Abschwächung der Konjunkturindikatoren in der Bauwirtschaft und den Dienstleistungen zurückzuführen, während sich die Konjunkturindikatoren in der Sachgütererzeugung auf niedrigem Niveau verbesserten. Die unternehmerischen Erwartungen signalisieren eine Fortsetzung der konjunkturellen Seitwärtsbewegung in den nächsten Monaten. Die Kreditnachfrage der Unternehmen stieg im Februar an, jedoch schätzen die Unternehmen die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe wie bereits im Herbst restriktiver ein als in den Vorjahren.

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70662>

Frühere Ausgaben

1/2023 **Vorsichtige Verbesserung der Konjunkturbeurteilungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70600>

12/2022 **Konjunkturbeurteilungen stabilisieren sich zu Jahresende. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2022**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70477>

Sonderausgabe 3/2022 **Auswirkungen von Energiepreisschocks auf Produktion und Preise. Ergebnisse der Sonderbefragung zur Energiepreisentwicklung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom November 2022**

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70472>

11/2022 **Konjunkturausblicke bleiben mehrheitlich skeptisch. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2022**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70360>

10/2022 **Der Konjunkturabschwung verfestigt sich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2022**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69853>

<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/wifo-konjunkturtest>

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 658/2023** **Transformation to a Renewable Electricity System in Austria.** Insights from an Integrated Model Analysis
 Claudia Kettner, Michael Böheim, Mark Sommer, Robert Gaugl, Udo Bachhiesl, Lia Gruber, Thomas Florian Klatzer, Sonja Wogrin, Kurt Kratena
- 657/2023** **Integrated Power and Economic Analysis of Austria's Renewable Electricity Transformation**
 Robert Gaugl, Mark Sommer, Claudia Kettner, Udo Bachhiesl, Thomas Florian Klatzer, Lia Gruber, Michael Böheim, Kurt Kratena, Sonja Wogrin
- 656/2023** **Taxes and Subsidies in EU Energy Policy – Fit for 55?**
 Claudia Kettner, Eva Wretschitsch
- 655/2023** **Klima- und umweltrelevante öffentliche Ausgaben in Österreich**
 Angela Köppl, Stefan Schleicher, Margit Schratzenstaller
- 654/2022** **Small and Internationalised Firms Competing with Chinese Exporters**
 Klaus Friesenbichler, Andreas Reinstaller
- 653/2022** **EU Cohesion Policy on the Ground: Analyzing Small-Scale Effects Using Satellite Data**
 Julia Bachtrögler-Unger, Mathias Dolls, Carla Krolage, Paul Schüle, Hannes Taubenböck, Matthias Weigand
- 652/2022** **The Effects of More Intensive Counselling for Disadvantaged Unemployed Youth**
 Rainer Eppel, Helmut Mahringer
- 651/2022** **The Global Sanctions Data Base. Release 3: COVID-19, Russia, and Multilateral Sanctions**
 Constantinos Syropoulos, Gabriel Felbermayr, Aleksandra Kirilakha, Erdal Yalcin, Yoto V. Yotov
- 650/2022** **Can Value Chain Integration Explain the Diverging Economic Performance within the EU?**
 Agnes Kügler, Andreas Reinstaller, Klaus Friesenbichler
- 649/2022** **The Impact of Trade and Trade Policy on the Environment and the Climate. A Review**
 Gabriel Felbermayr, Sonja Peterson, Joschka Wanner
- 648/2022** **Has the Russian Invasion of Ukraine Reinforced Anti-Globalization Sentiment in Austria?**
 Jerg Gutmann, Hans Pitlik, Andrea Fronaschütz
- 647/2022** **More Caseworkers Shorten Unemployment Durations and Save Costs.** Results from a Field Experiment in an Austrian Public Employment Office
 René Böheim, Rainer Eppel, Helmut Mahringer
- 646/2022** **Macroeconomic Effects of Green Recovery Programmes.** Conceptual Framing and a Review of the Empirical Literature
 Angela Köppl, Margit Schratzenstaller
- 645/2022** **INTAXMOD – Inheritance and Gift Taxation in the Context of Ageing**
 Alexander Krenek, Margit Schratzenstaller, Klaus Grünberger, Andreas Thiemann
- 644/2022** **Cutting Through the Value Chain: The Long-run Effects of Decoupling the East from the West**
 Gabriel Felbermayr, Hendrik Mahlkow, Alexander Sandkamp
- 643/2022** **On the Heterogeneous Trade and Welfare Effects of GATT/WTO Membership**
 Gabriel Felbermayr, Mario Larch, Erdal Yalcin, Yoto V. Yotov
- 642/2022** **Dimensionen von Digitalisierung der Sozialpolitik in Österreich.** Ein konzeptioneller Diskussionsbeitrag
 Stefan Angel

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers

Strategische Außenwirtschaftspolitik 2030 – Wie kann Österreich Geoökonomie Konzepte nützen?

Gabriel Felbermayr, Yvonne Wolfmayr (Projektleitung), Susanne Bärenthaler-Sieber, Michael Böheim, Elisabeth Christen, Klaus Friesenbichler, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Atanas Pekanov, Franz Sinabell



WIFO ■

Strategische Außenwirtschaftspolitik 2030 – Wie kann Österreich Geoökonomie Konzepte nützen?

Gabriel Felbermayr, Yvonne Wolfmayr (Projektleitung), Susanne Bärenthaler-Sieber, Michael Böheim, Elisabeth Christen, Klaus Friesenbichler, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Atanas Pekanov, Franz Sinabell

Wissenschaftliche Assistenz: Irene Langer, Ursula Glauningner, Kathrin Hofmann, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Johannes Stattmann

Oktober 2022
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Chinas wachsende politische und wirtschaftliche Bedeutung, das steigende Misstrauen und die Systemrivalität zwischen den USA und China, gepaart mit der abnehmenden Bedeutung globaler Institutionen wie der WTO erfordern ein stärker geostrategisches Handeln der EU. Die COVID-19-Pandemie sowie der Russland-Ukraine-Krieg haben die mögliche Verwundbarkeit internationaler Lieferketten durch zu starke Abhängigkeit von einzelnen Lieferländern vor Augen geführt und die Dringlichkeit für Anpassungen noch verstärkt. Die notwendige geoökonomische Neuausrichtung hat bereichsübergreifenden Charakter und verlinkt Außenwirtschaftspolitik mit außen- und sicherheitspolitischen Interessen, aber auch mit den Zielen der Industriepolitik, Klima- und Energiepolitik, Währungs- und Finanzmarktpolitik bis hin zur Entwicklungspolitik. Sie stellt große und neue Anforderungen an die Wirtschaftsdiplomatie, das Design wirtschaftspolitischer Instrumente, die Koordination zwischen nationalen und internationalen Akteuren und die Abwägung diverser Zielsetzungen aus den unterschiedlichen Politikbereichen. Die Studie beschreibt die wichtigsten geoökonomischen Trends sowie die damit zusammenhängenden Herausforderungen und leitet daraus wichtige strategische Leitlinien sowie wirtschaftspolitische Handlungsoptionen für die EU und Österreich ab.

Im Auftrag des Bundeskanzleramtes • Oktober 2022 • 249 Seiten • 70 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69805>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Makroökonomische Effekte der von der Bundesregierung im Rahmen der COVID-19-Krise gesetzten Maßnahmen

Marcus Scheiblecker, Serguei Kaniovski, Thomas Url (WIFO), Martin Ertl, Helmut Hofer, Michael Reiter, Klaus Weyerstrass (IHS), Johannes Berger, Wolfgang Schwarzbauer, Ludwig Strohner (EcoAustria), Paul Pichler (Universität Wien)



WIFO ■

Makroökonomische Effekte der von der Bundesregierung im Rahmen der COVID-19-Krise gesetzten Maßnahmen

Marcus Scheiblecker, Serguei Kaniovski, Thomas Url (WIFO), Martin Ertl, Helmut Hofer, Michael Reiter, Klaus Weyerstrass (IHS), Johannes Berger, Wolfgang Schwarzbauer, Ludwig Strohner (EcoAustria), Paul Pichler (Universität Wien)

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun, Martina Einsiedl, Ursula Glauningner, Christine Kaufmann, Cornelia Schobert, Martha Steiner

Jänner 2023
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Diese Studie untersucht die Zusammenhänge zwischen den während der COVID-19-Pandemie zur Stützung der heimischen Unternehmen gesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und der nachfolgenden wirtschaftlichen Entwicklung. In einem ersten Ansatz werden die Auswirkungen auf die Liquidität der heimischen Unternehmen untersucht. Die angestellte Mikrosimulation auf Basis eines teilsynthetischen Datensatzes deutet darauf hin, dass bis Ende 2021 rund 11% der österreichischen Unternehmen durch die Maßnahmen vor Illiquidität bewahrt, und damit deren rund 203.000 Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Ein weiterer Ansatz versucht auf EU-Ebene die Ausweitung des Budgets der öffentlichen Haushalte mit der makroökonomischen Entwicklung in Zusammenhang zu setzen. Eine panelökonometrische Analyse zeigt einen statistisch signifikanten und über unterschiedliche Schätzansätze robusten Zusammenhang zwischen der diskretionären Ausweitung des Budgetdefizits und der nachfolgenden wirtschaftlichen Erholung. Eine Ausweitung des strukturellen Budgetdefizits um 1 Prozentpunkt (in Relation zum BIP) ging mit einem Anstieg des BIP um 0,7% bis 1,0% im bereits folgenden Jahr einher, mit entsprechend positiven Effekten auf die Beschäftigung. Die Daten lassen keinerlei geringere Wirksamkeit der in Österreich gesetzten Maßnahmen im Vergleich zum EU-Ausland erkennen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen • Jänner 2023 • 101 Seiten • 60 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/publid/69805>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

4/2022 Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur. Prognose für 2022 und 2023 • Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026 • COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021 • Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhafte Kreditnachfrage absorbiert

5/2022 Wirtschaftliche Unsicherheit weiterhin hoch • Konjunktureinschätzungen verbessern sich trotz erhöhter Unsicherheit. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2022 • Österreichischer Arbeitsmarkt seit Frühjahr 2021 auf Erholungskurs • Industriekonjunktur trotz Lieferengpässen und kräftigem Preisaufrieb. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2021

6/2022 Konjunkturaufschwung verlangsamt sich • Unternehmensinvestitionen wachsen 2022 nur gedämpft. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2022 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, Breitbandinfrastruktur und die Rolle der Open-Access-Netze • Schwächerer Aufschwung in tourismusintensiven Regionen. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2021

7/2022 Wirtschaftliche Erholung verliert an Schwung. Prognose für 2022 und 2023 • Ukraine-Krieg bremst Erholung Mittel-, Ost- und Südosteuropas von der COVID-19-Krise • Qualifizierung als Mittel zur Hebung der Beschäftigungsquote • Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2022

8/2022 Konjunkturindikatoren gehen zurück • Konjunkturerwartungen verschlechtern sich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2022 • Kräftige Erholung der Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2021 • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2022

9/2022 Kräftiger Aufschwung im 1. Halbjahr 2022 • Schadenversicherungen deckten 2021 hohe Schäden aus Naturkatastrophen • Die österreichische Land- und Forstwirtschaft in einem neuen agrarpolitischen Umfeld • Landwirtschaft und Ernährungssicherheit im Kontext des Klimawandels

10/2022 Stagflation in Österreich. Prognose für 2022 und 2023 • Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten. Mittelfristige Prognose 2023 bis 2027 • Verbesserung der Lohnstückkostenposition im Jahr 2021 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

11/2022 Österreichs Wirtschaft im Sog des internationalen Konjunkturabschwungs • Abschwung setzt sich fort. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2022 • Teuerung und geopolitische Unsicherheit belasten Tourismus • Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zur Abfederung hoher Energiekosten • Welcher Kurs wirkt für wen? Effektivität der Qualifizierungsförderungen des Arbeitsmarktservice Österreich

12/2022 Konjunktur trotz schlechter Stimmung • Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen. Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2022 • Privatkonurse in Österreich. Institutionen, Entwicklung und Charakteristika seit 1995

1/2023 Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende • Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich. Prognose für 2022 bis 2024 • Investitionspläne für 2023 deutlich gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2022 • Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand**Dr. Hannes Androsch**

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Anton Mattle, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Ranja Reda Kouba, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Tobias Schweitzer, Hermann Schultes, Andreas Stangl, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walsler, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Alexander Loidl, MSc, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Johannes Amann, Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Corina van Dyck, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulent:innen

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell, Josef Zweimüller

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Paul Höfle, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markyatan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Eva Wretschitsch

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Lucia Glinsner, Claudia Hirschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klotzar, Gwendolyn Kremser, Bernhard Lang, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

